

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheilene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kaltes Blut in ernster Gefahr!

Von
Jean Jaurès.

Frankreich hat die Nachricht von der Okkupation Agadirs durch Deutschland kaltblütig aufgenommen. Woher kommt diese Ruhe? Vor allem daher, daß wir den Alarm nun schon das drittemal durchmachen. Nach der Landung von Tanger der Zwischenfall von Casablanca; nach Casablanca Agadir. Man gewöhnt sich an alles. Weiter schien es den Franzosen, daß diesmal Deutschland, das sich wirklich nicht mehr über seine „Einkreisung“ beklagen kann, weniger eine Kraftprobe abzulegen, als ein Pfand für die nachfolgenden Verhandlungen zu erlangen suchte. Und sie zweifelten nicht daran, daß diese Verhandlungen zu einem guten Ende kommen könnten. Die Annahme eines europäischen Krieges um jenes Marokko willen, wo alle Regierungen so grobe Fehler begangen haben, erschien allen Geistern so ungeheuerlich, daß sie sie als unmöglich ausschieden.

Zu jenen allgemeinen Gründen der Verhütung kamen für die Franzosen auch noch präzisere Gründe. Man sagte sich: Würden, wenn eine gefährliche Spannung bestände, der Präsident der Republik und der Minister des Auswärtigen in diesem Augenblick beide auf Reisen gehen? Insbesondere aber haben wir bald erfahren, daß viele Minister und gerade solche, die zu den einflussreichsten gehören, es für inopportun hielten, auf die Entsendung des deutschen Kanonenbootes mit der französischen Schiffe in die marokkanischen Gewässer zu antworten. Bei dieser Gelegenheit fühle ich mich gedrängt, ein interessantes Detail mitzuteilen. Die französischen Sozialisten können nicht in den Verdacht einer Vorliebe für Herrn Delcassé kommen, dessen Politik sie stets so heftig bekämpft haben. Indes ist es angezeigt, in der dunklen Krise, die wir durchmachen, ein systematisches Mißtrauen zu zerstreuen und die ganze Wahrheit bekanntzugeben. Die Wahrheit ist nun, daß sich Herr Delcassé seit einigen Monaten im französischen Ministerrat der, wie er meinte, unklugen Ausdehnung unserer Operationen in Marokko zu widersehen bemüht hat. Wahrheit ist, daß er — wir wissen das aus bester Quelle — seit einigen Tagen zu denjenigen gehört, die sich dem Gedanken der Entsendung französischer Schiffe an die marokkanische Küste auf das strengste widersetzt haben. Man hat dies erfahren und die durch einige Börsengerüchte hervorgerufene Erregung hat sich schnell gelegt. Aber wenn die internationale Situation nicht unmittelbar gefährlich ist, bleibt sie doch ernst und sie fordert die tätige Wachsamkeit des europäischen Proletariats.

Es ist eine ernste Sache, daß Deutschland durch die plötzliche Besetzung von Agadir Europa nervösen Bewegungen ausgesetzt hat, von denen niemand mit Gewißheit vorherzusagen konnte, daß sie sich nicht ereignen würden und die die unheilvollsten Folgen haben könnten. Es ist eine ernste Sache, daß man in den Ministerräten von Paris und London an die Entsendung von Seestreitkräften an die marokkanischen Küsten gedacht hat. Es hätte genügt, daß in dieser Schwelung sich die Geister in der Richtung des Abenteuer geneigt hätten und die furchtbaren Möglichkeiten hätten sich eingestellt. Wir müssen uns Glück wünschen, daß die französischen Minister auf die Beratungen der englischen keinen schwerfälligen Druck ausgeübt haben. Und Glück müssen wir uns wünschen, daß diese zur Weisheit und Mäßigung in ihren Entschlüssen geneigt scheinen. Aber dennoch, welche Gefahren läuft der Frieden unaufhörlich! Man fühlt, daß es nur kleiner Verschiebungen bedürfte, um das diplomatische Gleichgewicht zu brechen und blinde, verbrecherische Gewalt jäh zu entfesseln.

Was die Gefahr noch vergrößert, ist die chronische und allgemeine Abwesenheit des guten Glaubens in den internationalen Beziehungen. Frankreich hat die Akte von Algieras offenkundig verletzt, Spanien die Akte von Algieras und den französisch-spanischen Geheimvertrag. Deutschland verletzt die Akte von Algieras und das französisch-deutsche Abkommen. Die Verträge haben weder Sinn noch Wert mehr. Sie sind Zettel für einen Tag, unter denen man sich birgt, um den Gegner anzuspähen und leichter zu überfallen. Es ist notwendig, daß sich alle Proletarier vereinigen, um den tiefen Fall in die Barbarei und die völlige Zerlegung des europäischen Bewusstseins zu verhindern. Ihre unmittelbare Aufgabe in der marokkanischen Frage muß sein, die Rückkehr zum wahren Sinn der Akte von Algieras zu fordern, die die Unverletzlichkeit Marokkos verbürgt. Sie müssen überall zusammen die gleichzeitige Räumung des marokkanischen Gebietes durch Frankreich, Spanien und Deutschland fordern.

Wir haben den wachsamsten Protest unserer deutschen Genossen mit Freude wahrgenommen. Sie dürfen gewiß sein, daß die französischen Sozialisten die Ereignisse mit besorgter Aufmerksamkeit verfolgen und ihre Pflicht nicht versäumen werden.

Die Verhandlungen über Marokko.

Nunmehr liegt die erste offizielle Äußerung einer ausländischen Regierung über das deutsche Vorgehen in Marokko vor. Im englischen Unterhause gab Ministerpräsident Asquith folgende Erklärung ab:

„Die kürzlichen Ereignisse haben eine Diskussion zwischen den an Marokko meist interessierten Mächten veranlaßt und ich kann in diesem Stadium nur wenig über die Verhandlungen sagen, die zwischen ihnen im Gange sind. Ich wünsche, daß es klar verstanden werde, daß die britische Regierung der Ansicht ist, es sei in Marokko eine neue Situation entstanden, in welcher es möglich ist, daß künftige Entwicklungen die britischen Interessen direkter betreffen, als dies bisher der Fall gewesen ist. Wir legen das Vertrauen, daß die diplomatische Diskussion eine Lösung finden wird, und in dem Anteil, den wir an ihr nehmen werden, werden wir gebührend Rücksicht nehmen auf den Schutz jener Interessen und auf die Erfüllung unserer Vertragsverpflichtungen gegenüber Frankreich, die dem Hause wohl bekannt sind.“ (Aunter Weisfall.)

An dieser Erklärung ist vor allem wichtig, daß Asquith von einer neuen Situation spricht, die durch das deutsche Vorgehen hervorgerufen wird. England hatte zugunsten von Frankreich und Spanien sich in Marokko für nicht interessiert erklärt. Da jetzt eine dritte Macht, Deutschland, eingreift, fühlt sich England gleichfalls zur Teilnahme an den Verhandlungen berechtigt. Deutschland wird es also bei den nunmehr beginnenden diplomatischen Auseinandersetzungen nicht mit Frankreich allein zu tun haben, sondern mit Frankreich und England.

Im Zusammenhang mit der Erklärung Asquiths gewinnen die Informationen des „Daily Graphic“ Interesse. Das meist gut unterrichtete Blatt skizziert den Standpunkt Englands folgendermaßen:

Durch das Erscheinen der deutschen Flagge im Atlantischen Ozean schafft Deutschland eine ganz neue Lage für England. Nicht für Deutschland oder irgend eine andere Macht, sondern nur für Frankreich und zu einem kleinen Teil auch für Spanien hat England auf seine Rechte in Marokko verzichtet. Nur so lange Frankreich und Spanien sich allein um die Wahrung oder Wiederherstellung der Ordnung in marokkanischen Reiches bemühen, hat England sich verpflichtet, sich um die marokkanischen Angelegenheiten nicht zu kümmern. Von dem Augenblicke an, wo eine dritte Macht Ansprüche geltend macht, die zu einer Neuregelung der Beziehungen dieser und der anderen in Marokko interessierten Mächte zum schiffischen Reich führen könnten, kann England nicht mehr beiseite stehen. Aber in Verfolg seiner in den Verträgen mit Frankreich und Spanien festgelegten Politik kann seine Politik gegenüber einer dritten Macht nur eine einzige sein. Sie läßt sich in zwei Worten ausdrücken: Hände weg!

In Paris ist man der Ansicht, daß die Antwort der Regierung erst Ende der Woche nach der Rückkehr des Ministers des Äußeren erfolgen werde. An den dann beginnenden Verhandlungen würden aber mehrere Mächte teilzunehmen haben, außer England auch Russland, Spanien und wahrscheinlich — wegen der Größe seiner Mittelmeerinteressen — Italien. Dagegen scheint man in Berlin solchen Verhandlungen wenig geneigt zu sein. Die deutsche Regierung würde lieber mit Frankreich allein unterhandeln. In diesem Fall war allerdings die Entsendung des Kriegsschiffes das ärgste, was man tun konnte. Hat man ja gerade dadurch die englische Einmischung herausgefordert. Ueberhaupt erscheint das deutsche Vorgehen immer unverständlich. Verhandlungen mit Frankreich hatten ja schon begonnen und ihre Fortsetzung wäre wirklich einfacher zu erzielen gewesen, als durch das sensationelle Auftauchen eines Kanonenbootes in Agadir. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die deutsche Regierung vor allem Kompensationen in Kamerun herauszuschlagen und nicht sich in Marokko selbst festsetzen will, wie die alldeutschen Organe fordern. Die dringende Forderung ist jetzt, daß die deutsche Regierung endlich Aufklärung gibt, was sie denn eigentlich beabsichtigt. Es ist ein schmachvoller Zustand, daß der Absolutismus — und in der auswärtigen Politik herrscht er ja uneingeschränkt — das deutsche Volk andauernd gänzlich im unklaren läßt, in welche Abenteuer es geführt werden soll. Deshalb ist es fruchtbar zu begründen, daß unsere württembergischen Genossen den Zufall, daß der Landtag gerade tagt, zu dem Versuch benutzen können, der Regierung den Mund zu öffnen. Sie haben folgende Interpellation gestellt:

Ist die königliche Staatsregierung bereit, Auskunft darüber zu geben: 1. ob vor Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem Hafen von Agadir in Marokko der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten zusammenberufen worden ist, 2. ob sie auf Grund ausreichender Informationen diese Aktion billigt und sich davon überzeugt hat, daß durch sie die zur Zeit bestehenden freundlichen Beziehungen des Deutschen Reiches zu den europäischen Mächten nicht gefährdet würden?

Soffentlich gelingt es, die Regierung zum Reden zu bringen.

Die Interpellation im englischen Unterhause.

London, 6. Juli. (Unterhand.) Die Anfrage, auf die Ministerpräsident Asquith seine bereits gemeldete Erklärung abgab, war von David Rason an die Regierung gerichtet worden. Rason wiederholte seine vorgestrichene Anfrage betreffend die Pflicht des Generalinspektors, an das diplomatische Korps zu berichten und das Vorschwerdrecht (Art. 8 und 9 der Algierasakte) und fragte, ob Deutschland irgend eine derartige Beschwerde erhoben habe. Staatssekretär Grey erwiderte: Ich habe nichts davon gehört, daß eine solche Beschwerde erhoben worden ist. Rason fragte sodann weiter: Wenn keine Beschwerde erhoben worden ist, welche Rechtfertigung gibt es dann für Deutschlands Vorgehen in Marokko? Grey entgegnete: Die ganze Frage ist viel zu ernst, um sie hier als Frage und Antwort zu behandeln und auf besondere Punkte zu antworten, die sich aus Anfragen ergeben; der Ministerpräsident wird jedoch über die Frage eine allgemeine Erklärung abgeben. Darauf gab Asquith die bereits gemeldete Erklärung ab.

holte seine vorgestrichene Anfrage betreffend die Pflicht des Generalinspektors, an das diplomatische Korps zu berichten und das Vorschwerdrecht (Art. 8 und 9 der Algierasakte) und fragte, ob Deutschland irgend eine derartige Beschwerde erhoben habe. Staatssekretär Grey erwiderte: Ich habe nichts davon gehört, daß eine solche Beschwerde erhoben worden ist. Rason fragte sodann weiter: Wenn keine Beschwerde erhoben worden ist, welche Rechtfertigung gibt es dann für Deutschlands Vorgehen in Marokko? Grey entgegnete: Die ganze Frage ist viel zu ernst, um sie hier als Frage und Antwort zu behandeln und auf besondere Punkte zu antworten, die sich aus Anfragen ergeben; der Ministerpräsident wird jedoch über die Frage eine allgemeine Erklärung abgeben. Darauf gab Asquith die bereits gemeldete Erklärung ab.

Wiener Pressstimmen.

Wien, 6. Juli. Die Abendblätter drücken die Ansicht aus, daß sich durch den Widerspruch Englands gegen eine deutsche Flottenstation an der afrikanischen Küste die diplomatische Lage wieder verschärft habe. Trotzdem hält die „Neue freie Presse“ daran fest, daß die Marokkofrage sich nicht kritisch gestalten wird, da Frankreich und England nicht die Absicht hätten, Gegenmaßnahmen auszuführen, sondern zu unterhandeln. Am besten wäre es, so schreibt das genannte Blatt, wenn alle in Frage kommenden Mächte sich über die gemeinsame Rückkehr zur Algierasakte verständigen würden.

Weiteres Vordringen der Spanier im Gebiete von Elkar.

Paris, 6. Juli. Wie die Agence Havas aus Asila vom 5. Juli meldet, kam die spanische Kolonne unter dem Befehl des Obersten Sylvestre morgens dort an und lagerte eine Stunde von der Stadt entfernt. Oberst Sylvestre ließ den Besuch Kaisulais ankündigen.

Wahlrechtskampf und Bürgertum.

Mit unbeugbarer Ausdauer führt die preussische Arbeiterklasse den schweren Kampf um das gleiche Wahlrecht. Es weiß, daß dieser Kampf nur eine Etappe in dem großen Ringen des Proletariats um die Befreiung aus der ökonomischen Unfreiheit bedeutet. Der Sieg im Wahlrechtskampf ist aber die unerläßliche Vorbedingung jedes weiteren politischen Fortschritts. Nicht daß er die Entscheidung über die politische Gestaltung bereits in die Hand der Arbeiterklasse legt. Wohl aber wäre die Erringung des freien Wahlrechts der entscheidende Sieg der Demokratie nicht nur für Preußen-Deutschland, sondern für Europa überhaupt. Die Herrschaft der Junkerklasse mit ihrer absolutistischen Spitze im persönlichen Regiment wäre unmöglich gemacht; jene Hemmungen der politischen Fortentwicklung, die die preussischen Großgrundbesitzer ganz Deutschland auferlegen, wäre endlich beseitigt.

Es geht um die Durchsetzung der staatsbürgerlichen Gleichheit, die einst das Kampfbild der Liberalismus war. Aber in unserem Wahlrechtskampfe ist von liberaler Unterstützung verdammt wenig zu spüren. Der eine Teil der Liberalen, die nationalliberalen Vertreter des Großkapitals, bilden in Preußen vielmehr das schlimmste Hindernis jeder Wahlreform. Aus Furcht vor der radikalen Lösung des gleichen Wahlrechts, das sie verabscheuen, helfen sie Konservativen und Merkmalen jede Reform zu vereiteln.

Aber auch die Fortschrittspartei ist im Wahlrechtskampf nicht gerade sehr eifrig. Gewiß, die Fortschrittspartei hat im Dreiklassenhause den Wahlrechtsantrag gestellt und ihn durch Herrn Traeger wirkungsvoll begründen lassen. Aber die Wahlreform in Preußen ist auf dem rein parlamentarischen Wege nicht durchzuführen. Das gerade macht ja den Wahlrechtsfeinden das Dreiklassenwahlrecht so wertvoll, daß es ihnen die sichere Majorität garantiert. Gerade die Wähler, die Anhänger der Wahlreform sind, sind ja durch das Wahlsystem überwiegend entrechtet. So wichtig auch die Wahlen zum Landtag für die Aufrüstung der Massen sind, von ihnen eine entscheidende politische Einwirkung, eine grundstürzende Änderung in der Zusammensetzung des Dreiklassenhauses zu erwarten, ist eine Utopie. Und diese Utopie ist zugleich eine Gefahr, wenn sie dazu führt, die Anwendung des einzigen Mittels zu unterlassen, das die Wahlreform durchsetzen kann. Dieses Mittel aber ist der außerparlamentarische Kampf, die Aktion der Massen selbst.

Nun ist es natürlich, daß dieser Kampf in erster Linie Sache der Sozialdemokratie, der Partei der arbeitenden und entrechteten Massen ist. Aber deshalb brauchen die bürgerlichen Anhänger des allgemeinen und gleichen Wahlrechts doch nicht so gänzlich abseits zu stehen. Dieser Empfindung gibt heute auch das „Berliner Tageblatt“ Ausdruck. Es schreibt:

Auch im Bürgertum ist man darüber entsetzt, daß die Forderung des gleichen Wahlrechts vom Dreiklassenparlament verschleppt worden ist; auch hier wird es als eine Mißachtung des Volkes angesehen, daß die preussische Regierung in dieser dringenden Aufgabe der Gegenwart nicht einmal das Wort ergriffen hat; auch hier ist der Wille, alle Kräfte zur Erringung des gleichen, direkten, allgemeinen und geheimen Wahlrechts einzusetzen, vorhanden. Und so kann man um die Forderung nicht herumkommen, daß in der Frage der Wahlrechtsreform das entschiedene liberale Bürgertum mit den Arbeitermassen sich solidarisch stellt. Daraus ergibt sich nun von selbst, daß auch das Bürgertum seine Pflicht tun muß, um an seinem Teil zur Beseitigung des alten Dreiklassenwahlrechts mit allen Kräften

mitzuteilen, und daß es vor keinem Hindernis zurückzucken darf, um dieses Ziel zu erreichen. . . Das preussische Volk hat auch selbst seine Sache zu führen. Der parlamentarische Versuch, das Wahlrecht zu reformieren, hat versagt; so bleibt nichts anderes übrig, als die Massen des Bürgertums zu mobilisieren. Die Wahlrechtsfrage darf nicht wieder einschlafen. Was die organisierten Arbeiter können, das muß das Bürgertum auch können.

Noch rührt sich nichts in den Kreisen der unabhängigen Bürger. Warum soll nicht auch der entschiedene Liberalismus Massenversammlungen zugunsten des gleichen Wahlrechts veranstalten? Warum soll er nicht für die Wahlreform öffentlich demonstrieren? Die Zimperlichkeit, in der sich vielfach bei uns die liberalen Parteien gefallen, ist heute weniger als je am Plage. In Oesterreich war das Bürgertum weniger zaghaft; es hat mit den Arbeitern für das gleiche Wahlrecht demonstriert, und es hat sein Ziel erreicht. In England geht der Bürger auf die Straße, wenn er seine Forderung durch die Regierung nicht verwirklicht sieht. Warum soll der Berliner Bürger nicht auch öffentliche Kundgebungen für das gleiche Wahlrecht veranstalten? Man mag sich dabei auf das sorgfältigste vor allen Uebergriffen hüten, man mag die politischen Wessungen auf das genaueste befolgen, aber man braucht nicht dauernd hinter dem Ofen hocken zu bleiben. Offenbar weiß Herr v. Bethmann Hollweg so wenig wie der Minister des Innern v. Dallwitz, wie nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die unabhängigen Bürger über sie denken. Nun wohl, dann muß man es ihnen einmal deutlich machen. Bürger heraus! Fordert euer Recht! Solchen Argumenten sind gewöhnlich gerade solche Bureaucraten am wenigsten unzugänglich, die der Logik und Staatsraison gegenüber bis an den Hals angeknöpft sind. Jedenfalls, der Kampf um das Wahlrecht darf nicht zu Ende sein. Er muß trotz aller Rückschläge fortgesetzt werden, bis er zum Ziele geführt hat. Der Ruf nach dem gemeinsamen Recht für alle, den der Abgeordnete Traeger an die preussischen Wähler ergoß, wird auch bis in die Ministerstuben dringen, wenn nur das Bürgertum zeigt, daß es ihm mit der Wahlrechtsforderung heiliger Ernst ist.

Es wird nicht uninteressant sein, wie das Bürgertum auf diese Aufforderung reagieren wird. Lange Erfahrungen haben uns skeptisch gemacht. Gewiß, die Herrschenden in Preußen treiben toll genug. Dieser aber hat gerade das liberale Bürgertum alle Herausforderungen der Junker und Bureaucraten mit leidender Geduld ertragen. Käme es endlich anders, uns sollte es recht sein.

Aber sei dem wie immer. Der Wahlrechtskampf dauert fort, und unserer Forderung nach dem gleichen Recht werden die Herrschenden nicht mehr entgegengehen. Das gleiche Wahlrecht für Preußen steht auf der Tagesordnung und bleibt die dringendste politische Aufgabe der Gegenwart.

Ein „freisinniges“ Universitätsprojekt.

Wie stark die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Fäden sind, die den deutschen Liberalismus des Hansabundes und des ehemaligen Bülow-Blocks doch immer wieder zur preussischen Regierung ziehen, selbst wenn diese der „Großknecht“ der Junker und Pfaffen ist und bleibt, das beweisen die Kämpfe um die Neugründung einer Universität in Frankfurt a. M., die seit Monaten im dortigen Rathaus getobt haben und jetzt zu einem vorläufigen Abschluß im Sinne der Errichtung der Hochschule gekommen sind.

Seit Frankfurt a. M. preussisch geworden und in die allgemein wirtschaftliche Entwicklung, von der es sich fast bis zu seiner Annexion künstlich abgesperrt hatte, hineingezogen worden ist, hat ihm die Konzentration des Bank- und Handelsgeschäfts in Berlin und des Großhandels in den Seehäfen immer mehr genommen. Die Industrie aber war durch die Frankfurter Patrizier ganz besonders streng ferngehalten worden. Infolgedessen kann sich jetzt bei den teuren Bodenpreisen und großstädtischen Verhältnissen selbst ein neuer Industriehafen am Main, dessen Bau mit circa 80 Millionen Kosten vor einigen Jahren in Angriff genommen wurde, nur langsam entwickeln, zumal noch heute den Frankfurter Stadtbürgern ein geheimes Grauen vor schnell wachsender Arbeiterbevölkerung innewohnt. Besteht doch die Stadt als einziger demokratischer Rest aus vorpreussischer Zeit ein kommunales Wahlrecht, dessen Genuss von 1200 M. nur noch milde wirkt, das aber sonst geheim, gleich (ohne Klassenwahl) und direkt ist. Ein Drittel der Stadtverordneten ist deshalb sozialdemokratisch, und ängstliche bürgerliche Gemüter haben schon eine nahe sozialistische Mehrheit gesehen, die man deshalb durch allerlei den Agrariern abgesehene Manöver, wie kunstvolle Wahlbezirkseinteilungen, schändliche Wahlmanipulationen und Wahlmanöver der niedrigsten Art zu verhindern sucht.

Einen geschickten Führer in dieser Abwehrbewegung hat das Frankfurter Bürgertum in seinem Oberbürgermeister Abides gefunden. Dieser gewandte Verwaltungsbeamte mit echt hanseatischer Verschlagenheit, der politisch völlig rechts steht, aber einige sozialpolitische Verdienste in bezug auf die Beherrschung des Frankfurter Grundstücksmarktes durch die Mittel reichlicher städtischer Stiftungen hat, sah sich zeitig nach einer Möglichkeit um, durch künstliche Begünstigung bürgerlichen und wohlhabenden Zugzugs den Charakter der alten Millionärstadt gegen den wachsenden Einfluß der Arbeiterkreise zu bewahren und zu schützen. Und er fand das Mittel dazu in einer Universitätsgründung, die den Grobmannsbedürfnissen der Frankfurter Bourgeoisie trefflich entgegenkam. Er bereitete im stillen Einverständnis mit der auf dem Frankfurter Rathaus noch herrschenden Freisinnsdemokratie diesen Plan außerordentlich raffiniert vor. Unter sträflicher Vernachlässigung der wachsenden Außenbezirke der Stadt baute er an einer einzigen Stelle jenseits des Main am Kohlenhafen ein Nervenkrankenhaus neu auf, dessen ganze Einrichtungen von Anfang an akademische Zwecke zugeschnitten waren. Unsere früher noch kleine sozialdemokratische Fraktion erkannte die Absicht zeitig und verfuhrte zähen Widerstand zu leisten. Bei der Bevölkerung und den Kerzten fand sie auch mit ihrer Forderung, statt der Nervenkrankenanstalt Bezirkskrankenhäuser zu errichten, die der reinen Krankenpflege gewidmet sein sollten, starken Anklang. Der fortschrittliche Rathausküngel dagegen versagte. Er ließ sich anscheinend durch Versicherungen des Oberbürgermeisters beruhigen, arbeitete aber im stillen an dessen Universitätsplänen rüstig mit. Die großen Geldleute der Frankfurter Bourgeoisie machten weiter große Stiftungen angeblich zu Krankenhause Zwecken, in Wirklichkeit für Universitätsinstitute. Die alten wissenschaftlichen Stiftungen aber, physikalische, anatomische und naturbeschreibende Institute, die von ihren Schöpfern gerade im Gegensatz zur offiziell bevormundeten Universitätsforschung gedacht waren, wurden durch den Universitätsplan dadurch gelddert, daß ihnen der Oberbürgermeister prächtige neue

Gelme aus den Mitteln einer zu diesem Zweck geradezu verewaltigten Altersversorgungsstiftung baute und sie auch örtlich vereinigte, zusammen mit der seit etwa zehn Jahren mit einer städtischen Subvention von 75 000 M. und aus Privatstiftungen errichteten „Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften“, die ohne Examen nicht leben und nicht sterben kann, da sie andererseits der Gelegenheit, wissenschaftlich gemahregelten Dozenten einen sicheren Zufluchtsort und einen Wirkungskreis zu sichern, sorgfältig aus dem Wege gegangen ist. Sogar in den Berliner Kreisen Schmollers soll man sich darüber gewundert haben, daß diese Akademie noch nicht einmal einem Marxisten Asyl gewährte, statt sich Dozenten allerersten akademischen Gardemâches zuzulegen. Aber die das kritisierten, kannten eben die Pläne des Frankfurter Bürgertums nicht.

Endlich, Anfang dieses Jahres, war alles soweit vorbereitet, daß der große Schritt gewagt und mit dem Plane einer Frankfurter Volk-Universität an die Öffentlichkeit gegangen werden konnte. Eine Magistratsvorlage vom 23. Februar 1911 beantragte bei den Stadtverordneten die Zustimmung dazu, daß die städtischen Krankenhäuser mit allen Instituten „zur Mitbenutzung für Universitätszwecke dauernd zur Verfügung gestellt werden“ und „die Stadt Frankfurt sich bereit erklärt, einem die Errichtung einer Stiftungs-Universität betreffenden Verträge beizutreten“. Für die noch fehlenden Fakultäten ständen weitere Stiftungen in Aussicht, so hieß es, auf eine theologische könne man verzichten. Die städtischen Finanzen sollten und dürften in keiner Weise belastet werden. Diese letztere Versicherung erwies sich in der Kommissionsberatung, zu der unsere Fraktion vier Mitglieder auf 15 stellte, alsbald als reiner Humbug. Eine Aufstellung, die unsere Mitglieder nach vieler Mühe und Frageret fertigten, zeigte, daß das städtische Budget mit weit über einer Million einmaligen und wahrenscheinlich einer halben Million laufenden Ausgaben belastet werden wird. An den Stiftungsmitteln fehlen heute noch erhebliche Beträge. Dabei würde lediglich eine Kleinstadtmitteluniversität à la Marburg oder Heidelberg geschaffen, keine, die mit Leipzig oder München rivalisieren könnte. Nun sind die städtischen Finanzen infolge hoher Ausgaben für Repräsentations- und Luxuszwecke so gespalten, daß in Frankfurt arme Leute, die selbst die preussische Einkommensteuer freilich, hohe städtische Gebühren zahlen müssen. Die Unterbeamten und Arbeiter werden von der teuren Stadt schlechter entlohnt, als in Mannheim und München. Die meisten Volksschulnassen sind bis zu 70 Köpfen überfüllt. Für die Rinderzucht gibt die Stadt ganze 10 000 M. im Jahr aus, so daß der betreffende Verein im letzten Jahre sein Kapital angreifen mußte! Dabei schnorrt der Oberbürgermeister für Universitätspläne! Städtische Volksbibliotheken kennt man in Frankfurt so wenig wie städtischen Wohnungsbau für andere als Beamte und wenige städtische Arbeiter. Dabei schreit dort die Kostspieligkeit gerade der kleinsten Wohnungen zum Himmel. Trotzdem machen die finanziellen Seiten des Universitätsplanes der Rathausmehrheit keine Sorgen. Sie ist entschlossen, alles zu opfern, um eine preussische Universität in ihre Mauern zu erhalten — selbst die Interessen der ärmsten Bevölkerungsteile, nur nicht ihren eigenen Geldbeutel. Denn gerade die ärgsten bürgerlichen Käufer nach der Universität schwören heilig und teuer, daß keine Steuererhöhung kommen dürfe. Ob sie aber dann in ihre eigene Tasche greifen werden, darf man billig bezweifeln.

Doch viel wichtiger und interessanter als die finanzielle Seite der Sache ist die organisatorische. So lange man noch keinen festen Plan hatte, schwärmte man immer von einer „freien“ Universität. Als man aber Farbe bekennen mußte, stellte sich heraus, daß diese „freie Universität“ ein allerdings sehr „freies“ Phantasiegebilde gewesen war. Man will das genaue Gegenteil einer „freien“ Universität, eine echte königlich preussische Hochschule unter Aufsicht ihrer Majestäten, der preussischen Junker. Bei den Verhandlungen mit der preussischen Regierung hat man erfahren, daß es keine Examenberechtigung ohne die völlige Unterordnung unter preussisches Bildungskommando gibt, und an der Examenberechtigung hängt den Frankfurter Gründern alles. Auf sie waren ja die lockenden Schilderungen aufgebaut, die in der Magistratsdenkschrift den Gebattern Schneidern und Handschuhmachern mit Bezug auf den kommenden Studentensegen entworfen worden waren. Außerdem aber sehnt sich die volksparteiliche Rathauspartei so sehr nach dauernder Verbindung mit Berlin. Ihre Schichten wollen doch Karriere machen und gegen die „Auswüchse“ an freien Universitäten konvertieren die freisinnigen Frankfurter Parteiführer, junge, reiche und strebame Rechtsanwält, nicht leiser, als ein beliebiger preussischer Junker. Sie säßten sogar direkt Prüfler Vorkommnisse, um sie zu „beweisen“. Durch die ganze, von unserer Fraktion aufgerollte Frage der preussischen Staatsbevormundung zog sich der Ausdruck der innigen Sehnsucht der Bürgerlichen, die Anerkennung der Frankfurter Universität durch den preussischen Kultusminister um jeden Preis zu erzielen. Man ist sich doch wirtschaftlich und geistig so verwandt — warum soll denn auch keine Einigung zustande kommen? Es fruchtete nichts, daß unsere Fraktion die ganze Schande der preussischen Universitätsreglementierung, wie sie seit Jahrzehnten öffentliches politisches Geheimnis ist, vor und nach dem Falle Krona, aufrollte. Es fruchtete nichts, daß Professor Dr. War Weber-Heidelberg, von unserer Fraktion darum gebeten, in einem schriftlichem Votum zur Frankfurter Universitätsfrage und in glänzender Darstellung das blamable Um und Auf des neuesten Berliner Falles Bernhardi schilderte und daß mitten in die Frankfurter Universitätsdebatten die preussischen Aufsichtungen freier Studentenvereinigungen und der Selbstmord Dabrowskis fiel — man war entschlossen, den preussischen Junkern und Pfaffen ein schönes Stück städtischer Selbstverwaltung in Krankenhäusern und Bildungsinstituten unter die Füße zu werfen und tat es um den Preis, eine kgl. preussische Universität von Trott zu Solz Gnaden zu erhalten. Man lehnte sogar das in der Kommission und bei der Schlussberatung eingebrachte Amendement unserer Genossen in namentlicher Abstimmung mit 46 gegen 20 Stimmen ab, das wenigstens das äußerste verflüten wollte und lautete:

In den Vertrag sind folgende Bestimmungen aufzunehmen: Die Stadt, die beteiligten Stiftungen und Gesellschaften werden Leistungen für die Universität nur so lange übernehmen und fortsetzen, als die Zulassung und das Verbleiben im Besitze nicht von den religiösen, wissenschaftlichen und politischen Ueberzeugungen des Lehrers abhängig gemacht wird, sowie als die Dozenten volle Lehrfreiheit genießen und in der Ausübung staatsbürgerlicher und persönlicher Rechte nicht beschränkt werden.

Damit war für unsere Frankfurter Genossen, die im Einverständnis mit der preussischen Landtagsfraktion bereit gewesen wären, trotz aller finanziellen Bedenken für eine Hochschule zu stimmen, die eine fortgeschrittene und volkstümliche

Gestaltung erhielt,*) jede Möglichkeit gefallen, für die Anträge auf Errichtung einer Frankfurter Universität zu stimmen. Mit desto größerem Jauchzen nahmen sie sämtliche bürgerliche Parteien auf dem Frankfurter Rathause an. Es gibt keine Differenzen mehr zwischen „freisinnigem“ Bürgertum und Ostelbieren in der Unterjochung der Wissenschaft und ihrer Lehre unter die Einflüsse des Klassenstaates!

Ueberflüssig zu sagen, daß auch die äußeren Formen des Frankfurter Universitätskampfes bereits die fast völlige Ueber einstimmung zwischen bürgerlicher Demokratie und preussischem Regime bekundeten. Die Kommissionsberatungen begannen mit einer Vergewaltigung der Minderheit, der man durch einen lächerlichen Vertraulichkeitsbeschluss jede Möglichkeit des Verkehrs mit der Bevölkerung über die Kommissionsbeschlüsse nahm, und sie endigten mit einer noch größeren Vergewaltigung, durch die man die Aufnahme einer sozialistischen Minderheitsklärung in den Bericht glatt ablehnte, so daß unsere Genossen die Schlussung verlassen und sich an der Abstimmung nicht mehr beteiligten. Die Schlussberatung im Plenum der Stadtverordnetenversammlung aber brachte Larmstößen, bei denen die Freisinnigen tobten wie Besessene, und am letzten Ende wurde dem Vorsitzenden unserer Fraktion, von dessen große Rede sich die ganze zweitägige Debatte gedreht hatte und der in dieser Debatte hundertmal angegriffen war, sogar die Möglichkeit einer ausreichenden persönlichen Bemerkung abgeschnitten. Die Goethefeier, die sich so gebärdeten, sind wahrhaftig reif für eine königlich preussische Universität. Und der preussische Unterrichtsminister, mit dem sie nun zu verhandeln haben, müßte ein Tor sein, wenn er sie nicht in seine Arme schloße und gerührt zu ihnen sagte: „Ihr seid Fleisch von meinem Fleisch und Blut von meinem Blut. Ihr sollt das preussische Hochschulstudium gründlich bekommen!“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juli 1911.

Scharfmacherische Einflüsse im Hansabund.

In den öffentlichen Erklärungen, mit welchen die Leiter des Zentralverbandes deutscher Industrieller und anderer gleichgearteter Unternehmerverbände ihren Austritt aus dem Hansabund zu begründen suchen, wird gewöhnlich als Grund angegeben, daß das Präsidium des Hansabundes unter der Führung des Geheimrats Nieker einen Frontwechsel vollzogen habe und ins freisinnige Lager abgewandert sei. Tatsächlich liegt die Sache eher umgekehrt. Die Gründung des Hansabundes ging vornehmlich von solchen Kreisen aus, die die Interessen des Finanz- und des großen hansestädtischen Handelskapitals vertraten, und der Kampf der neuen Vereinigung sollte sich zunächst gegen die einseitige Interessenpolitik der ostelbischen Krautjunker richten — später auch gegen die Sozialdemokratie. Bald glaubten jedoch die Großindustriellen, in dem Hansabund ein Mittel gefunden zu haben für ihre besonderen scharfmacherischen Zwecke und ihn durch geschicktes Manövrieren dahin bringen zu können, seine Kampfrichtung zu ändern. Er sollte zu einer Organisation werden, die in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ihre Hauptaufgabe sieht und im Grunde mit dem Zentralverbande deutscher Industrieller sich jedem weiteren Ausbau der Sozialpolitik energisch widersetzt. Deshalb traten die scharfmacherischen großindustriellen Verbände in Massen dem Hansabunde bei. Doch sie haben sich in ihren Hoffnungen getäuscht, noch immer haben die Vertreter des Handels- und Finanzkapitals im Hansabund die Führung — und so bietet sich die Erscheinung, daß eine der großindustriellen Cliquen nach der anderen wieder aus dem Hansabund austritt.

Was diese großindustriellen Verbände eigentlich im Hansabund wollten und in welcher Richtung sie ihn zu steuern gedachten, zeigt deutlich ein Brief des Handelskammerpräsidenten Dr. Alexander Lillie, der zwei Jahre lang im Ehrenamte die Geschäfte der Saarbrücker Ortsgruppe des Hansabundes geführt hat. Er schreibt an den jetzigen Vorsitzenden dieser Gruppe:

„Die eigentlichen Ursachen (zum Austritt bedingener Teile der deutschen Industrie, welcher sich seiner wahren Lebensinteressen bewußt ist) liegen darin, daß schon seit längerer Zeit die Leitung des Hansabundes den „Lebensinteressen von Handwerk, Handel und Industrie“, zu deren Wahrnehmung der Hansabund gegründet worden ist, eine freisinnig-vollsparteiliche Auslegung gegeben hat, welche es mir unmöglich macht, beim Hansabund zu verbleiben. Sie hat sich an den Lebensinteressen der gewerblichen Ertragswirtschaft vergriffen bei der preussischen Wahlgesetzvorlage, beim Wertsteigerungsteuergesetz, bei der Stellung zur Sozialdemokratie und bei der Diskontierung der Wachforderungen, und hat in hochwichtigen Fragen, wie der Frage der Reichsversicherungsordnung, des Versicherungsgesetzes für Angestellte, des Lohnarbeitskammergesetzes, des Hausarbeitsgesetzes, der Abänderung der Reichsgewerbeordnung vollständig versagt. Eine solche berufsständepolitische Organisation ist meiner Ueberzeugung nach überflüssig. Um diese Dinge zu ungunsten der gewerblichen Ertragswirtschaft zu lenken, dazu hätte es keines Hansabundes bedurft. Ich habe bereits vor über einem Jahre in meinem Buche „Die politische Notwehr des Gewerbe- und Handelslandes“ und seitdem in einer großen Anzahl in der „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ erschienenen Aufsätze daran Kritik geübt und die Hansabundleitung oftmals ernstlich verwahrt. Diese Stimme hat aber bei der Hansabundleitung ebensowenig Beachtung gefunden wie die anderen westdeutschen Stimmen, welche in derselben Richtung laut geworden sind, wenn sie mir auch aus den Kreisen unserer Ortsgruppe vielfache herzliche Zustimmung eingetragen hat. Die Wirkung dieser Hartnäckigkeit liegt jetzt mit dem Austritt der Industrie aus dem Hansabunde zutage.“

Deutlich zeigt sich hier, daß man von großindustrieller Seite hoffte, den Hansabund zu einer reinen Scharfmacherorganisation auszugestalten zu können; denn Herr Lillie wirft ihm nicht nur vor, daß er eine falsche Stellung zu der Sozial-

*) Unsere Genossen hatten vorher in der Kommission und darauf erneut im Plenum beantragt, die Frankfurter Forschungsinstitute einschließlich Goethefest zu einer freien städtischen Forschungsuniversität mit zentralisierter Verwaltung als Asyl für anderswo abgewiesene Forscher mit wissenschaftlichen Qualitäten und als Studienort für junge Gelehrte, Redaktoren, Arbeitersekretäre, Gewerbetreibende und besonders für Frauen (wie jetzt in Leipzig) zu vereinigen. Der Antrag wurde jedoch im Ausschuss wie im Plenum mit Hohn überschüttet und abgelehnt. Der freisinnige Referent bezeugte eine derartige freie Hochschule sogar als „pathologische Universität“.

demokratie eingenommen hat, sondern auch, daß er seinen Einfluß nicht gegen die preussische Wahlgesetzvorlage, gegen die Reichssteuerwachstumssteuer, gegen die wenigen arbeiterfreundlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, gegen die Versicherung der Privatangehörigen usw. ausgeübt hat, also sich nicht ohne weiteres in den Dienst der Scharfmacherei des Zentralverbandes deutscher Industrieller stellte. Das Gerücht von der Schwelung oder der falschen Taktik Niefers ist nur eine Verhüllung der wirklichen Motive, die die Herren à la Rötger, Rirdorf und Tille zum Austritt bewegt.

Kriegsrat der Scharfmacher-Kommission.

In Hannover waren gestern die Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller und der ihm nächststehenden Großunternehmer-Organisationen zum heiligen Kriegsrat versammelt, um über die Bekämpfung des Hanjabadens zu beraten. Ueber die Einzelheiten der Verhandlung fehlen zuverlässige Nachrichten, da den Teilnehmern Schweigen auferlegt wurde; immerhin ist so viel durchgedrungen, daß die Herren Alexander Tille-Saarbrücken, Ulrich-Eisen und Steinmann-Wucher, der Herausgeber der „Deutschen Industriezeitung“, äußerst kampflustig auftraten und einen großen Kriegsplan vorlegten. Doch fanden ihre Vorschläge in der Versammlung manchen Widerspruch, so daß schließlich nach langem Hin- und Hergerede die Beteiligten ohne Beschlußfassung nach Hause fuhren.

Zur Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf.

Noch immer scheinen die Nationalliberalen nicht zu wissen, ob sie für die Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf, die auf den 19. September angelegt ist, einen eigenen Kandidaten aufstellen, oder dem weißen Vorschlag Erzbergers folgen sollen, gleich im ersten Wahlgang für den Zentrumskandidaten, den Landrat Adams einzutreten. Dagegen haben die Antisemiten beschlossen, nicht Sozialdemokratie und Zentrum allein das Schlachtfeld zu überlassen. Sie haben in der Person des Pfarrers Leylaß in Solingen einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

Dem Zentrum den Rücken gekehrt

Hat der frühere katholische Geistliche Dr. Kirsch, der seit fünf Jahren als Redakteur bei der „Kölnischen Volkszeitung“ tätig war. Er hat sich kürzlich dem Altkatholizismus angeschlossen und will dort auf kirchlichem Gebiete tätig sein. Dr. Kirsch hat bis zum 1. Juli in dem Kölner Blatt die kirchlichen Angelegenheiten und die literarische Beilage bearbeitet. Wie verlautet, hat er sich durch die Freiberereien innerhalb der Zentrumspartei und der römisch-katholischen Kirche derart angewidert gefühlt, daß er beiden entschlossen den Rücken gekehrt hat.

Eine Wahlrechtsversammlung.

die sich zu einer Massenkundgebung für ein freies Wahlrecht in Preußen gestaltete, fand am Mittwochabend im Kaiserpalast in Solingen statt. Genosse Liebschütz referierte. In einer Resolution wurde den bürgerlichen Parteien und der Regierung die schärfste Mißbilligung über ihr Verhalten bei Behandlung des Wahlrechtsantrages ausgesprochen. Nach Schluß der Versammlung, nachts 11 Uhr, kam es zu einer spontanen Straßenkundgebung. Die Versammlungsteilnehmer zogen unter Abhängen der Internationale am Rathaus vorbei zum Gewerkschaftshaus. Die Polizei begnügte sich damit, die Zugänge zum Landratsamt abzulockern.

Zusammenbruch der Sehe gegen die Freiburger Ortskrankenkasse.

Dienstag und Mittwoch fand vor dem Landgericht in Freiberg i. S. die Verurteilungsverhandlung in der bekannten Ortskrankenkassenaffäre statt. Das Urteil lautet: Der angeklagte Redakteur Wurgardt vom „Freiberger Anzeiger“ wird wegen Verleumdung des Vorsitzenden der Freiburger Ortskrankenkasse Diehlitz zu 800 M. Geldstrafe, Ueberrahme sämtlicher Kosten, auch jener der Verteidigung des Klägers verurteilt. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß sämtliche Behauptungen des Amtsblattes über Gräffler unwahr seien. Man hatte nämlich behauptet, Gräffler hätte sich das Leben genommen durch die Schuld des Ortskrankenkassenvorsitzenden Diehlitz. Es sei aber nachgewiesen, daß er wegen der Unregelmäßigkeiten, denen er überführt worden ist, sich das Leben genommen hat.

Die Begründung des Urteils bedeutet eine völlige Niederlage des Reichsverbandes. In dem ersten Urteil vor dem Schöffengericht war Wurgardt zu nur 80 M. Geldstrafe verurteilt worden, auch sprach das Urteil damals nicht klar aus, ob die Behauptungen erwiehnen seien oder nicht. Wegen formaler Verleumdung bleibe es für Diehlitz bei 10 M. Geldstrafe.

Landtagsersatzwahl.

Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, ist der Wirtl. Geh. Oberregierungsrat Lusensky aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe zum Ministerialdirektor ernannt worden. Durch diese Beförderung wird im Kreise Bromberg 3 eine Ersatzwahl nötig. Lusensky gehört seit 1908 dem Abgeordnetenhaus als Vertreter dieses Kreises an. Er ist Mitglied der nationalliberalen Partei. Bei der letzten Wahl wurde Lusensky mit 333 gegen 223 polnische Stimmen gewählt. Da seitdem das polnische Element an Stärke gewonnen hat und der Gegensatz zwischen Nationalliberalen und Konservern sich verschärft hat, wird es voraussichtlich zu einem scharfen Wahlkampf kommen.

Die Türkei und Montenegro.

Wien, 6. Juli. Aus Cetinje wird dem Wiener T. Z. Telegr. Korresp.-Bureau offiziell gemeldet: Nachdem hier Zusicherungen eingetroffen sind, daß der Zeitpunkt für die Rückkehr der Albaner für den Fall, daß die gegenwärtig mit den Führern geführten Verhandlungen noch nicht zu einem günstigen Ergebnisse geführt hätten, hinausgeschoben werden würde, wurde heute der Beschluß gefaßt, die geplante Mobilisierung vorläufig aufzuschieben. Für den Augenblick werden nur diejenigen Vorbereitungen getroffen werden, welche für eine Mobilisierung notwendig sind, die Montenegro durch den Umstand auferlegt werde, daß die Türkei fortgesetzt Truppen an der montenegrinischen Grenze anhäuft.

Die Meinung der Türkei.

Konstantinopel, 6. Juli. Die Nachricht von der Mobilisierung der Division von Podgorica ist im Ministerium des Aeußern kühl aufgenommen worden.

Der Kriegsminister erklärte, die Mobilisierung von 12 000 Mann bedeute für die Türkei nichts. Falls sie der Wirklichkeit würde, würde die Türkei entsprechende Maßnahmen treffen. Sollte Montenegro die Türkei angreifen, würde diese den Angriff erwidern müssen. Im Ministerium des Aeußern äußert man seine Enttäuschung darüber, daß die montenegrinische Regierung alles aufbiete, um die Russen von der Rückkehr nach der Türkei abzuhalten.

Rücktritt des Ministeriums?

Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge hat die Pforte den Großmächten die bindige Versicherung gegeben, sie werde den Krieg mit Montenegro um jeden Preis vermeiden und

liebet den Albanern alle mit der Würde des Reiches verträglichen Zugeständnisse machen. Man glaubt, daß Kabinett Halki werde sich einer solchen Lösung der auswärtigen Krise opfern, seine Demission überreichen und die Durchführung eines inneren Systemwechsels einem auf die jungtürkischen Dissidenten und die bisherige liberale Opposition gestützten Kabinett Riamil überlassen.

Ausbreitung des albanischen Aufstandes.

Wien, 5. Juli. Nach Mitteilungen informierter albanischer Kreise greift die Aufstandsbewegung trotz der Verhandlungen in Podgorica im Norden und Süden von Albanien weiter um sich. Die Aufständischen seien fest entschlossen, auf ihren Forderungen zu beharren. Die Mission des Erzbischofs von Skutari werde erfolglos bleiben.

In türkischen Armeekreisen herrscht große Erbitterung gegen Montenegro. Sie bekräftigen ein aktives Vorgehen und sind gegen zu weitgehende Zugeständnisse an die Russen.

Weitere Zugeständnisse.

Salonik, 6. Juli. Torgut Schewket Pascha wurde vom Kriegsminister von der Eröffnung eines weiteren Kredits in Höhe von 10 000 Pfund zum Zwecke der Wiederherstellung zerstörter Wohnstätten und der Entschädigung heimkehrender Russen verständigt. Gleichzeitig wurde der Oberkommandant ermächtigt, eine Zusatzproklamation zu erlassen, daß die Aufständischen ohne Unterschied der Religion heimkehren können und daß ihnen die Waffen nicht abgenommen werden sollen.

Die Auffassung der österreichischen Regierung.

Wien, 6. Juli. Der „Pester Lloyd“ erfährt von Wiener unterrichteter Stelle über die geplante montenegrinische Mobilisierung, daß diese, wenngleich auf den ersten Blick ungewöhnlich, keinen Anlaß zu einer Beunruhigung gebe. Die Uebereinstimmung zwischen den Großmächten, insbesondere zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Rußland, sowie die Tatsache, daß Montenegro sich auf keinerlei kriegerische Abenteuer einlasse. Das gelte auch für den Fall, daß die türkisch-albanischen Verhandlungen sich noch über den 15. Juli hinaus hinzögen sollten.

Oesterreich.

Der 82. Sozialdemokrat gewählt.

Die Wahlen sind mit dem am Montag vorgenommenen galizischen Stichwahlen nun definitiv zu Ende gegangen. Der letzte Wahltag brachte der sozialdemokratischen Partei noch einen Erfolg: in Trohoborz-Land wurde der ruthenische Genosse Witk gewöhlt. Der zweite ruthenische Sozialdemokrat, Genosse Ostapczuk, der bisher dem Reichsrat angehörte, ist leider unterlegen. Die sozialdemokratische Reichsratsfraktion hat nach dem nun vorliegenden Ergebnis der Wahlen gegenüber dem Stand von 1907 einen Verlust von 5 Mandaten zu registrieren. In Anbetracht der Wahlsituation von damals und heute ist dieser Verlust gering zu schätzen.

Die Sozialdemokraten im Reichsrat.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat in ihrer Sitzung vom 27. Juni nachfolgenden Beschluß gefaßt:

Die Parteivertretung empfiehlt ihren Abgeordneten, sich im zukünftigen Parlament als Klub der deutschen Sozialdemokraten zu konstituieren.

So dringend das österreichische Proletariat einer einheitlichen Vertretung und Aktion bedarf, so sicher ist es, daß im bisherigen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten diese Aufgabe nicht voll erfüllt werden konnte. Es erscheint darum derzeit geboten, den Vorstand des Klubs zu beauftragen, mit den sozialdemokratischen Klubs anderer Nationen in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen möglichst enge Fühlung und Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten.

Damit ist also zunächst auf einen einheitlichen Verband Verzicht geleistet.

Neue Ausgleichsverhandlungen.

Wien, 5. Juli. Der böhmische Statthalter Fürst Thun ist in Wien eingetroffen und wird morgen dem Ministerpräsidenten Baron Gautschi mitteilen, daß der böhmische Großgrundbesitz bereit ist, wie im vergangenen Jahre, die Vermittlerrolle zwischen den Deutschen und den Tschechen zu übernehmen, um den Ausgleich in Böhmen zu Ende zu führen. Man nimmt in führenden parlamentarischen Kreisen an, daß der sogenannte kleine Ausgleich diesmal zustande kommt und der böhmische Landtag dadurch arbeitsfähig wird. Die Verhandlungen werden aber erst im Herbst aufgenommen werden. Der Ministerpräsident Baron Gautschi wird in der nächsten Woche die Besprechung mit den Parteiführern über den Verlauf der Sommer-session aufnehmen. Bei dieser Gelegenheit wird der Ministerpräsident sich auch über die Aussichten einer Herbst-session des Abgeordnetenhauses informieren.

Frankreich.

Gegen die Kriegsgeher.

Paris, 6. Juli. Das Generalkomitee des Syndikatsverbandes der Seine hat eine Tagesordnung angenommen, worin das Volk aufgefordert wird, sich am 14. Juli auf die Straßen zu begeben, nicht um am Hehen teilzunehmen, sondern gegen das Gesetz betreffend die Altersrente Einspruch zu erheben. Ferner wurde in der Versammlung beschlossen, auf die Kriegsgerichte mit einer lebhaften Agitation zu antworten sowie einen neuen Generalstreik vorzubereiten. Die erste Kundgebung wird am nächsten Sonnabend stattfinden. Andererseits wurde auch in Lorent eine Tagesordnung angenommen, worin die Arbeiterklasse ersucht wird, anlässlich des 14. Juli eine Versammlung auf dem Esch-Bohringischen Plage abzuhalten, um dort die Altersrentendächer zu verbrennen.

Die Wahlreform — eine Schlappe der Regierung.

Paris, 6. Juli. Die Deputiertenkammer setzte heute die Beratung der Wahlvorlage fort und beriet über ein Amendement Painlevés betreffend die Teilung der zu saec bevölkerten Departements und die Verteilung der Mandate. Von mehreren Rednern wurde die Abtrennung eines Teiles des Amendements gefordert. Caillaux hat die Beratung der Frage zu vertagen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, sich über die Folgen des Amendements klar zu werden und ihr zu gestatten, den Text der Kammer bei ihrem Wiederzusammentreten im Oktober vorzulegen. Die Beratung wurde jedoch mit 808 gegen 251 Stimmen abgelehnt. (Weiß auf den Seiten der Anhänger des Proportionalwahlrechts.) Dalinnet beantragte sodann, die Abstimmung über das Amendement Painlevés vorzunehmen.

Eine verknüpfte Kundgebung.

Paris, 6. Juli. Das Blatt „Guerre sociale“ veröffentlicht einen Artikel, worin es sich sehr energisch gegen die Sabotage auf den Eisenbahnen wendet. Das Blatt schreibt: Diese Attentate sind so einseitig, daß man glauben könnte, daß sie das Werk irgend eines Polizeispiegels sind.

Portugal.

Monarchistische Unruhen in Lissabon.

London, 6. Juli. Wie die Blätter melden, soll es in Lissabon gestern zu einem Kampfe zwischen Militär, einem Teil der Bevölkerung und von monarchistischen Agitatoren angeführten Seceuten gekommen sein. Die Truppen hätten schließlich die Oberhand behalten. In Lissabon herrsche Panik.

Paris, 6. Juli. Mehrere Wäutern wird im Zusammenhang mit den Meldungen über Straßenunruhen in Lissabon aus London berichtet, die portugiesische Regierung habe die Nachricht erhalten, daß die Monarchistenführer aus Brasilien 2 1/2 Millionen Frank für Unterstützung der Sache der Königstreuen erhalten hätten. Der Telegraphenverkehr werde auf das strengste überwacht.

Monarchistische Abenteuer.

Aus Lissabon wird mitgeschrieben:

Den Männern des ritterlichen Dom Manuel hat es so gut an der Staatskrippe gefallen, daß sie alles aufwenden, um wieder in diese nahrhafte Position zu gelangen. Da sie es fertig gebracht haben, durch Inauskultstellen von Staatsmonopolen eine Anzahl Vorfänger für ihre politische Spekulation zu gewinnen, fehlt es ihnen dazu nicht an Geld. Es wird berichtet, daß fort und fort Waffen, namentlich Gewehre, aber auch Kanonen eingeschmuggelt werden und daß Soldner getworden werden, die für eine Löhnung von täglich 20 M. und das Versprechen einer Prämie von 800 M. für den Fall des Gelingens des Abenteuers begeistert für die heillosen Königsfälle kämpfen sollen. An der spanischen Küste wurde ein deutsches Schiff festgehalten, an dessen Bord man 200 Riften Gewehre, 400 Riften Patronen und anderes fand. Die spanische Behörde verfügte die Zurückhaltung des Schiffes. Dasselbe Schiff, die „Gemma“ hatte schon vorher an anderer Stelle Waffen und zwei monarchistische Agenten, die aus Spanien verschwunden waren, gelandet. Auch diese Waffen wurden zum Teil beschlagnahmt.

Die Anerkennung der Republik.

Lissabon, 5. Juli. In der konstituierenden Versammlung erklärte der Minister des Auswärtigen Bernardino Racha do, die Anerkennung der Republik sei stillschweigend vollzogen und durch die modi vivendi, die zwischen den verschiedenen Mächten und der provisorischen Regierung abgeschlossen worden seien. Ferner sagte er, die Durchführung des Trennungsgesetzes vollziehe sich ohne Widerstand. Des weitern teilte der Minister mit, daß Deutschland gestattet habe, daß der Durchsicherung des von den spanischen Behörden bei Corruption festgehaltenen deutschen Dampfers „Gemma“ der dortige portugiesische Konsul beivohne.

Etwa tausend Reservisten, die mit den aktiven Truppen nach dem Norden abgehen sollen, durchzogen heute die Stadt und wurden überall mit patriotischen Zurufen begrüßt.

Ein offizielles Dementi.

Lissabon, 6. Juli, 1 Uhr nachmittags. Die Nachricht englischer Blätter, die Marinesoldaten der königlichen Kasernen hätten einen bewaffneten Aufstand versucht, ist vollkommen unrichtig. In Portugal herrscht Ordnung.

England.

Der Verfassungskampf.

London, 6. Juli. Das Oberhaus hat heute nacht das von Lord Lansdowne eingebrachte Amendement zur Vetobill trotz des energischen Widerspruchs der Regierung mit 223 gegen 46 Stimmen angenommen. In politischen Kreisen herrscht allgemein die Ansicht, daß, nachdem das Unterhaus die Amendements zur Vetobill abgelehnt und Asquith die Absicht der Regierung kundgegeben haben wird, der Krone die Ernennung neuer Peers anzuraten, das Oberhaus nachgeben wird.

Serbien.

Die Ministerkrise.

Belgrad, 6. Juli. Da alle Bestrebungen, die radikale Koalition aufrechtzuerhalten, endgültig gescheitert sind, hat der König den bisherigen Minister des Aeußern Milowanowitsch mit der Bildung eines homogenen radikalischen Kabinetts betraut.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Lüneburg hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab, in der über das abgelaufene Geschäftsjahr Bericht erstattet wurde. Danach ist die Entwicklung dieser Bezirksorganisation eine gute gewesen. Die Mitgliederzahl stieg von 3704 am 1. Juli 1910 auf 4708 am Schlusse des Monats Juni 1911. Es ist also ein Mitgliederzuwachs von 1004 zu verzeichnen. Dieser Fortschritt ist um so bemerkenswerter, als Lüneburg nur ein kleiner Staat mit einer Stadt ist, wor befinden sich deshalb dort nur 6 Dörfer Organisationen. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder, die in obiger Summe mit enthalten ist, hat eine erfreuliche Steigerung von 868 auf 960 erfahren. Im lüneburger Landesparlament, der Bürgerkammer, ist unsere Partei durch zwölf Mitglieder vertreten. Auch in mehreren Landgemeinden haben wir Siege im Gemeinderat und im Gemeindevorstand. Zum Zweck der Organisation wurden im Geschäftsjahre 1910/11 überall auf dem Landgebiet sowie in der Stadt Volksversammlungen abgehalten, in denen aktuelle Thematia besprochen wurden. Den Mitgliedern wurden unentgeltlich Flugblätter zugeföhlt, die ihnen in der Agitation gute Dienste leisten können. Die Verteilung von Flugblättern an alle Bevölkerungskreise hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen noch größeren Umfang als im Vorjahre erreicht. Zum Zwecke der Aufklärung der ländlichen Bevölkerung wurde almonatisch eine dafür besonders herausgegebene Zeitschrift „Der Landarbeiter“ und im November der Landarbeiterkalender verbreitet. Auch für die Ausbreitung und Stärkung der Landarbeiterorganisation war der Verein erfolgreich tätig. Sehr erfreulich gestaltete sich ferner das Zusammenarbeiten der Partei mit den Gewerkschaften, namentlich auf dem Gebiete der Jugendorganisation und des Kinderschutzes. Die Bildungsarbeit wird außer von der Partei und dem Gewerkschaftsverband von einem besonderen Bildungsverein geleitet, in dessen Vorstand auch der Vorstand der Lüneburger Parteioorganisation vertreten ist. Die Jahresrechnung balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 27 087,33 M. Am Schlusse des Geschäftsjahres war ein Kassenbestand von 10 364,26 M. vorhanden. An freiwilligen Beiträgen für den Wahlfonds gingen 1825,50 M. ein. So bietet der Bericht ein Bild gesunden Fortschritts der Lüneburger Landesorganisation.

Erfolge bei den Gemeindevertretungswahlen errangen unsere Genossen in Roßling bei Lüneburg am letzten Sonntag. Dort wurde ein Genosse in den Gemeindevorstand und drei Genossen in den Gemeinderat gewählt. Die Gegner blieben in einer verschwindend kleinen Minorität. Die Siege im Gemeinderat sind wieder wie bisher ausschließlich mit Sozialdemokraten besetzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Betrieb der Firma Vosold u. Juhre, Brandenburgstr. 19, ist gestoppt.
Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Der neue Buchbindertarif und die Buchbindereiarbeiterschaft Vereins.

Am Mittwochabend hatten sich die Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen außerordentlich zahlreich im großen Saale der Brauerei Hoppoldt versammelt, um den Bericht von den Tarifverhandlungen entgegenzunehmen und ihre Meinung darüber zu sagen. Was diese Verhandlungen ergeben haben, ist ja, so weit die Hauptpunkte in Frage kommen, bereits fortlaufend im „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Der Referent Wienke, der nun eine Uebersicht über den Verlauf der Verhandlungen und ihr Resultat gab, erklärte gleich zu Anfang seiner Ausführungen, daß die Berliner Vertreter es bedauerten, der Versammlung empfehlen zu müssen, sich mit den Angehörigen der Prinzipale abzufinden. Die Verhandlungen haben bekanntlich in Leipzig auf zentraler Grundlage stattgefunden, und die Vertreter hatten die Vollmacht, den neuen Tarif endgültig abzuschließen. Die Berliner bildeten nur ein Drittel der Buchbindereiarbeiterschaft der drei Tarifstädte und mußten sich somit dem fügen, was die Mehrheit beschloß. Bei den Anfang Mai geführten Verhandlungen, die namentlich die Stundenlöhne betrafen, haben die Berliner Vertreter erklärt, daß sie mit den gemachten Zugeständnissen nicht zufrieden sein könnten. Bei den nun erst Ende Juli abgeschlossenen Verhandlungen handelte es sich hauptsächlich um den umfangreichen Affordtarif, der 1046 Positionen mit rund 13 000 Preisbestimmungen enthält. Hierbei sind, wie der Redner hervorhob, solche Zugeständnisse gemacht und Verbesserungen durchgeführt, daß auch die Berliner Vertreter sich damit einverstanden erklären konnten, wenn auch in dieser Hinsicht nicht das erreicht ist, was die Arbeiterschaft billigerweise forderte, und in einzelnen Fällen ein Ausgleich zwischen nach Meinung der Arbeitgeber zu hoch angelegten Preisen und anderen tatsächlich allzu niedrig bezahlten Arbeiten stattgefunden hat. Im allgemeinen ist der neue Affordtarif mit viel größerer Sorgfalt ausgearbeitet als der alte, was auch schon daraus hervorgeht, daß die Zahl der Positionen um über 200 erhöht wurde, und die Zahl der Preisbestimmungen um rund 3000. Der bisher für Berlin geltend gewesene Sondertarif ist jetzt in den allgemeinen Tarif aufgegangen, aber es ist gleichwohl durch besondere Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen gelungen, in verschiedenen Positionen wiederum höhere Positionen als für Leipzig und Stuttgart festzusetzen. In der Hauptsache mußte bei den Verhandlungen über den allgemeinen Affordtarif versucht werden, die für Leipzig geltenden Preise auf die Höhe der Berliner zu bringen, und es ist auch bei einem großen Teil der Positionen gelungen, eine Uebereinstimmung oder Annäherung zustande zu bringen. Da die Drucklegung des neuen Affordtarifs, der ja erst in letzter Stunde zum Abschluß gekommen ist, noch viel Zeit erfordert, kann er erst vom 21. Juli ab Geltung erhalten, während der neue Tarifvertrag im übrigen bereits mit dem 1. Juli in Kraft getreten ist. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben sich bei den Verhandlungen alle mögliche Mühe gegeben, den Ablaufstermin auf ein späteres Datum als den 1. Juli festzusetzen, der ja in die flauere Zeit des Buchbindergewerbes fällt. Aber seitens der Prinzipale wurde erklärt, daß für sie dieser Termin eine Errungenschaft des Kampfes vom Jahre 1906 sei, die sie sich nicht auf anderem Wege als durch einen neuen Kampf entreißen lassen würden. Am nicht den ganzen Tarifabschluss wieder in Frage zu stellen, erklärten sich dann die Arbeitervertreter mit der Beibehaltung des alten Tarifs einverstanden, und so wurde der neue Tarifvertrag auf 5 Jahre abgeschlossen. Der Redner bemerkte zum Schluß, daß das Ergebnis der diesmaligen Tarifbewegung sicherlich ein sehr mageres sei, daß es aber immerhin einen Schritt vorwärts bedeute. Ueber die Durchführung der protokolllarisch festgelegten Bestimmungen, die den Prinzipalen empfiehlt, bei Einführung des neuen Tarifs den über Minimallohn entlohnten Arbeitern und Arbeiterinnen eine angemessene Lohnerhöhung zu gewähren, sind hier in Berlin mit den Prinzipalen Verhandlungen angeknüpft, die jedoch noch nicht zu Ende geführt werden konnten. Selbstverständlich wird die Buchbindereiarbeiterschaft mit aller Kraft dafür sorgen, daß jene Empfehlung, wie es bei den Verhandlungen in Leipzig versprochen wurde, auch wirklich durchgeführt wird. Ferner sind bereits Schritte unternommen, um auch die nicht dem Verbande der Buchbindereiarbeiter angehörnden Arbeitgeber zur Anerkennung des neuen Tarifvertrages zu veranlassen, und man wird alle Kraft einsetzen, um etwa entstehende Schwierigkeiten zu überwinden.

An den Bericht schloß sich eine außerordentlich lebhaft debattierte, in der eine starke Unzufriedenheit über das Ergebnis der Tarifbewegung hervortrat. Im allgemeinen wurde jedoch betont, daß man nun, nachdem an dem Ergebnis nichts mehr zu ändern ist, alle Kraft einsetzen müsse, um den Tarif in allen seinen Teilen strikte zur Durchführung zu bringen, damit das, was er der Buchbindereiarbeiterschaft bietet, auch in vollem Maße zur Geltung kommt. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung hat mit Entrüstung Kenntnis von dem Tarifabschluß genommen. Sie bedauert lebhaft, durch Vergebung der Vollmacht an ihre Vertreter nicht in der Lage zu sein, den Tarif abzulehnen. Sie kann in dem Abschluß einen ihrer Lage entsprechenden Fortschritt nicht erblicken.“

Mit dem Streik der Bodenleger

Beschäftigte sich am Mittwoch eine Branchenversammlung dieser Arbeitergruppe. Der Obmann Kleh erstattete den Bericht über den Stand des Streiks. Zwei der Firmen, die bewilligt hatten, haben ihre Unterseite nachträglich wieder zurückgezogen und das, obwohl sie einen Vertrag eingegangen waren, der auf ein Jahr Geltung hatte und nur unter Innehaltung der dreimonatigen Kündigungsfrist gelöst werden durfte. Das Verhalten dieser Firmen charakterisiert sich somit als ein offener Bruch des eingegangenen Tarifvertrages. Die Arbeiter dieser Firmen haben sich dann dem Streik angeschlossen. Da aber bei den Tariffirmen mehr Arbeiter benötigt wurden, so ist die Zahl der Ausständigen nicht größer geworden, sondern auf etwa 150 zurückgegangen. Etwa 150 Arbeiter arbeiten jetzt unter geregelten Bedingungen. Inzwischen verhängen die betroffenen Unternehmer und insbesondere deren Organisation ungeheure Geldstrafen, indem sie in fast allen Tageszeitungen in den größeren Provinzorten und selbst im Auslande fortgesetzt nach Arbeitern inserieren. Es werden dabei die verlockendsten Versprechungen gemacht. So wird in den Inseraten und auch in den Briefen, die den Bewerbern zugehen, von Wochenverdiensten von 60—70 M. gesprochen. Haben sich aber die Leute dadurch verleiten lassen und sich zu Arbeitswilligendiensten hergegeben, dann sehen sie, daß die ihnen bezeichneten Verdienste in fabelhafter Ferne schweben. Als einige der Arbeitswilligen den ihnen in Aussicht gestellten Verdienst auch wirklich verlangten, wurde ihnen von dem betreffenden Unternehmer geantwortet: „Ja, das sind die Verdienste der Portierleute. Sie sind aber doch nur Stabuhbodenleger.“ Die Inserate sind nun so gehalten, daß die Unternehmer für die unerfüllt gebliebenen Versprechen auf gerichtlichem Wege nicht belangt werden können. Ueberdies sind die behaupteten Löhne in der fabelhaften Höhe von 60 und 70 M. die Woche und 3000 M. Jahresverdienst eise Plumperie, denn die Arbeiterorganisation hat durch statistische Erhebungen festgestellt, daß auch nicht ein einziger Arbeiter regelmäßig einen solchen hohen Lohn erreicht hat. 40 M. wäre der Durchschnittslohn. Die Arbeitswilligen, die aus allen Verufen zusammengewürfelt sind und die z. Z. einen Teil der Bauten fallen, vermögen aber nur 12 M. bis allerhöchstens 20 M. zu verdienen. Der größte Teil der Arbeitswilligen sieht sich infolgedessen betrogen und zieht dann in der Regel wieder seiner Wege. So sind denn die bisher von den Unternehmern gewonnenen Arbeitskräfte keineswegs dazu

angetan, die Ausständigen zu ersetzen. Das wissen auch die Unternehmer nur zu gut. Sie legen es deshalb auch darauf an, die Öffentlichkeit zu täuschen, indem sie falsche Nachrichten und Berichte an die Presse gelangen lassen. So machte kürzlich eine Notiz die Kunde durch die bürgerlichen Blätter, in der behauptet wurde, daß die Arbeiter, ohne irgendwelche Verhandlungen nachzusuchen, ohne weiteres in den Streik eingetreten sind. Das gerade Gegenteil ist wahr. Der Holzarbeiterverband hat die Tarife von 1904 mit einem höflichen Begleitschreiben an alle Unternehmer der Branche versandt und nur ein einziger Unternehmer befragt, so viel Abstand, daraufhin in der gestellten Frist zu antworten. Erst der Streik hatte dann Verhandlungen mit einigen weiteren Firmen gebracht. Inzwischen haben die Ausständigen in einer Versammlung am Montag beschloffen, im Streik weiter zu verharren; trotzdem die Unternehmer nichts unversucht lassen, sondern alle Mittel zum Schaden der Streikenden anzuwenden. Die vom Unternehmerverband angeordnete Materialsperrung hat zunächst noch ihre Wirkung. Ihr ist es zuzuschreiben, daß die tariftreuen Betriebe größere Aufträge nicht übernehmen und demzufolge auch weitere Arbeiter nicht einstellen können. Doch auf die Dauer wird sie diese Wirkung nicht haben. Auf jeden Fall sind die Streikenden entschlossen, nicht eher wieder zu den Arbeitsplätzen zurückzukehren, bis der Tarif von 1904 von den Unternehmern vollständig anerkannt ist. Bei der Bekanntgabe des Beschlusses brauchte stürmischer Beifall durch den Saal, ein Beweis, daß die Streikenden die Sympathien aller ihrer Berufsgenossen für sich haben.

Achtung, Stellmacher! Der Junungsabweis in der Lichtenberger Straße ist seit Montag, den 3. Juli, aufgehoben und findet die Vermittlung nur noch auf dem paritätischen Nachweis in der Gormannstraße 13 statt. Wir ersuchen sämtliche Kollegen, nur dort Arbeit anzunehmen. Umschauen ist streng verboten.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Branchenkommission der Stellmacher.

Zum Streik der Bau- und Arbeitslutscher in Lichtenberg ist zu berichten, daß der Stand derselben für die Streikenden überaus günstig ist. Trotz der allergrößten Anstrengungen ist es den Führern nicht gelungen, Ersatzkräfte an Stelle der streikenden Arbeiter zu bekommen. Aus den Reihen der Streikenden selbst ist niemand abtrünnig geworden. Die Führer versuchen die Zufuhr von Material auf Neubauten an andere Führer in Reinickendorf und Nixdorf zu übertragen. Die Arbeiter aus diesen Betrieben betrachten solche Arbeit als Streikarbeit und haben es abgelehnt, derartige Bauten zu machen. Auf einigen Neubauten beginnt es deshalb an Steinen und Baumaterialien zu mangeln. Auf dem Güterbahnhof in Lichtenberg stehen ganze Reihen von Waggons mit Steinen, die nicht entladen werden können.

Auf einem Neubau in Lichtenberg, wo Affordmurer arbeiten, drohten die Steine heute vormittag alle zu werden. Der Bauunternehmer hatte deshalb einen nicht bestreiten Führer mit der Zufuhr von Bausteinen beauftragt. Als die Arbeiter des Bauunternehmers auf dem Neubau erschienen, kam der Führer, welcher bisher die Zufuhr besorgte, auf einer Drohsache vorgefahren und machte selbst die Arbeiter darauf aufmerksam, daß diese Streikarbeit sei. „Neht wie die eine Fuhr dürsten sie nicht machen.“ Die Stimmung unter den streikenden Arbeitern ist eine gute; sie sind ernstlich gewillt, den Kampf solange zu führen, bis die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machen. — Der Gastwirt Moser, Frankfurter Chaussee 98, macht nach wie vor Streikarbeit.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung im Magdeburg-Gelmsieder Braunkohlenbezirk.

Die „Braunschweiger Landeszeitung“ fühlte sich berufen, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die streikenden Vergarbeiter anfangen, unruhig zu werden, und daß es schon beim Schichtwechsel zwischen den Sicherheitsbeamten und den Streikposten zu Tätlichkeiten gekommen sei. Daß Verletzungen noch nicht vorgekommen seien, wäre nur der besonderen Ruhe der Polizeibeamten zu danken. Die Kreisdirektion habe sich deshalb veranlaßt gesehen, verschärfte, den Verkehr regelnde Bestimmungen auch für die Zugangsweg nach den Schächten der Braunschweigischen Kohlenwerke zu erlassen, wie das für die Grube Emma bereits seit geraumer Zeit geschah.

Die Streikenden geben keinerlei Veranlassung zu irgend einem Einschreiten, dagegen lassen die Polizeibeamten die Ruhe vermissen, die ihnen der Kritikkreiser anzudichten versucht. Der Vorgang, der zu der verschärften Ordnung Veranlassung gab, war harmlosster Natur. Weil ein von einem Ainde nach einem Kirschbaum geworfener Stein in die Nähe eines Polizisten rollte, griff der Beamte eine hinter ihm gehende Frau grüßlich am Arm. Der Ehemann verbat sich eine solche Handlungsweise und bei dieser Auseinandersetzung bildete sich ein kleiner Menschengelauf, der für die Polizisten die Veranlassung war, die Säbel aus der Scheide zu ziehen. Nur dadurch, daß die Streikenden die größte Ruhe bei diesem Auftritt bewahrten, wurde Schlimmeres abgewendet. Einige Vergarbeiter, die zusammenstanden, um eine Krise zu nehmen, wurden von dem Gendarm, weil sie nicht schnell genug auseinandergingen, mit Riffen auseinandergejagt. Die Streikenden werden sich durch alle diese Ungerechtigkeiten nicht provozieren lassen, sie führen ihren Kampf in Ruhe und Sachlichkeit fort.

Was Streibtrecher dürfen!

In der Eisengießerei und Maschinenfabrik Dürrenbacher Hütte in Weimar streiken seit einigen Wochen die Arbeiter. Die angeworbenen Arbeitswilligen werden auch in der Goethestadt natürlich besonders geschätzt, wie das im übrigen Preußen-Deutschland üblich geworden ist. Schon letzte Woche wurde der „Tribüne“ aus Weimar berichtet, daß einige der heute angefahrenen Staatsbürger auf an ihnen vorübergehende Arbeiter ohne jede Veranlassung mehrere Schläge abgaben. Als diese sich die Schlägen genauer ansahen, rief einer derselben: „Weißt uns zehn Schritte vom Leibe, sonst schießen wir Euch Augen in den Ban!“

Einige Tage später wurde einem auf der Straße sich provozierend betragenden Streibtrecher von einem Schuhmann ein 1/2 Meter langes fingerdickes Stück Eisen abgenommen, mit dem er zuzuschlagen gedroht hatte. An einem der letzten Abende gab es wieder eine regelrechte Schießerei ganz ohne Grund, an der sich auch der Fabrikbesitzer Schramm beteiligte, wenigstens kam er mit einem Gewehr in der Hand auf den Fabrikhof gestürzt. Verletzt wurde niemand, weil sich die überraschten Passanten, die mit dem Streik nichts zu tun haben, in Sicherheit brachten. Trotz dieser Vorgänge erfahren die nützlichen Elemente den weitgehendsten Schutz. Die auf dem Bahnhof ankommenden Arbeitswilligen melden sich auf Anraten der Fabrikleitung beim Stationsvorstand oder ersten Portier und werden dann von der Direktion liebevoll im Automobil abgeholt. Die Streikleitung hat sich bei der Eisenbahndirektion beschwert und hat auch eine öffentliche Warnung an die Einwohnerschaft erlassen, sich nicht mit den Revolverhelden einzulassen.

Der Kampf in Hamburger Holzgewerbe.

Zunmer eigenartiger wird die Situation, doch nicht unglücklicher für die Arbeiter. Im Lager der Unternehmer herrscht ein Raddelmüdel, wie er nicht größer sein kann. Selbst bisherige Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbandes wenden sich jetzt an den Holzarbeiterverband und erbieten sich, Einzelverträge abzuschließen. Täglich kommen Tischlermeister aus dem Bureau des Schuyverbandes und verlangen, daß nun endlich dem Traverspiel ein Ende gemacht werden möge. Die Leiter der Arbeitgeberorganisation haben jedoch jedes Augenmaß für die tatsächlichen Verhältnisse verloren und glauben immer noch, die verpfuschte Situation zu retten. Die Arbeitswilligen gehen jetzt unter einer neuen Firma. Es erscheint folgendes Inserat:

Nach Abschluß des Lohntrates mit den Arbeitgebern der Holzindustrie können durch unseren Nachweis Tischler auf Bau und Möbel, sowie Parkettleger eingestellt werden zu neuen Tariflöhnen. Tischler, die dem deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören, wollen sich schriftlich melden. Verband der Holzarbeiter von Hamburg und Umgegend von 1911.

(Mitgliederbestand ca. 700 Personen.)
Wenn die Arbeiter wie bisher ihr Augenmerk auf diese Art der Arbeitswilligen richten, so wird auch dieser neueste von den Unternehmern sicher bezahlte Versuch wirkungslos bleiben.
Weil der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Interessen seiner Mitglieder so miserabel betrübt, haben eine Anzahl Unternehmer sich zusammengeschlossen, um mit dem Holzarbeiterverband zu verhandeln. Zum Donnerstag ist eine Versammlung der Tischlermeister einberufen, in der die weiteren Schritte beraten werden sollen. Inzwischen sind von zwei Seiten Verhandlungen angeboten worden, und zwar vom Syndikus der Detaillisten, Dr. Bruno W., und vom Vorsitzenden der Arbeitsnachweise der „patriotischen Gesellschaft“, Landrichter Dr. Keumann. Ob dabei irgend etwas herauskommt, muß abgewartet werden. Jedenfalls haben die Arbeiter bei dem gegenwärtigen günstigen Stand der Bewegung keine Ursache nachzugeben. Dringend bitten jedoch die Hamburger Holzarbeiter, auch ferner strengstens auf Fernhaltung des Luzuges zu achten.

Ausland.

Vom Seemannsstreik.

Nach Meldungen bürgerlicher Blätter soll der Streik der Seeleute in England beendet sein. Das ist nicht richtig. Die Seeleute streiken nach einer Mitteilung der Londoner Verbandzentrale in Leith, Belfast, Dublin, London-Derry, Dundee und Grangemouth. In London wird nur noch bei der Atlantic-Transport-Company der Streik fortgesetzt. Der Streik in Manchester wird in kürzester Zeit zugunsten der Ausständigen beigelegt sein. Jeder Zugang nach den englischen Häfen ist bis auf weiteres streng fernzuhalten, eine Anmusterung auf englischen Schiffen in deutschen Häfen ist nur für eine Feuer von 90 M. (4 von 10) gestattet. Ein deutscher Seemann darf unter diesem Feuer nicht anmustern. In London, Cardiff, Swansea, Hartlepool, in Southampton, in New-Port, Sunderland, Middleborough, Liverpool, Barry, Schibes und einigen anderen kleineren Häfen ist der Kampf mit Erfolg beendet worden. Die Abschaffung der Arbeitslatten (Lidets) und der körperlichen Untersuchung durch die Schipping-Federation wurde durchgesetzt und damit die Anerkennung der Organisation erzwungen. Die Schipping-Federation hat den größten Teil ihres Einflusses bei den englischen Reedern vorläufig eingebüßt.

Das Ende des Mailänder Gasarbeiterstreiks.

Rom, 3. Juli. (Fig. Ver.) Am Abend des 2. Juli ist endlich der Mailänder Gasarbeiterstreik in einer für die Streikenden befriedigenden Weise beigelegt worden. Die Gesellschaft verpflichtet sich, alle Streikenden wieder einzustellen und die Frage über die Berechtigung der Entlassung von Arbeitern mit mehr als fünf Dienstjahren einem Schiedsgericht zu überweisen. Die Beilegung erfolgte genau zu derselben Stunde, als in einer von 20 000 Arbeitern besetzten Versammlung unter freiem Himmel beschloffen wurde, aus Solidarität mit den Gasarbeitern den Generalstreik zu proklamieren. Wer weiß, ob ohne diese Drohung das Einverständnis erzielt worden wäre.

Letzte Nachrichten.

Protestversammlung in Königsberg i. Pr.
Königsberg i. Pr., 6. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der heute unter freiem Himmel stattgefundenen, von 5000 Personen besuchten Versammlung referierte Genosse Gaase. Die Versammlung protestierte gegen Wahlfreischmach, Junkerfreiheit und Marokkorummel und trat für den Völkerrfrieden ein.

Ein Dementi.

Paris, 6. Juli. Die „Agence Havas“ meldet: Wir können nach Erkundigungen an absolut autoritativer Quelle versichern, daß der angebliche Geheimvertrag zwischen Frankreich und Marokko, der heute in London von der Echganze Telegraph Company veröffentlicht wird, apokryph ist.

Die französische Wahlreform.

Paris, 6. Juli. (W. L. B.) Die Deputiertenkammer nahm das Amendement Painlevé an, das besagt, daß jedes Departement einen Wahlkreis bildet. Ist jedoch die Zahl der zu wählenden Deputierten größer als sieben, soll das Departement zwei Wahlkreise bilden. Gleichfalls wurde der Paragraph angenommen, der die Verteilung der Mandate regelt. (Siehe auch unter Frankreich.)

Der Sturz des Bizebürgermeisters in Wien.

Wien, 6. Juli. (W. L. B.) Großes Aufsehen erregt hier die bevorstehende Demission des Bizebürgermeisters Hierhammer, die am 14. d. M. im Gemeinderat erfolgen wird. Hierhammer ist zu diesem Schritt durch die Maßnahmen seiner Gegner gezwungen worden, die in einer öffentlichen Versammlung schwerwiegendes gegen den Bizebürgermeister gesammeltes Material zur öffentlichen Kenntnis bringen wollten. Man beschuldigt H., dafür gewickelt zu haben, daß bedeutende Druckaufträge von der Stadt an die Wiener Firma Hierhammer u. Deutschner vergeben worden sei. Dem Bizebürgermeister ist nachgewiesen worden, daß er an dem finanziellen Ertragnisse dieser Firma beteiligt gewesen ist, obwohl er bei seinem Amtsantritt das Gegenteil behauptet hat. Auch an der Affäre Gansdorfer, bei der es sich um die unter einem angemessenen Preis erfolgte Vergebung städtischer Jagdbezirke handelte, soll H. beteiligt sein.

Demonstration Obdachloser in Wien.

Wien, 6. Juli. (W. L. B.) Hier fand heute eine große Manifestation Obdachloser statt. Viele Frauen und Kinder beteiligten sich an dem Umzug, dessen Ziel das Rathaus war. Man verlangte den Oberbürgermeister zu sprechen, wurde jedoch nicht vorgelassen. Die Obdachlosen machen der Stadtverwaltung den Vorwurf, daß sie durch den Abbruch der Wohnhäuser im 17. Bezirk, deren Eigentümerin die Stadt war, den schon bestehenden Mangel an Kleinwohnungen vergrößert habe. Die Stadtbehörde hatte zwar viele wohnungslose Familien Unterkünftungen auszuweisen lassen, doch genügt diese nicht, den Notstand zu beseitigen. Großes Aufsehen haben verschiedene Selbstmorde erregt, die mit der Wohnungsnot in Zusammenhang gebracht werden.

Aus dem albanischen Aufstandsgebiet.

Konstantinopel, 6. Juli. (W. L. B.) Wie Torgkut Schewket Pascha telegraphisch meldet, haben die albanischen vorgeführten Truppen bei Trabunja mocaeni unweit der Grenze in einem vierstündigen Kampfe angegriffen, wurden aber schließlich zurückgeschlagen. Die Aufständischen wurden im Sinne der Anordnungen der Regierung nicht weiter verfolgt.

Vergarbeitsperrung in Norwegen.

Kristiania, 6. Juli. (W. L. B.) Die Vergarbeiter verwarfen mit etwa 1200 gegen 7 Stimmen das letzte Friedensangebot der Arbeitgeber. Die Sperrung beginnt deshalb am Sonnabend mit der Aussperrung von 17 000 Mann.

Weiterer Sieg der Seeleute.

Brüssel, 6. Juli. (W. L. B.) Der Zustand im Hafen von Antwerpen ist beendet. Die Vereinigung der Reederei einschließlich der Red Star Linie nahm die Bedingungen der Seeleute, die zukünftige Lohnzahlung nach der Hamburger Lohnskala an.

Literarische Rundschau.

Geschichte der Revolutionen

vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von A. Conrady.

Die von der Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ unter dem Titel „Kulturbilder“ herausgegebene Sammlung populärer Geschichtswerte hat anfangs auch in parteigenössischen Kreisen viele Ansehungen erfahren — und, wie zugegeben werden muß, mit Recht. Die Illustrationen übertrafen den Text, der oft nur zu dem Zweck geschrieben zu sein schien, die lediglich nach kunsttechnischen, nicht nach kulturhistorischen Gesichtspunkten ausgewählten Bilder dem Beschauer zu erläutern; wenigstens ließ dieser Text an historischer Gewissenhaftigkeit und Urkundenkritik recht viel zu wünschen übrig. Alle abgetane religiöse Geschichtsbilder, parteiische Entstellungen und der Fälschung verdächtige Meldungen waren verschiedentlich kritisch als Material für die trotz aller Berufung auf die materialistische Geschichtsauffassung stellenweise fast rein ideologische Darstellung benützt worden.

Die Buchhandlung „Vorwärts“ hat sich durch diese anfänglich ungünstige Kritik jedoch nicht abhalten lassen, ihren Plan weiter zu verfolgen. Die gerügten Mängel haben sie nur dazu veranlaßt, in der Wahl der Autoren und in ihren Ansprüchen an die von diesen gelieferten Texte strenger zu werden. Und der Erfolg ist nicht ausgefallen: die „Kulturbilder“ sind, wie allgemein anerkannt wird, immer besser geworden, und besonders die jetzt erscheinende „Geschichte der Revolutionen“ A. Conradys erweist sich als ein prächtiges populäres Geschichtswerk, das dem Verfasser und dem Verlag gleichmäßig Ehre macht. Selbst wenn man die Stoffeinteilung nicht für glücklich hält und statt einer allgemeinen „Geschichte der Revolutionen“ lieber eine Einzelbearbeitung der niederländischen, englischen, französischen Revolution usw. in abgeschlossenen Bänden gesehen hätte, zwingt der erste vorliegende Band des Conradyschen Werkes, der mit der wirtschaftlichen Umwälzung im sechzehnten Jahrhundert beginnt und nach einer kurzen Darstellung des niederländischen Aufstandes den Verlauf der englischen Revolution bis zur Errichtung der Republik verfolgt, zu der Anerkennung, daß in ihrer jetzigen Gestalt die „Kulturbilder“ allen Ansprüchen genügen, die man an derartige auf den Massenvertrieb berechnete populäre Publikationen zu stellen berechtigt ist.

Mit Geschick hat Conrady verstanden, den breiten, überreichen Stoff zu gliedern und auf verhältnismäßig knappem Raum ein anschauliches Bild der Vorgänge zu bieten. Da die Grundursache aller der großen politischen Umwälzungen des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts letzten Endes dieselbe ist: die Verdrängung der feudalen Wirtschaftsformen und ihre Zurückdrängung im nationalen Wirtschaftsleben durch die steigende Bedeutung des Handels und der Manufaktur, so liegt die Gefahr ziemlich nahe, daß der Historiker, der diese Parteien behandelt, bei der Schilderung der einzelnen politischen Parteien treibenden Motive in den Fehler der Schablonisierung verfällt, den Kampf lediglich als einen Streit zwischen dem Feudaladel und dem aufsteigenden, die Interessen des Kapitalprofits vertretenden wohlhabenden Bürgertum auffaßt und über dieser Hauptkassenteilung die mancherlei wichtigen Interessenunterschiede innerhalb des rebolierenden Bürgertums vergißt: die Unterschiede zwischen den Vertretern der Interessen des Handels-, Schifffahrts-, Industrie- und des noch mehr oder weniger in gütlicheren Formen gebundenen Handwerkskapitals — ganz abgesehen von dem scharfen Gegensatz, in dem alle diese Schichten wieder zu dem Bauerntum und dem neu-entstandenen städtischen Lohnproletariat stehen. Conrady hat diese Schablonisierung, die leider auch in einzelnen Revolutionsdarstellungen der parteigenössischen Literatur hervortritt, glücklich vermieden. Er beachtet neben dem Gleichen und Ähnlichen auch das Besondere, das Bodenständige und Traditionelle, das je nach dem speziellen Entwicklungsengang sich in den verschiedenen Klassenschichten auf verschiedenem Wirtschaftsboden niedergeschlagen hat und sich in die Reihe der Beweggründe einschlingt. Und ferner finden auch die proletarischen Tendenzen, die bereits in den Revolutionen des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts deutlich hervortreten, meist sorgfältige Berücksichtigung, vornehmlich in dem die englischen Zustände um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts behandelnden letzten Teile des vorliegenden Bandes.

Zusammen kam dem Verfasser hierbei seine Kenntnis der älteren wirtschaftspolitischen Literatur Englands. Er hat für seine Schilderung der englischen Revolutionszustände nicht nur die politisch-historischen Quellenchriften der Revolutionszeit benützt; seine Ausführungen beweisen, daß er auch die Lehren der damaligen Wirtschaftstheoretiker eingehend studiert hat, vornehmlich Thomas More, W. Stafford, Thomas Mun, W. Harrison, John Locke, Henry Robinson. Und diese umfassende Kenntnis der merkantilistischen Bestrebungen und Anschauungen jener Tage verleiht ihm über die meisten der bürgerlichen Geschichtsschreiber, die vor ihm das englische Revolutionszeitalter behandelt haben, ein entschiedenem Uebergewicht; denn die englischen Ökonomen des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts gefielen sich nicht im bloßen Ausspinnen grauer Theorien, sondern sie schrieben als Praktiker für die Praxis. Wie sie meist als Kaufleute, Bankiers, Finanz-, Kolonial- und Steuerbeamte aus der Praxis hervorgegangen waren, in der

Praxis standen und aus dieser ihre Anregungen und ihre Theorien schöpften, so verfolgten sie auch mit ihren Arbeiten keine rein wissenschaftliche Absicht, sondern den Zweck, der sich mächtig entwickelnden Handelsbourgeoisie Englands, das nach ihrer Ansicht durch seine Lage und Natur wie kein anderes Land zum Handels- und Manufakturstaat berufen war, den besten Weg zur Handels-herrschaft und zum Nationalreichtum zu zeigen.

Die Nachweise, inwiefern die geschichtlichen Vorgänge mit den wirtschaftlichen Zuständen und Auffassungen zusammenhängen, nehmen denn auch in Conradys Werk einen breiten Raum ein. Er spricht nicht nur von der materialistischen Geschichtsauffassung, sondern wendet die sich aus ihr ergebende Forschungsmethode mit Umsicht auf die geschichtlichen Probleme der niederländischen und englischen Revolution an und gelangt mehrfach zu interessanten Resultaten.

Dabei verfährt Conrady streng historisch descriptiv. Nichts lächerlicher, als wenn bürgerliche Blätter bei dem Erscheinen der ersten Hefte der „Geschichte der Revolutionen“ aus dem roten Umschlag folgerten, dieses Werk sei bestimmt, die blutigen Revolutionskämpfe der Vergangenheit zu verherrlichen und den Arbeiter zur Revolutionsmacherei zu erziehen. Weit eher als Revolutionsromantik und Revolutionsheroismus könnte man Conrady eine gewisse Rückständigkeit vorwerfen. Sein Ziel ist in erster Linie, die Notwendigkeit des geschichtlichen Geschehens nachzuweisen und darzutun, wie in der geschichtlichen Entwicklung alles in unzlösllichem Zusammenhang steht mit der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der sich aus ihnen ergebenden sozialen Lebensbedingungen. Er sieht in der Evolution und der Revolution nicht, wie dies heute so oft geschieht, Gegensätze, sondern nur verschiedene Entwicklungsstadien. Auch die Revolution ist Evolution, aber forcierte, beschleunigte Entwicklung: eine Entwicklung in Eilmärschen, die dann vornehmlich eintritt, wenn vorher die schrittweise soziale Fortbildung der sozialen Lebensformen durch staatliche Maßnahmen künstlich gehemmt worden ist. Deshalb schließt sich denn auch Conrady dem bekannten Ausspruch des alten Friedrich Christoph Dahlmann an: „Die Entwicklung eines kaufmännigen Hauses ist sein Umsturz.“

Noch einen Vorzug hat Conradys „Geschichte der Revolutionen“. Er beschränkt sich darauf, sichtlich zu erzählen und vermeidet alle gelehrten Kontroversen, alle Polemiken mit anderen Historikern. In einem Werke, das sachwissenschaftliche Zwecke verfolgt oder auf Grund neuer Forschungsergebnisse bestimmte herrschende Auffassungen zu widerlegen trachtet, wäre ein solches Verfahren unmöglich; denn um seine neuen Auffassungen zu begründen, muß der Verfasser notwendig die unzulänglichkeit oder Irrigkeit entgegenstehender historischer Meinungen nachweisen. Für ein Werk, wie das vorliegende, das sich nicht an ein bereits vorgebildetes, mit dem Gegenstand im wesentlichen vertrautes Lesepublikum wendet, ist die einfache Schilderung der geschichtlichen Vorgänge aber das allein Richtige; denn die historischen Streitfragen werden in ihrer Bedeutung von dem einfachen Leser doch nur selten erfaßt. Indes scheint mir Conrady darin etwas zu weit gegangen zu sein, daß er selbst dort, wo er längere Stellen aus älteren Geschichtswerken zitiert, nicht den Namen des betreffenden Autors und den Titel seines Werks erwähnt, sondern sich kurz auf die Bemerkung beschränkt: „Ein Gewährsmann jener Zeit schreibt“ oder: „Ein damaliger Geschichtsschreiber berichtet“. In solchem Falle sollte meines Erachtens nie die genaue Angabe des Werkes fehlen, dem das Zitat entnommen ist.

Conrady beginnt seine Darstellung mit einer kurzen Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Spaniens und Deutschlands zu Anfang des 16. Jahrhunderts, der großen Entdeckungen in Asien und Amerika und ihrer Rückwirkung auf die ökonomische Entwicklung Westeuropas, der rebolitionären Bewegungen in Spanien, der Finanznöte Philipps II. und seines Kampfes gegen die Niederlande.

Die Darstellung ist sehr knapp, meines Erachtens mehrfach zu knapp, besonders hätte ich gewünscht, daß die Darlegung der spanischen Städterevolutionen, unter denen die valencianischen Juntskämpfe am interessantesten sind, etwas ausführlicher — die ganze Aufstandsgeschichte ist auf zwei Seiten erledigt — behandelt worden wäre. Wären auch diese Kämpfe im ganzen nur eine lokalgeschichtliche Bedeutung haben und, obgleich sie den Aufstieg des autokratischen Monarchismus in der entstehenden spanischen Weltmacht vorbereiteten, ohne nachhaltige Wirkung auf das Weltgetriebe geblieben sein, so sind sie doch vom sozialistischen Standpunkt aus insofern von hohem Interesse, als in ihnen — besonders gilt das von Valencia — eine recht komplizierte Klassenschichtung zum Vorschein kommt, in der das kleinbürgerlich-proletarische Element bereits eine wichtige Rolle spielt. Weit fruchtbarer als in irgend einem anderen Lande Europas hatte sich im nördlichen und östlichen Spanien das große und kleine Lehnsrittertum erhalten, da der beständige Kampf gegen die Mauren nicht nur die ritterliche Organisation aufrecht erhielt, sondern auch dem Rittertum reichen Gewinn an Geld und Land brachte. Und neben diesem Ritterstand und dem reichen städtischen Ackerbürgertum hatte sich in den am Mittelmeer gelegenen handeltreibenden Städten der spanischen Ostküste eine Schicht wohlhabender Kaufleute, Rechtsanwälte und Geldleiher, eine ständisch gegliederte, verschiedene Abstufungen aufweisende Juntsbürgerchaft, eine juntslose, ärmliche Kleinbürgerschaft und schließlich sogar ein ziemlich zahlreiches, arbeitsloses Lohnproletariat herausgebildet, das in Valencia vornehmlich aus den freien Arbeitern der Seiden- und Wollmanufakturen sowie den Hafen-, Schiffs-

und Transportarbeiter bestand. Dazu kamen die Gegenstände zwischen dem reichen und armen Acker, zwischen den reichen kirchlichen Pfründenbesitzern und den armen Mönchsorden, vornehmlich den Augustinern, die damals im westlichen Spanien sich meistens aus der beschloßenen Nachkommenschaft der Kleinbauern und des kleinen Städtebürgertums rekrutierten.

Alle diese Gegensätze und Interessenverschiedenheiten plähten nun in der Valencianer revolutionären Bewegung der Jahre 1519 bis 1522 aufeinander und führten zu höchst interessanten Klassenkämpfen, in deren Verlauf sogar auf kurze Zeit die kleinbürgerlich-proletarische Schicht die Gewalt an sich riß und allerlei religiös-kommunistische Anschauungen entwickelte.

Daß davon die Leser der „Geschichte der Revolutionen“ fast nichts erfahren, halte ich, trotzdem ich zugebe, daß der knappe zur Verfügung stehende Raum zu größter Einschränkung zwang, für einen Fehler; denn weit mehr als in dem niederländischen Aufstand, der im ganzen ein rein bürgerlicher Kampf zwischen bürgerlichen Interessenschichten war, tritt in den valencianischen Kämpfen das proletarische Element als rebolitionärer Faktor in den Vordergrund.

Ausführlicher hat Conrady die niederländische Revolution behandelt. Er läßt sich durch die religiöse Verbrämung der Interessenkämpfe, die so manchen bürgerlichen Historiker dazu bewogen hat, aus dem Kampf der niederländischen Handelsbourgeoisie gegen Absolutismus und Feudalismus einen Religionskrieg zu machen, nicht im geringsten irren führen. Nach seiner Ansicht stellt das scheinbar vordringende kalvinistische Glaubensbekenntnis nur „die Theorie des Kampfes gegen den feudalen Absolutismus dar“. Den eigentlichen Inhalt, der sich von 1567 bis 1651 hinziehenden, bald hell aufflackernden, bald abflauenden rebolitionären Bewegung bilden die materiellen Gegensätze des Erwerbes und Besitzes zwischen dem halbfeudalen Adel und dem handel- und schiffahrttreibenden Großbürgertum, zwischen den damals vorwiegend landbautreibenden rüchständigen wallonischen Provinzen, dem industriellen Flandern und Brabant und den reichen Handelsgentren des Nordens. Diese Klassengegensätze klarzustellen und nachzuweisen, wie sie im Verlauf der niederländischen Revolution die politische Handlung der verschiedenen Parteien und ihrer Führer bestimmen, bis schließlich die jahrzehntelangen Kämpfe im Sinne der großbürgerlichen Interessen ihren Abschluß finden, darin sucht Conrady seine Hauptaufgabe. Und diese selbstgestellte Aufgabe hat er trefflich gelöst. Wir gewinnen aus seiner Darstellung einen klaren Einblick in das niederländische Wirtschaftsleben um die Wende des 16. Jahrhunderts und sehen, wie sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten notwendig und folgerichtig ihre Stellungnahme zu den politischen Parteikämpfen ergibt.

Fast zwei Drittel des vorliegenden Bandes nimmt die Darstellung des Verlaufs der englischen Revolution bis zur Hinrichtung Karl I. (1649) und der Errichtung der Republik ein. Da die Klassenkämpfe der englischen Revolution viel verwickelter sind als die des niederländischen Aufstandes und zu ihrem Verständnis eine allgemeine Kenntnis der englischen Wirtschaftsentwicklung im 16. Jahrhundert durchaus notwendig ist, so geht Conrady in seiner Darlegung der sozialen Zustände bis auf die Regierungszeit der „jungfräulichen“ Königin Elisabeth zurück und schildert zunächst die Monopolienwirtschaft und Elisabeth und Jakob I., die Geldnot der Krone, die Verschleuderung der Domänen und Kirchengüter, die Handels- und Arbeiterverhältnisse, Zunftprivilegien und Gewerbe-freiheit. Erst dann beginnt die Darstellung der parlamentarischen Kämpfe und des autokratischen Regiments Karl I., des Ringens der Parlamentstruppen mit den königlichen Heeren, des Sieges der „Rundköpfe“, der inneren Streitigkeiten zwischen Presbyterianern, gemäßigten und radikalen Independents sowie der Hinrichtung Karl I. und der Abschaffung des Königtums. Auch in diesen Kapiteln spielt jedoch die Schilderung der Wirtschaftsverhältnisse die erste Rolle. Conrady begnügt sich nicht damit, einfach die Aufeinanderfolge der Vorgänge zu erzählen. Er sucht überall nachzuweisen, aus welchen Beweggründen heraus die einzelnen Parteien und Parteiführer gehandelt haben und greift als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung immer wieder auf die wirtschaftliche Lage Englands in jenen Tagen und auf die sich aus ihr ergebenden Interessendifferenzen zurück. Anerkennung verdient besonders das Schlußkapitel über die „Klassenkämpfe im ersten Jahre der Republik“, in dem Conrady in knapper Fassung einen gut orientierenden Ueberblick über die Zerwürfnisse zwischen Independents und Revellern (Gleichmachern) und die in den Reihen der letzteren immer stärker hervortretenden kommunistischen Bestrebungen bietet.

Die „Geschichte der Revolutionen“ kann daher mit bestem Gewissen der wissenschaftlichen Arbeiterschaft als ein treffliches populäres Geschichtswerk empfohlen werden; denn daß der folgende zweite Band nicht auf derselben Höhe stehen sollte, ist sicherlich nicht zu erwarten.

Zum Schluß noch einige Worte über die Illustrierung des Werkes. Neben manchen guten Bildern aus alten Geschichtswerken enthält der erste Band nicht wenige Illustrationen, die zu dem Text nur in sehr losem oder auch gar keinem Zusammenhang stehen und deren kulturgeschichtlicher Wert zudem höchst fraglich ist, so daß man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, der Illustrator habe auf seiner Suche nach alten historischen Bildern schließlich, da er nicht immer das Gewünschte fand, genommen, was sich ihm darbot. Das ist entschieden ein Fehler. Besser wäre es gewesen, man hätte ruhig eine Anzahl nichtslagernder Illustrationen fehlen lassen, zumal ohnehin schon der erste Band überreichlich mit Illustrationen belastet ist. Heinrich Cunow.

Syndikatsherrlichkeit gegen Arbeiter-gesundheit.

Die bei der Herstellung des Thomasstahles entstehende sogenannte Thomaschlacke hat sich als ein ausgezeichnetes Düngemittel für Acker- und Wurzelfrüchte erwiesen. Ein Syndikat hat sich bei fast allen Stahlwerken das Recht der alleinigen Abnahme aller von ihnen produzierten Thomaschlacke in langfristigen Verträgen gesichert, um sie dann auf ihre einzigen zwanzig Röhren zu vermahlen.

Diese Schlacke ist, wie sie aus den Thomaskonvertoren gewonnen wird, steinhart und hat stets einen bedeutenden Gehalt an Kalk, der, auf die Felder gebracht, sich dann in für die Pflanzen unschädliches resp. nützliches Carbonat umwandelt. In dem Staube des durch Röhren gewonnenen Thomaschlackenumfliches ist das Calcium

noch als ähendes Calciumoxyd enthalten. Da in den Schlackenmühlen noch weniger als in den Getreidemühlen das Entstehen von Staub zu vermeiden ist, so haben die in den Schlackenmühlen beschäftigten Arbeiter auch bald unter der giftig-ähenden Wirkung dieses Schlackstaubes zu leiden. Fälle von schwerer, auch von tödlich verlaufender Lungenentzündung und Lungenemphysem sind seit Entstehen dieser Industrie unter den Schlackenarbeitern leider sehr häufig. Die vom Bundesrat zur Verhütung dieser Erkrankungen erlassenen Schutzmaßregeln und Bekannmachungen vom 25. April 1899 und 8. Juli 1909 haben wohl in einzelnen Fällen ein zeitweises Herabgehen, aber keine dauernde Abnahme dieser Erkrankungen- und Sterbefälle zur Folge gehabt. Das ist deutlich ersichtlich aus den Berichten einiger Gewerbeaufsichts-beamten. In diesen sind für die Schlackenmühlen in Ruhrort und Bruchhausen für die letzten zehn Jahre jährlich die Zahl der im ganzen und der im Durchschnitt beschäftigten Arbeiter sowie die Zahlen der im ganzen vorgekommenen Erkrankungen, die durch sie

verursachten Krankentage und außerdem die Zahl der Krankheiten der Atmungsorgane und der für sie verursachten Krankentage angegeben. Danach waren in der Ruhrorter Schlackenmühle in den fünf Jahren von 1901 bis 1905 im Durchschnitt im Jahre 104 Arbeiter regelmäßig beschäftigt, im ganzen aber 1265 Arbeiter, im ganzen also fast 2 1/2 mal so viel wie im Durchschnitt. In den folgenden fünf Jahren von 1906 bis 1910 waren in dieser Mühle im Durchschnitt 155 Arbeiter regelmäßig jedes Jahr beschäftigt, im ganzen aber 1846, also im ganzen ebenfalls fast 2 1/2 mal so viel wie im Durchschnitt, weil die meisten Arbeiter nur einige Monate beschäftigt und dann durch andere ersetzt wurden. Krankheitsfälle kamen auf dieser Mühle von 1901 bis 1905 im ganzen 612 mit 6051 Krankentagen und von 1906 bis 1910 749 Krankheitsfälle mit 9866 Krankentagen vor. Das macht bei den Erkrankungs-fällen eine Steigerung von 22,4 Prozent und bei den Krankentagen eine solche von 63 Prozent. Speziell von den Krankheiten der Atmungsorgane kamen von 1901 bis 1905 217 mit 2291 Krankentagen und

von 1906 bis 1910 250 Krankheitsfälle mit 3700 Krankentagen bot. Das macht für die Krankheitsfälle eine Steigerung um 20 Prozent und für die Krankentage eine solche von 61,5 Prozent, trotz der inzwischen in Kraft getretenen Bundesratsbestimmungen vom 26. April 1909 und 8. Juli 1909 und trotz verstärkter ärztlicher Aufsicht! Unheimlich ist auch die schnelle Steigerung der Todesfälle an Lungentuberkulose, die in einer einzigen Mühle von 8 und 1 Todesfall im Vorjahr im folgenden Jahre trotz aller ärztlichen Kontrolle auf 10 und 12 Todesfälle stiegen.

Ran kam daher auf den Gedanken, die Verkeimung der Thomschlade auf einem anderen Wege zu erreichen, bei dem die Erziehung von Staub gänzlich ausgeschlossen ist. Von den nach dieser Richtung gemachten Vorschlägen erwies sich als praktischster der von dem Geheimen Regierungsrat Prof. Mathesius in Charlottenburg gemachte, der dahin geht, die Schlade in geschlossenen Kesseln einem Dampfdruck von 9 bis 12 Atmosphären 3 bis 4 Stunden lang auszusetzen, wodurch die Schlade in ein dünnflüssiges, zartes Pulver verwandelt wird, in welchem das ätzende Calciumoxyd zum größten Teil in ganz unschädliches Calciumcarbonat und zum Teil auch in Kalzhydrat übergeführt wird, das sich an der Luft auch bald in Carbonat verwandelt. Dabei hat das so erhaltene Mehl vollständig die gleiche Dungkraft wie das durch Mühlen hergestellte. Ärzte und Gewerbeaufsichtsbeamte begrüßten mit Freuden das neue Herstellungsverfahren, durch das die Mühlen ganz ausgeschlossen und die schweren Erkrankungen, welche der beim Mahlvorgang unvermeidliche Staub hervorruft, verhütet werden. Die Schladenmühle in Ruhrtort, die das neue Verfahren probierte, erklärte sich im Jahre 1905 bereit, es zur Ausführung zu bringen.

Aber trotz dieser großen Vorzüge mit dem neuen Aufschliefungsverfahren der Schlade und seiner Einführung nicht einverstanden war, das waren die Syndikatsherren, die fürchteten, daß sie dann die von ihnen mit großen Kosten eingerichteten über 20 Schladenmühlen ins alle Eisen werfen müßten. Soviel, sagten sie, ist das neue Mathesius'sche Verfahren nicht billiger, um damit die Anschaffungskosten dieser teuren Mühlen decken zu können. Sie schützten daher Mathesius jede Möglichkeit ab, die Zweckmäßigkeit seines Verfahrens in einem größeren Betriebe nachzuweisen. Daher teilten die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, die in ihrem Berichte für 1905 das Mathesius'sche Verfahren mit Freuden begrüßt hatten, 1906 nur lakonisch mit: „Von der Einführung des im vorigen Jahresbericht erwähnten Verfahrens von Mathesius hat die Ruhrtort Schladenmühle vorläufig Abstand genommen,“ und in den Berichten der folgenden Jahre ist das Mathesius'sche Verfahren überhaupt nicht mehr erwähnt worden. Auch über die durch die Schladenmühlen verursachten, zum Teil vermehrten Erkrankungen der Arbeiter gehen die Berichte der letzten Zeit ziemlich schnell hinweg. Die Syndikatsherren in Köln wußten die Verwaltung der Ruhrtort Mühle von der Einführung des Mathesius'schen Verfahrens abzuhalten. Dasselbe gelang ihnen bei der Schladenmühle in Bruchhausen bei Essen, bei der „Gutehoffnungshütte“, dem Stahlwerk „Deutscher Kaiser“ und anderen. Wir haben bisher, meinten die Herren, mit dem Mahlvorgang gute Resultate erzielt und werden das auch weiter. Die zahlreichen schweren Erkrankungen der in den Schladenmühlen beschäftigten Arbeiter, die durch das Mathesius'sche Verfahren vermieden wurden, waren ihnen gleichgültig. Dafür seien ja die Krankenkassen da, für die sie ihre Beiträge zahlten. Die Königlich Preussische Gewerbeaufsichtsbehörde erklärte ihrerseits zu dem Hinweis auf die gesundheitliche Gefährdung des Mahlvorgangs und die Aufforderung zur zwingenden Einführung des Mathesius'schen Verfahrens, „daß ein derartiger Eingriff der Behörde nur dann in Erwägung gezogen werden könne, wenn zunächst in einem Betriebe der Beweis erbracht sei, daß die in Aussicht gestellten Vorzüge des Verfahrens auch tatsächlich vorhanden seien.“ Dabei ist der Regierung eingehend mitgeteilt worden, wie das Syndikat jede größere Beweisführung zu verhindern weiß, aber sie scheint sich nicht bewußt zu sein, daß sie in diesem Falle verpflichtet ist, selbst solche Versuche in ihren Versuchsanstalten zu veranstalten. In anderen Fällen ist sie nicht vor Zwangsmaßnahmen zurückgeschreckt. Als die Produktion von Saccharin die Einkünfte der Rübenbauern und der Zuckerbarone zu schmälern drohte, zwang sie die Saccharinfabriken durch Einbringung eines von der Agrariermajorität sofort angenommenen Spezialgesetzes zur fast vollständigen Einstellung ihres Betriebes. Aber die Schädigung der Gesundheit der Arbeiter ist für die Regierung kein Grund, die Syndikate in ihrem gefährlichen Schladenmühlbetriebe zu behindern.

Wie es in betreff der Gesundheitschädigungen der Schladenmühlenarbeiter trotz aller Bundesratsbestimmungen und ärztlichen Aufsicht in den letzten Jahren weitergegangen ist, zeigt der jüngste Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910. Hier heißt es Seite 338 hinsichtlich des Betriebes der vier Schladenmühlen im Bezirk Krefeld: „Der Vergleich mit den Ziffern des Vorjahres läßt erkennen, daß im allgemeinen eine erhebliche Zunahme der Erkrankungen eingetreten ist.“ Die Zahl der Erkrankungen in den vier Schladenmühlen des Bezirks Düsseldorf ist von 407 im Jahre 1909 auf 422 in 1910, und die Zahl der Krankentage von 5533 auf 6020, also um fast 20 Prozent gestiegen. Aus anderen Bezirken mit großen Schladenmühlen liegen leider keine zahlenmäßigen Berichte vom letzten Jahre vor. Aber die Unternehmer wenden in den letzten Jahren ein neues Mittel an, um eine Erhöhung der Kranken- und Sterbeziffern zu verhindern. Sie entlassen nämlich nach einer Beschäftigung von einigen Wochen die meisten Arbeiter wieder, um sie durch frische zu ersetzen. So haben einige Mühlen dadurch, daß sie den größten Teil ihrer Arbeiter im Jahre sechs- bis siebenmal gewechselt, erreicht, daß sich nur wenige vor ihrer Entlassung krank meldeten. Daß dadurch die Schädlichkeiten der Mühlen nicht beseitigt wurden, liegt auf der Hand.

Wie lange soll dieses freibeihaftere Spiel der Syndikatsherren mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter noch geduldet werden? Wann endlich wird der Bundesrat von seiner Befugnis Gebrauch machen, zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter für Verkeimung der Thomschlade ein Verfahren vorzuschreiben, das die Entstehung von Staub ausschließt? Ist der Profit der Syndikatsherren mehr wert als Leben und Gesundheit der Arbeiter?

Der Frauenmord am Humboldthafen.

Wie wir in größtem Teil unserer Auflage bereits gestern mitteilen konnten, wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. d. d. M. ein Frauenmord am Humboldthafen zu Ende geführt. Die Glatboyers der Verteidiger Dr. Puppe, Jul. Meyer I., Dr. Philipp und Richard zogen sich bis 12 Uhr hin. Es wurde von der Verteidigung übereinstimmend die Freisprechung beantragt, da der Sachverhalt nach keiner Richtung hin genügend aufgeklärt sei. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, so daß die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden mußten.

Der Freispruch kommt insbesondere nach dem Gutachten der Sachverständigen nicht überraschend. Ungeklärt geblieben ist demnach die schwere Unthat. Es mag dahingestellt bleiben, ob ein geeigneteres Vorgehen der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaft und des Schwurgerichtsvorsitzenden mehr Klarheit hätte verschaffen können. Bei Behörden, die bislang nicht einmal die Mörder des

auf offener Straße am Tage erschlagenen Arbeiters Herrmann haben unter Anklage stellen können, überrascht die totale Verfassung gegenüber einem Verbrechen nicht, das im Verborgenen und im Dunkel der Nacht verübt und erst geraume Zeit später entdeckt wurde. Behörden, deren Haupttätigkeit auf Aufführung, Konstruktion und Verfolgung wegen vermeintlicher politischer Straftaten gerichtet wird, müssen naturgemäß für die Fälle weltlicher Verbrechen versagen.

Zeit mehr als das Floslo der Behörden auf dem rein schimmligen Gebiet erschüttert das grauenvolle soziale Bild, das der Prozeß entrollt. Ein laum dem Kindesalter erwachsenen Mädchen kommt aus Ostelbien nach Berlin, um Arbeit zu suchen. Vergeblich ist ihr erstes Ringen, der Hunger treibt die von niemand Unterstützte zur Heilbetung ihres Leibes. Ausbeutung nach jeder Richtung auch bei diesem Geld muß die Notwendigkeit kennen lernen. Ihr Leben endet bei einem Wollstall, bei dem das achtzehnjährige Mädchen mit schlimmerer als viehischer Roheit mißhandelt wird. Wer schützt in ihrem Leben die Kerne, eins der vielen Opfer unserer Gesellschaftsordnung? Niemand. Eine „Fürsorgeziehung“ brachte sie in immer tieferes Verderben. Und was geschieht, um ähnlichem Sinken von Stufe zu Stufe entgegenzutreten? Nichts seitens der herrschenden Gesellschaftsklasse. Margareten-Blumentage und Wohltätigkeitsbazar und ähnlicher Wohlthatigkeitslimbik, zu denen die sie sich mal aufschwimmt, sind nur geeignet, die tiefe Kluft zu offenbaren, die zwischen der Verpflichtung der herrschenden Klasse und dem Mangel einer Erfüllung dieser Pflicht besteht. Vor organischen Änderungen der Gesellschaftsordnungen, die allein bewirken würden, dem, der da arbeiten will, auch Arbeit zu geben, scheut die herrschende Klasse zurück, hoßt und verfolgt die Arbeiterklasse, die unerschütterlich zielbewußt diese Änderung erstrebt. Das Schicksal der Ermordeten verschulden im letzten Grunde die Feinde der Arbeiterbewegung, die die herrschende Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verteidigen. Ist das Mittel der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, beseitigt, dann wäre auch solch tieftrauriges Bild, wie es das Schicksal der Ermordeten und vor Augen führt, unmöglich. Und deshalb dürfen wir mit Recht behaupten: Die moralische Schuld an dem Schicksal der getöteten Martha Schmidt trägt die herrschende, auf Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse hinarbeitende Gesellschaftsklasse.

Soziales.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich (18.) Jahresversammlung ab. Die Tagesordnung dieser im Anschluß an die Reichsversicherungsordnung außerordentlich wichtigen Tagung ist die folgende:

1. Bericht der geschäftsführenden Kasse (Dresden).
2. Die Anpassung der Ortskrankenkassen an die Reichsversicherungsordnung. (Referenten: Justizrat Dr. Meyer-Franke, h. a. B. Bureauvorstand Freyzel-Dresden, Kassenvorstand der Witt. München, Geschäftsführer Alb. Kohn-Berlin, Kassenvorstand Graf-Frankfurt a. M., Paul Starke-Dresden.) Jeder wird über bestimmte Gebiete referieren.
3. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf schnelle Herstellung von Musterjahrgängen für Orts-Krankenkassen.
4. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf Abänderung der Verbandsbestimmungen.
5. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf Gründung einer Verbandszeitung und einer Rechtsauskunft- und Beratungsstelle für die Verbandskassen.
6. Bericht des Tarifamtes und Entschließung über die fernere Gestaltung der Tariftgemeinschaft.
7. Beschlußfassung über Einführung gleichmäßiger Statistiken bei den Verbandskassen.
8. Bestimmung des Ortes über Abhaltung der nächsten Jahresversammlung.

10 000 M. Konditionalstrafe wegen Verletzung der Konkurrenzklause!

Ein Konkurrenzklauselprozeß um 10 000 M. wurde jüngst vom Landgericht Breslau als Berufungsinstanz entschieden. Ein dortiges Bankhaus hatte mit einem seiner Vertrauensangehörigen vereinbart, daß er drei Jahre nach Austritt in kein Konkurrenzgeschäft in Breslau oder zehn Meilen im Umkreis bei Vermeidung einer Konditionalstrafe von 10 000 M. eintreten dürfe. Nachdem der Beklagte Bankbeamte das Konkurrenzverbot überschritten, klagte das Bankhaus auf Zahlung der 10 000 M., das Kaufmannsgericht billigte ihm aber nur 2000 M., d. h. circa ein Drittel des Jahresgehalts, indem es ausführte, daß die Strafe von 10 000 M. zwar dem Interesse des Bankhauses gerecht wird, jedoch die wirtschaftliche Stellung und Leistungsfähigkeit des Beklagten vollständig unberücksichtigt läßt. Auf die seitens des Bankhauses eingeleitete Berufung verurteilte das Landgericht den Beklagten in voller Höhe von 10 000 M. Die Strafklausel verstoße hier nicht gegen die guten Sitten. Das ergibt sich schon daraus, daß Beklagter mit der durch den Vertragsbruch erlangten Gehaltserhöhung bereits in wenigen Jahren die Vertragsstrafe abzutragen in der Lage ist.

Schlimme Folgen der Achtstundenschicht?

Die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten sind vor einigen Jahren angewiesen worden, sich in ihren Jahresberichten aller Urteile und Kritiken zu enthalten und sich nur auf tatsächliche Mitteilungen zu beschränken. Im allgemeinen haben sie diese Anweisung auch befolgt und sich namentlich dem eigentümlichen Verhalten mancher Arbeitgeber gegenüber einfach referierend und feilschlos verhalten. Gegenüber dem Verhalten der Arbeiter steht es anders. Da kann sich manchmal ein gut preussischer Aufsichtsbeamter nicht enthalten, den Arbeiter gegenüber seinen liebsten Tadel auszusprechen. Und deswegen hat er wohl auch von seiner vorgesetzten Behörde keine Monitas zu befürchten.

Im letzten Jahresbericht ist es der Berichtshalter für den Regierungsbezirk Bielefeld, der seinem gepreßten Herzen über die Lüderlichkeit der Grubenarbeiter und der Arbeiterinnen in den Landeshüter Werbereien in folgenden Sätzen Luft macht:

„In einer Reihe von Betrieben haben die Arbeiter versucht, durch Ausstände zu höheren Löhnen zu gelangen; diese Bestrebungen hatten jedoch in den wenigsten Fällen Erfolg, und die erzielten Lohnsteigerungen waren nur gering. Allgemein wird aber darüber geklagt, daß die Benutzung größerer Maschinen, die vielen Betrieben die Vermehrung der Löhne, Schaustellungen usw. bieten dem Arbeiter nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande mehr Gelegenheit, Geld auszugeben, als früher. Namentlich die Weiber oder Wäcker von Essen streben häufig unausgesetzt danach, durch Abhalten von Festlichkeiten und Schaustellungen die Arbeiter anzulocken. Daher sind es nicht allein die Montage, an denen vorwiegend Arbeiterinnen fehlen, sondern auch die Wochentage nach solchen Festen. Selbstverständlich leiden darunter auch die sittlichen Zustände der Arbeiter. Diese sind am schlimmsten in einigen Werbereien in Landeshüt. Hier gibt es viele uneheliche Geburten, die in einzelnen Anlagen 40 Proz. familiärer Geburten erreichen. Die Schuld daran wird den benachteiligten Grubenarbeitern, die nur Achtstundenschichten verfahren und je nach ihrer Schicht den Tag oder die Nacht in Landeshüt zubringen, zugeschrieben. Der größte Teil der Arbeiterinnen ist hier in Kost- und Quartiergängerwohnungen untergebracht.“

Also infolge der Einführung der Achtstundenschicht der Grubenarbeiter sind nach diesen oberflächlichen Behauptungen, die offenbar auf Einseitigkeiten aus rücksichtslosigen Fabrikantenkreisen herrühren, die Grubenarbeiter und die Arbeiterinnen in den Landeshüter Werbereien leidlich und verdohten geworden! Es würde also sehr nützlich für beide sein, wenn diese Achtstundenschicht wieder

abgeschafft und die Neunstundenschicht wieder eingeführt würde. Der Lohn braucht ja deshalb nicht erhöht zu werden, denn die Grubenarbeiter brähen dann das heidnisch viel Geld, das sie jetzt verdienen, nicht in Schaustellungen und Schlemmereien mit Weiberinnen in Landeshüt durch, sondern blieben hübsch zu Hause. Die Weiberinnen ihrerseits könnten dann, nachdem sie die ganze Woche Tag für Tag ihre monotone Arbeit zwischen den Weibstühlen verrichtet, abends hübsch in die Nähstube oder die Tischstube oder die Bettstube gehen; sie kämen dann mit keiner anderen Person als dem Herrn Pörrer in Berührung und infolgedessen nicht so leicht auf Liebesgedanken usw. und lernten dann viel mehr Bescheidenheit und Demut.

Statt der wiedergegebenen Polizei über angebliche Mißstände hätte der amtliche Berichtshalter lieber die tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere auch die Lohn- und Lebenshaltungsverhältnisse vor und nach Einführung der Achtstundenschicht untersucht und darüber referieren sollen. Hätte er dann noch die Bielefelder und Landeshüter Verhältnisse mit anderen verglichen und dem Grunde nach den leider erfolglosen Versuch nachgeforscht, zu besseren Lebensbedingungen zu gelangen, so hätte er wohl die Angaben seiner Gewährleute etwas weniger unkritisch betrachtet. Freilich entspricht solche Untersuchung nicht den Wünschen mancher Fabrikanten, hätte aber gezeigt, daß wie anderwärts, so auch in Landeshüt eine bessere Führung und Beschäftigung der Arbeitszeit der Achtstundenschicht eminent zugute gekommen wäre. Nicht die Achtstundenschicht der Bergarbeiter, sondern die tieftraurigen Verhältnisse in den Landeshüter Werbereien sind auch an dem sittlichen Elend schuld, von dem der Berichtshalter spricht.

Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung im Ausland.

Ueber den Stand und die letzten Vorgänge innerhalb der Jugendbewegung im Ausland macht der Sekretär der internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen, Genosse Robert Danneberg, Wien folgende Mitteilungen:

Dänemark. Der dänische Jugendverband hat in diesem Frühjahr gelegentlich der Rekrutenaushebung eine Broschüre über den Militarismus verbreitet und 50 Verammlungen abgehalten.

In Finnland wird sich der Parteitag, der im Herbst abgehalten wird, auch mit der Frage der Jugendbewegung beschäftigen. In Frankreich ist der letzte Parteitag von St. Quentin zur Verhandlung der Frage der Jugendbewegung nicht gekommen und hat ihre Erledigung dem außerordentlichen Parteitag vorbehalten, der im November abgehalten werden soll.

In Holland beendete der Parteitag der Arbeiterpartei, der im April in Utrecht stattgefunden hat, daß im Anschluß an die Parteiorganisation Jugendabteilungen gegründet werden sollen, hingegen der bestehende Jugendverband „Jaar“ nicht zu unterstützen sei. Hierdurch ist auch in der Jugendbewegung Hollands formal die Spaltung vollzogen, die in der Parteibewegung bereits vorhanden war.

In Oesterreich erscheint seit 1. Mai neben dem deutschen „Jugendlichen Arbeiter“ und dem tschechischen „Sbornik mladez“ ein drittes Jugendorgan, das vom Verband der italienischen Arbeiterjugend in Oesterreich herausgegeben wird. Es heißt „La Gioventu Socialista“ und erscheint 14tägig in Triest, Via Boschotto 5.

Internationales. Der Glasgower Distriktsverband der englischen Sonntagsschulen ersucht die Jugendvereinigungen aller Länder, ihre Mitglieder auf die Boykottierung der „Singer-Nähmaschinen“ aufmerksam zu machen, welche die englischen Gewerkschaften ausgesprochen haben. Insbesondere die Organisationen, die weibliche Mitglieder besitzen, sollten der Angelegenheit ihr Augenmerk zuwenden.

Adressenänderung. Die Adresse der Jugendorganisation Hollands ist nunmehr Albert Brinckhuis jun., Amsterdam 80 II, Prinsegracht.

Aus Industrie und Handel.

Die Stahl-Internationale.

In der ersten internationalen Stahlkonferenz hielt Richter Ward eine Ansprache, worin er hervorhob, welche Gründe ein internationales Abkommen der Stahlproduzenten wünschenswert erscheinen ließen. Nach ihm sprach in ähnlichem Sinne Baron v. Bodenhausen von der Firma Krupp in Essen. Es sprachen ferner Delegierte aus England, Frankreich und Spanien. Alle erklärten sich für Anhänger eines internationalen Einvernehmens. Ein solches Einvernehmen ist auch im Prinzip angenommen worden. In der nächsten Sitzung wird die Grundlage des internationalen Abkommens gelegt und ein Ausschuss ernannt werden, welcher mit der Abfassung der Statuten der neuen Organisation beauftragt werden soll sowie mit dem Auftrage, eine neue beschließende Konferenz einzuberufen.

Die Gewerkschaftswelt, überhaupt die Arbeiterbewegung kann hier lernen, wie man in der Wahrnehmung von Klasseninteressen die nationale Frage an den Nagel hängt, wie man international organisiert, um national plündern zu können. Die Arbeiter werden dagegen ersten im Interesse der Produzenten und Konsumenten.

Heberzöllner.

Bestrebungen, die teils von den Vereinigten Kunstseidfabriken Frankfurt a. M., teils vom Zentralverband deutscher Industrieller ausgehen, zielen auf eine Erhöhung der Zölle auf Kunstseide, und zwar gleich auf den zehnfachen Satz von 300 M. (ein Antrag vertritt sich sogar auf 625 M.) Wegen dieser Anträge, die jede Rücksicht auf die dararbeitende Industrie vernichten lassen, hat nach der „Frankf. Ztg.“ der Verein deutscher Seidenweberinnen in Düsseldorf in einer Denkschrift Widerpruch erhoben. Er weist darauf hin, daß die Zollrückstellungen sich lediglich auf die Verhältnisse des viel Alkohol verbrauchenden Nitrocelluloseverfahrens stützen, nach dem aber heute nur noch zwei Fabriken arbeiten. Nicht nur das Kupferoxydammoniumverfahren ist geminnbringend, sondern auch die anderen Verfahren, besonders das Vitroloverfahren. Die Ausschufsfähigkeit sowohl von Strawattenstoffen, in denen jetzt sehr viel Kunstseide verarbeitet wird, als auch von seidenen Wändern und den sogenannten Wornen Artikeln würde durch eine Verteuerung des Rohmaterials Kunstseide infolge einer Zollrückstellung ohne Zweifel in Frage gestellt, besonders im Hinblick auf die gerade in letzter Zeit infolge verschiedener Umstände erstarbte Konkurrenz in der Schweiz, in Belgien und Böhmen, der die Kunstseide zöhsel und demnach billiger zur Verfügung steht. Es heißt die wahren Absichten verhehlen, wenn die Kunstseidfabriken wiederholt betonen, daß mit einer Zollrückstellung nicht eine Preisrückstellung beabsichtigt sei, auf der anderen Seite begründen sie ihre Anträge gerade mit dem allgemeinen Preisrückgang. Schließlich müßten in Deutschland aus einer Erhöhung des Kunstseidezolls auch die nötigen Folgerungen, nämlich eine Erhöhung des Zolls auf kunstseidene Artikel aller Art gezogen werden, ebenso wie es in Frankreich geschehen ist. So hätte man wieder eine Schraube ohne Ende — die den Konsumenten auspreßt und dazu die Verhältnisse am Arbeitsmarkt sehr ungünstig beeinflusst.

Preis-„Regulierung“. Der Verband deutscher Leinwandfabrikanten hat sich für die Schaffung einheitlicher Verkaufspreise erklärt, um der Preisunterbietung zu begegnen. Die Konsumenten werden die Folgen zu spüren bekommen.

Kohlenfund. Auf dem Gebiete des Rittergutes Döllingen wurde ein mächtiges Braunkohlenlager entdeckt. Eine Gesellschaft verhandelt bereits wegen Anlage eines neuen Kohlenbergwerkes.

Wäre es nicht zweckdienlich, wenn die Stadt Halle dort ein Bergwerk errichtete und die Einwohner mit Brennmaterial versorgte?

Die Banalität.

Das Baugeschäft gestaltet sich im laufenden Jahre doch nicht so rego, wie man aus dem Verlaufe der ersten Monate des Jahres hätte schließen dürfen. Bis März hatte man erwarten dürfen, daß die Arbeitsgelegenheit reger werden würde als im Jahre 1909. Die Monate April und Mai machen aber eine Korrektur dieser Beurteilung notwendig. Der Andrang am Arbeitsmarkt geht in diesen Monaten über das Niveau des Jahres 1909 wieder hinaus. Seit 1906 zeigen nur die Jahre 1908 und 1910 höhere Andrangsziffern. In den Jahren 1906 bis 1911 betrug nämlich der Andrang am Arbeitsmarkt des Baugewerbes während der ersten fünf Monate:

	Januar	Februar	März	April	Mai
1906	221,68	228,43	144,12	116,47	108,55
1907	251,45	250,83	126,72	110,26	108,67
1908	374,00	359,61	156,02	159,92	150,97
1909	441,87	648,56	285,04	126,86	112,25
1910	499,49	842,27	157,53	146,78	182,90
1911	896,58	865,60	161,00	128,91	116,34

Bis März verlief der Andrang niedriger als 1909; dann tritt eine Wendung ein, die für das laufende Jahr eine geringere Zunahme der Arbeitsgelegenheit bedeutet, als wie sie sich für das Jahr 1909 ergeben hätte.

Revanche?

Wie aus Paris gemeldet wird, kündigt der radikale Deputierte Debouch eine Interpellation an, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um den von französischen, belgischen und schweizerischen Selbstinsituten vermittelten Zufluss französischen Kapitals an die deutschen Großbanken zu verhindern. Aus welchen Motiven diese Aktion vorgenommen werden soll, ist aus den bisherigen Meldungen nicht recht ersichtlich. Aber es hat fast den Anschein, als ob man sich in Frankreich jetzt dafür revanchieren wolle, daß Deutschland zusammen mit Oesterreich-Ungarn vor einiger Zeit den Franzosen die türkische Anleihe weggenommen hat. Der Abschluß der Türkenanleihe wurde seinerzeit als eine finanzielle und volkswirtschaftliche Großtat gepriesen. Man sagte, Deutschland sei geradezu verpfändet, den Türken zu pumpen, weil es dadurch große Aufträge von der Türkei erhalten werde. Wobey hat man jedoch von solchen Aufträgen nicht viel gehört, wohl aber scheinen die Bedenken berechtigt zu sein, die man seinerzeit dem Anleihegeschäft entgegenstellte. Man sagte, daß durch den Abfluß des deutschen Kapitals ins Ausland der deutsche Geldmarkt schwer belastet werde und zwar besonders deshalb, weil die ausländischen Ansprüche immer gerade dann kämen, wenn wir es am wenigsten bezahlen können. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß wir ja doch zum Ersatz für die abfließenden Gelder im Auslande pumpen müßten und daß daher der deutsche Geldmarkt nicht nur illiquide gemacht, sondern auch noch mit Zinsen belastet würde. In der Tat war denn auch der Abschluß der türkischen Anleihe nicht nur eine Dummheit im Hinblick auf den volkswirtschaftlichen Nutzen, sondern auch im Hinblick auf die großen Selbstengagements, die unsere Bankwelt nun einmal mit Frankreich laufen hat. Augenblicklich zum Beispiel soll Deutschland Frankreich mit circa 1/2 Milliarden Wechselkrediten in Anspruch genommen haben, wovon auf eine Berliner Großbank allein 100 Millionen entfallen sollen. Es zeigt sich nun, wohin die Provisionslust der großen Bankinstitute führen kann. Diese Institute kümmern sich um das allgemeine Interesse gar nicht. Ihre Verwaltungen führen wohl die nationale Phrase im Munde, denken aber gar nicht daran, nach ihren Worten zu handeln und stecken sich höchstens die Orden an die Brust, welche sie für das erhalten, was sie im allgemeinen Interesse nicht getan haben.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die Arbeiterbewegung.

Die Millionen Frauen, die heute in der Erwerbsarbeit frondet, können der Idee der Organisation näher gebracht werden. Sie fühlen ja an ihrem eigenen Leibe, wie schwer die Bürde der Arbeit auf ihnen lastet. Der larme Lohn läßt sie die Schwere des Kampfes um das tägliche Brot erkennen. Deshalb finden diese Frauen den Weg der gewerkschaftlichen Organisation viel schneller als die Heimarbeiterinnen und die „arm“ Hausfrauen. Der Kampf, den die Gewerkschaften führen, soll auch den Arbeiterinnen höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten bringen. Mehr Brot und mehr Freiheit, das erweist aus Gleichgültigkeit. Schwächer und langsamer jedoch gelangen die Frauen zu dem vollen Verständnis für die Zusammenhänge zwischen den politischen und den gewerkschaftlichen Kämpfen. Das Proletariat kann aber nur dann den wirtschaftlichen Kampf erfolgreich beenden, wenn ihm nicht durch die politischen Verhältnisse Schwierigkeiten bereitet werden.

Off schon liegen bei wirtschaftlichen Kämpfen der gewerkschaftlich organisierten Frauen und Männer die Regierungen Militär gegen sie aufmarschieren. Man denke ferner an alle Schikanierungen, denen streikende Arbeiter ausgesetzt sind.

Die Gewerkschaften, das Koalitions- und Versammlungsgesetz unterliegen den Gesetzen des Staates. Das Koalitionsrecht ist eins der wenigen Rechte, die Frauen in demselben Maße genießen wie die Männer. Dieses Recht ist allen Arbeitgebern ein Dorn im Auge, sie möchten eine Beschränkung desselben durchdringen. Und neben den Scharfmachern und Junkern liebäugeln nun sogar die Christen aus daß gegen die freien Gewerkschaften mit einem sogenannten Arbeitswilligengesetz, das tatsächlich die Koalitionsfreiheit erdrosseln soll. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hindert bisher immer noch daran, daß sich für solche Gesetze eine Majorität fand. Jetzt hat die Regierung auf Weisung der Arbeiterparteien einen anderen Plan ausgedacht. In ein Reichstagsgesetzbuch will man in jesuitischer Weise Bestimmungen hineinpraktizieren, die das Koalitionsrecht unwirksam machen sollen. Der Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll erschwert werden. Deshalb müssen alle Frauen mitwirken, daß bei den Wahlen die Kandidaten der Arbeiterpartei die Mandate erobern.

Wenn sich auch die Löhne in einzelnen Branchen erhöht haben, so empfinden die Arbeiter doch keine Erleichterung. In derselben Zeit sind nämlich die Lebensmittelpreise viel schneller gestiegen als die Löhne. Sollen unsere Kämpfe um ein größeres Stück Brot wirklich Erfolg haben, so dürfen wir es nicht länger dulden, daß aus unseren Taschen jeder Pfänderer seinen Profit holt. Der Staat nimmt die Millionen, die er für seine Kriegsschiffe und Kanonen braucht, in der Form von indirekten Steuern und Zöllen von dem letzten Lohn. Der Unternehmer fragt den Verdienst, und er schreißt den Arbeiter noch einmal, wenn er ihm seine Waren verkauft.

Sollen die gewerkschaftlichen Erfolge nicht wieder aufgehoben werden, dann muß die politische Macht der Arbeiterpartei Stärkung erfahren, um dadurch erfolgreich gegen die Ausbeutung durch Zölle und indirekte Steuern kämpfen zu können. Darum sollen auch die Frauen sich politisch organisieren. Nicht nur Lohnerböhlungen und das Koalitionsrecht werden durch die Volksfeindlichkeit bürgerlicher Politiker bedroht, auch die für die Frauen so wichtige Frage der Verkürzung der Arbeitszeit hängt innig mit der politischen Macht des Proletariats zusammen. Noch immer ist es gesetzlich erlaubt, daß die Männer täglich weit über zehn Stunden hinaus arbeiten. Durch die Kämpfe der Gewerkschaften haben wohl schon sehr viele Betriebe kürzere Arbeitszeiten einführen müssen, aber sie gelten noch nicht durch gesetzlichen Beschluß.

Welches Kapitel des gewerkschaftlichen Kampfes man auffaßt, immer zeigt sich, daß auch die Frauen bei den politischen Kämpfen sehr interessiert sind.

Die Frauen sollen im nächsten Wahlkampf mitarbeiten, weil eine Niederlage der Sozialdemokratie eine Verschärfung des Koalitions-

Kontrahes und eine weitere Verleumdung der Lebenshaltung sich ziehen würde. Der Gefahr muß ein Niegel vorgeschoben werden. Dem Kampfe der Arbeiterpartei um Brot und Freiheit muß der Sieg zufallen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 10. Juli, abends 7 Uhr: Führung durch die „Exeption“, Kurfürstendamm 238, Treffpunkt im Vorgarten. Dasselbst sind Einladungen a 25 Pf. bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Gleichzeitig werden die Mitglieder dringend ermahnt, der Bibliothek entnommene Bücher sofort an Fr. Jordan, Labecker Straße 43, zu senden, da die Bibliothek während der Ferien neu geordnet werden soll.

Gerichts-Zeitung.

Ein Selbstmörder.

13 Klagen von Bruhn, dem Redakteur der „Wahrheit“ füllten gestern den Terminzettel im Schöffengericht Berlin-Mitte, Moabit. Die Klagen richteten sich gegen die Redakteure anderer Blätter, unter denen alle politischen Schattierungen vertreten waren, aus Anlaß der Besprechungen des Prozesses gegen die „Wahrheit“. Es handelt sich um 13 Privatklagen, die sich gegen folgende Redakteure bezog. Zeitungen richten: Dr. Bachmann und Dr. Rufft („Die Post“), Offenberger („Wiesbadener Zeitung“), Weder („Deutsche Tageszeitung“), Fraenkel („Chemnitzer Tageblatt“), Brasel („Ostseezeitung“, Stettin), Georg („Saale-Zeitung“, Halle), Bürger („Kleine Presse“, Frankfurt a. M.), Baron („Brandenburger Zeitung“), Fleißner („Dresdener Volkszeitung“), Drechsler („Neufährische Tribüne“), Belger („Neue Vogelländische Zeitung“) und Dan („Dampfsboot“, Remeel).

Zu einer materiellen Verhandlung kam es nicht; denn der Vorsitzende sichtigte erst einmal die Prozesse, indem er eine Anzahl Vergleichsangebote brachte und für die übrigen Klagen Vertagung vorschlug. Unter den Klägern, die für einen Vergleich nicht zu haben waren, befanden sich auch die drei Parteizeitungen. Genosse Baron von der „Brandenburger Zeitung“ wurde durch den Rechtsanwalt Theodor Liebkecht, Genosse Drechsler von der „Neufährischen Tribüne“ und Genosse Fleißner von der „Sächsischen Volkszeitung“, durch den Rechtsanwalt Heins vertreten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich erst im Oktober wieder aufgenommen werden.

Ein im Untersuchungsgefängnis verübter Kindermord

beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Aus der Untersuchungsakten wurde die lebige Martha Furchheim vorgeführt, um sich wegen vorsätzlicher Tötung ihres neugeborenen Kindes zu verantworten. Die Anklage wird von Staatsanwalt Dr. Schindler vertreten, die Verteidigung der Angeklagten führen die Rechtsanwälte Justizrat Leonhard Friedmann und Dr. Kurt Rosenfeld. — Die Angeklagte war in ihrem Heimatstädtchen mit einem Kaufmann verlobt, der sie in kurzer Zeit heiraten wollte. Eine schwache Stunde hatte zur Folge, daß die Angeklagte bald gezwungen war, ihre Heimat zu verlassen, um dem Gerede der lieben Nachbarn zu entgehen. Sie spiegelte ihren Eltern vor, sie wolle in Berlin (schneidern lernen und eine Kochschule besuchen und kam eines Tages reichlich mit Geldmitteln versehen in Berlin an. Bald nach ihrer Ankunft kaufte sie sich ein Lotterielos, welches jedoch mit einer Riete gezogen wurde, während ein Los mit einer ähnlichen Nummer mit einem Gewinn von 2000 M. gezogen wurde. Sie ließ sich nun verleiten, die auf ihrem Lose befindliche Nummer so umzuändern, daß es den Anschein hatte, als wäre es das Gewinnlos. Die sehr plump ausgeführte Fälschung wurde sofort bemerkt und die Angeklagte verhaftet. Sie wurde am nächsten Tage dem Moabit-Untersuchungsgefängnis zugeführt, wo man jedoch weder bei der ärztlichen Untersuchung, noch in dem Waderäume etwas von ihrem schon ziemlich weit vorgeschrittenen psychischen Zustande bemerkte. Am nächsten Tage gab die Angeklagte vermutlich infolge der durch die Verhaftung verursachten Aufregung so frühzeitig einem Kinde das Leben, welches nach Ansicht der Ärzte völlig lebensfähig war. Einige Stunden darauf bemerkte eine Aufseherin, daß die Angeklagte etwas unter ihrem Leibe verbarg und fand dann bei einer näheren Durchsichtung die Leiche eines neugeborenen Kindes, welches mit einem Bande umwickelt war und am Halse deutliche Strangulationsmarken trug.

In ihrer Vernehmung gab die Angeklagte an, sie habe nur deshalb nichts von ihrem Zustande gesagt, weil sie hoffte, daß sie sofort wieder entlassen würde. Sie sei dann von dem Vorgang selbst, den sie viel später erwartet hatte, vollkommen überrascht worden und habe dann zeitweise die Besinnung verloren. Nach ihrer Meinung sei das Kind außerdem tot zur Welt gekommen. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung der Angeklagten.

Wegen verübten Totschlags hatte sich gestern die Wirtschaftlerin Margarete Gadenberg vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu verantworten. Im Jahre 1904 lernte der damalige Bergmann, jetzige Schankwirt Paulst in Gamborn die jetzige Angeklagte, die in einer Gastwirtschaft als Kellnerin und Stütze beschäftigt war, kennen. Zwischen beiden entwickelte sich, obwohl Paulst verheiratet und Vater von vier Kindern war, ein von Anfang an intimeres Verhältniß. Paulst wurde von Leidenschaft für die damals 23jährige Angeklagte so stark erfaßt, daß er sich schließlich von Frau und Kindern löste und im Jahre 1909 nach Berlin übersiedelte, nachdem seine Ehe geschieden war. Er übernahm eine in der Schönhauser Allee 99 gelegene Schankwirtschaft, in welcher die Gadenberg als Wirtschaftlerin tätig war. Nach und nach erlosch jedoch die Liebe des P. und mehr als einmal kam es zwischen beiden zu ernstlichen Streitigkeiten und Tätlichkeiten. Als sich P. dann zu Weihnachten mit einer Witwe Wunt verlobte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß P. seine ehemalige Geliebte auf die Straße setzte. Die Angeklagte, die sich in ihrer Hoffnung, einmal die Frau des P. zu werden, betrogen sah, kaufte sich einen Revolver und gab am 18. März dieses Jahres, nachdem sie ihn wiederholt aufgelauert hatte, auf P. mehrere Revolverkugeln ab, die aber, da P. die Wehrgegenwart hatte, sich schnell zu bücken, sämtlich fehlgingen. In der ersten Verhandlung am 21. Juni fiel die Angeklagte, als sie beim Zeugenaufruf ihres ehemaligen Geliebten ansichtig wurde, in Schreikrämpfe, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Von den Rechtsanwälten Bahn und Willi Weder wurde seinerzeit der Antrag gestellt, die Angeklagte erst noch auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen. Die Gerichtsuräte Medizinrat Dr. Hoffmann und Dr. Marx waren deshalb als psychiatrische Sachverständige geladen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

In dem großen Betrugsprozeß Grünmann und Genossen, der seit mehreren Wochen die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Weder beschäftigt hat, wurde heute vormittag das Urteil verkündet: Die Angeklagten Grünmann, Wechsiger, Janke und Kubowitz wurden freigesprochen, der Angeklagte Franz wurde zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten der erlittenen Untersuchungsakten verurteilt.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 9. Juli: I. Wanderversuch nach Reichen-Konnenberg-Schwärzel. Abfahrt 6 Uhr: Stettiner Hauptbahnhof. — II. Grünau-Wernsdorf-Königs-Butterkuchen. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Grünau. — III. Klosterfeld-Neudorf-Wanderversuch. Abfahrt 6 1/2 Reichenberg-Neudorf.

Marktpreise von Berlin am 5. Juli 1911, nach Ermittlung des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes. Weizen 30,00—30,50. Roggen 30,00—30,50. Spelzeböden, weiße 30,00—30,50. Linien 30,00—30,50. Kartoffeln 7,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Muttelisch, Bandfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,30—2,40. Gemmefleisch 1,50—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 2,40. Hefe 1,60—2,80. Haaber 1,50—3,00. Getreide 1,20 bis 2,60. Barische 0,80—2,00. Schafe 1,20—3,40. Vögel 0,80—1,00. 60 Stück Krebse 2,00—4,00.

Witterungsüberblick vom 6. Juli 1911.

Stationen	Barometere-höhe am 6. Juli	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C	Stationen	Barometere-höhe am 6. Juli	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C
Stettin	771,5	SW	2	Dunst	17	Saarbrücken	758,5	SW	4	heiter	14
Dresden	772,5	SW	2	bedeckt	16	Petersburg	768,5	SW	1	halb bd.	13
Berlin	771,5	S	2	heiter	18	St. Petersburg	771,5	SW	2	wolfig	14
Frankfurt	771,5	NO	1	mollent	17	Berlin	765,5	SW	3	heiter	18
München	771,5	SO	3	mollent	16	Danzig	770,5	NO	1	mollent	18
Wien	771,5	NO	1	heiter	17						

Wetterprognose für Freitag, den 7. Juli 1911.
Ziemlich warm, vielmal heiter bei meist schwachen südwestlichen Winden, Bewölkerung nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Mittwoch, den 5. Juli, nach nachschwerem Leiden unser Kollege, der Jahrg.
Richard Schwoite
im Alter von 81 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Paulskirchhof im Widjenseest. 27/16
Die Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Richard Köppen
am 5. Juli an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilandskirchhofes in Widjenseest. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
119/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitshilfer
Wilh. Splett
am 2. Juli im Alter von 50 Jahren und der Drehschleifer
Karl Thuar
ebenfalls am 2. Juli im Alter von 76 Jahren, verstorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
(Bezirk Südwest).
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maurer
Karl Leideritz
am 2. Juli an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Geist-Kirchhofes in Marienthal aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Mieter.
Wer gesund, modern und billig wohnen will, brächtige die Wohnungen an der
Schloß-Allee, am tgl. Schloßpark Pantow-Wieder-Schönhausen.
4 Zimmer von 750 M., 3 Zimmer von 620 M., 2 Zimmer von 400 M. an. Für 10 Pf. direkt zu erreichen mit der Stettiner Vorortbahn (bis Station Pantow-Heinersdorf), mit der Siemensbahn von der Mittelstraße sowie der Linie 46. In die Höhe fahren noch mit Zugang durch den Schloßpark Linie 47, 47a und 57. Röhres Wieder-Schönhausen, Schloß-Allee 40. Fernsprecher Amt Pantow Nr. 200.

Dänischer Kapitän-Kautabak
in Rollen, Bündel und Euden.
General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 113 (Amt VII, 3861).

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70
Spr. 9-2, 9-9, Sonnt. 9-3

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die schönsten
Herren-Sommer-Paletots u. Uster
und Anzüge in neu
gestaltete, auf Verlangen
gebarberte, von 46/2 L.
Kavalieren getragen,
sich neu für jede Figur passend,
begleitend auch anzuhaben
in großer Auswahl stets zu
billigen Preisen zu haben.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Stoffe
für Anzüge, Paletots usw. aus direkter
Quelle laufen, best. Geld sparen!
Zuschlager Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4



**Carl
Stiller
Junior**

Großer Saison- Ausverkauf

in unseren sämtlichen Geschäften

W, Leipziger Straße 29
Ecke Friedrichstraße (Mädlerhaus)

W, Königgrätzer Str. 124-29
Hotel Fürstenhof

S, Oranienstraße 155-156
Ecke Prinzessinnenstraße

Weitest herabgesetzte Preise

Völlige Räumung der Restbestände der Saison

Nur erstklassige Schuhwaren der diesjährigen Mode

Segeltuch-

Schuhe und Stiefel

zum Schnüren mit Ledersohle und Lederabsatz, angenehm im Tragen

Herren-Stiefel 7⁸⁰
Herren-Halbschuh . . 6⁸⁰
Damen-Stiefel 6⁸⁰
Damen-Halbschuh . . 5⁸⁰
Kinder-Stiefel . 2⁹⁰ bis 4⁶⁰

Moderne Stiefel u. Schuhe

für Herren u. Damen

schwarz oder braun

Vorzügliches Boxcalf oder Chevreau, zum Teil mit Lackkappe, Derby-Schaftschnitt, Stoff- oder Wildleder-Einsätzen etc.

Serie I (exkl. braun Boxcalf) früher 10⁵⁰ jetzt **8⁹⁰**
Serie II (exkl. braun Boxcalf) früher 12⁵⁰ jetzt **9⁸⁰**
Serie III (exkl. braun Boxcalf) früher 15⁵⁰ jetzt **11⁸⁰**
Serie IV früher 18⁰⁰ jetzt **14⁸⁰**

Sandalen

aus braunem Rindleder, randgenäht, breite naturgem. Formen

Herren 4⁹⁰
Damen 3⁹⁰
Kinder 2⁴⁰ bis 3⁶⁰

**Außergewöhnlich
niedrige Preise!**

Jedes Paar Stiefel trägt in deutlicher Form den früheren Preis.

Muster! Muster! Muster!

Herren-Stiefel

Einmalige Gelegenheit!

Damen-Stiefel

Diesjährige Muster-Kollektion einer ersten Erfurter Schuhfabrik

Boxcalf, bezw. Chevreau, zum Teil mit Lackkappe. Schlanke, halbrunde, breite Modelformen; auch farbige Artikel.

Serie 6
Wert 12⁵⁰ jetzt **7⁹⁰**

Serie 7
Wert 15⁵⁰ jetzt **9⁴⁰**

Serie 8
Wert 18⁰⁰ jetzt **11¹⁰**

Serie 9
Wert bis 21⁰⁰ jetzt **13⁶⁰**

Enorm billig

(In unseren sämtlichen Schaufenstern ausgestellt.)

Enorm billig

„Carola“

Ges. gesch. Marke

Ges. gesch. Marke

hygienischer Kinderstiefel

Vorzügl. Boxcalf od. Chevreau, z. Teil mit od. ohne Vorderkappe, Lackkappe, Derby-Schaftschnitt etc. Breite, naturgem. Formen

Bestens bekannt und außerordentlich beliebt! Garantie für höchste Haltbarkeit!

$\frac{25-26}{\text{früher } 5^{00}}$ jetzt **4¹⁰**

$\frac{27-3}{\text{früher } 6^{00}}$ jetzt **5¹⁰**

$\frac{31-35}{\text{früher } 7^{00}}$ jetzt **6¹⁰**

$\frac{36-40}{\text{früher } 8^{50}}$ jetzt **7¹⁰**

Wegen des großen Andranges empfiehlt es sich dringend, Einkäufe möglichst in den Vormittagsstunden zu machen.

Carl Stiller junior

W. Leipziger Str. 29
Ecke Friedrichstr. (Mädlerhaus)

Hotel Fürstenhof
W. Königgrätzer Str. 124-129

S. Oranienstr. 155-156
Ecke Prinzessinnenstraße



Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich jetzt Kronprinzenstr. 47, Hof parterre links. Die Ausgabe der Bücher erfolgt Mittwoch und Sonnabend abends von 7-9 Uhr. Eröffnung Sonnabend, den 8. Juli, abends 7 Uhr.

Begriff Straßau. Sonnabend, 8. Juli, werden die Bibliotheks-Bücher nur auf eine Woche ausgegeben. Wegen der vorzunehmenden Kontrolle müssen am 15. Juli sämtliche Bücher abgegeben werden. Von da ab bleibt die Bibliothek einige Wochen geschlossen. Die Bibliothekskommission.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, 8. Juli, abends 8 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins bei Otto Paetsch. Tagesordnung: 1. Referat des Genossen Croger-Rigdorf über: Die verschiedenen politischen Parteien. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. 3. Bericht der Vereinsfunktionäre. 4. Neuwahl derselben.

Waldmannslust und Umgegend. Die Versammlung am Sonntag, den 9. Juli, in Bergfelde kann besonderer Umstände halber nicht stattfinden. Näheres wird am Sonntag früh in der Bezirkskonferenz bekanntgegeben.

Berliner Nachrichten.

Strafbarer behördlicher Kampf gegen Turnvereine.

Am 27. März 1909 forderten wir zum Ungehörigsten gegen die Bekannten Verfügungen der Regierungen und des Provinzial-Schulkollegiums auf, welche die Erteilung von Turnunterricht gegen Entgelt oder die unentgeltliche Erteilung von Turnunterricht an nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen verbieten. Wir legten dar, daß die Behörden bei ihrem Vorgehen gegen das Gesetz verstoßen und verlangten vom Staatsanwalt, wenn er unsere Ansicht teile, gegen die Behörden, sonst aber gegen uns vorzugehen. Der Staatsanwalt wählte das letztere.

Die Anklage endete mit unserer Freisprechung vor dem Land- und vor dem Reichsgericht. In seinem Urteil vom 28. Juni 1910 legte das Reichsgericht eingehend dar, daß das von uns charakterisierte Vorgehen der Behörden rechtswidrig ist.

An dies Urteil des höchsten Gerichts lehrt sich aber das Provinzial-Schulkollegium nicht. Vor uns liegt folgender Akt.

Rgl. Provinzial-Schulkollegium. Berlin W. 9, 1. Juli 1911. Nr. IV. 8353. Linkstr. 42.

Nach zuverlässigen polizeilichen Feststellungen erteilen Sie, ohne im Besitze eines Unterrichts-Erlaubnisbescheides zu sein, im Turnverein „Nichte“ Turnunterricht an jugendliche Personen.

Wir unterzogen Ihnen deshalb, solange Sie nicht einen Unterrichts-Erlaubnisbescheid besitzen, die weitere Erteilung von Unterricht an jugendliche Personen vom Tage der Behändigung dieser Verfügung ab unter der Verwarnung, daß für jeden Fall der Zuwiderhandlung auf Grund des § 48 der Verordnung vom 26. Dezember 1908 eine Geldstrafe von 100 M.

buchstäblich: Einshundert Mark, im Unermögensfalle 10 Tage Haft, festgesetzt werden wird.

An den Arbeiter Herrn Paul Desterling hier N. 4. Böhlerstr. 19 bei Schmidt. Mager.

Diese Aufforderung, gegen die es leider ein Verwaltungsstreitverfahren nicht gibt, klingt wie eine Verhöhnung des Reichsgerichts und des Rechts. Sie enthält alle objektiven Tatbestandsmerkmale eines strafbaren Amtsmißbrauchs und insbesondere auch einer strafbaren Erpressung. Wir fordern die Staatsanwaltschaft auf, dem Gesetz nun Genüge zu tun und für diese Aufforderung verantwortlichen Beamten des Provinzialschulkollegiums scharf anzuklagen.

Aus der Armenpflege der Stadt Berlin.

Nicht oft haben wir den Mut, gegenüber Organen der Armenverwaltung ihr Recht zu suchen. Eine in der Raunigstraße wohnende Frau L., die das getan hat, teilt uns mit, welche Erfahrungen ihr dabei beschieden gewesen sind. Wir geben Ihre Darstellung wieder, weil manches davon lehrreich für weitere Kreise ist.

Frau L. hatte, nachdem sie von ihrem Ehemann geschieden worden war (wobei dieser für schuldig erklärt wurde), für sich und ihre beiden Kinder die Hilfe der Armenpflege in Anspruch genommen. Für das eine wurde ihr ein Pflegegeld von 10 M. pro Monat gewährt, und als sie im vorigen Winter um Ertraunterstützung bat, gab man ihr im Dezember zunächst 6 Mark für die Armenkassette und dann einen einmaligen Barbetrag von 6 M. Da die recherchierende Armenpflegerin ihr anfänglich gesagt hatte, eine Ertraunterstützung werde wohl nicht bewilligt werden, so bat Frau L. einen Vereinen um Weisung, ging mit einem ihr hier übergebenen Brief zur Armenverwaltung und wurde von dort zum Armenvorsteher hingedrückt, der ihr für die erste eine Recherche in Aussicht stellte. Frau L. wiederholte ihren Besuch beim Armenvorsteher, schickte ihm dann auch ihr älteres Kind ins Haus, kam auf seine Aufforderung selber noch einmal zu ihm und nahm nunmehr die Ehmarken in Empfang. Darauf machte die mit der Recherche betraute Armenpflegerin ihr einen Besuch, hielt ihr vor, daß ihr für das jüngere Kind doch schon Milch aus der Säuglingsfürsorgestelle geliefert werde, und weckte bei Frau L. auf neue die Befürchtung, daß tatsächlich keine Barunterstützung bewilligt werden solle. Doch am anderen Tage wurden ihr die schon erwähnten 6 M. ausgezahlt.

Im Januar fand plötzlich wieder die Armenpflegerin sich bei ihr ein und beschuldigte Frau L., daß sie nicht arbeite, sondern einen unfruchtlichen Lebenswandel führe. In einem anonymen Schreiben, das eingegangen sei, werde mitgeteilt, daß Frau L. nichts gehe und lerne. Sie solle, so sagte die Armenpflegerin, sich schämen, und sie habe zu erwarten, daß man ihr das Pflegegeld entziehe. Frau L. gibt uns hierzu an, sie sei mit der Familie eines in demselben Hause wohnenden Gastwirts bekannt, habe zuweilen am Abend in seinem Lokal verweilt und sei dabei mehrere Male nach ihrer Wohnung hinaufgegangen, um nach den Kindern zu sehen. Aus einer Beobachtung dieses Hin und Her habe wohl irgendeine Hausbewohnerin auf unfruchtlichen Lebenswandel schließen zu sollen geglaubt, und das sei dann den Armenpflegeorganen mitgeteilt worden. Ob diese Erklärung das Richtige trifft, können wir nicht wissen. Aber wir legen auch gar keinen Wert auf die Frage, ob der von der Armenpflegerin wiedergegebene Vorwurf berechtigt war oder nicht. Von den Armenpflegeorganen wurde freilich sehr viel Wert darauf gelegt, und so mußte Frau L. am 1. Februar von der Armenpflegerin, die ihr bisher das Pflegegeld ausgezahlt hatte, mit leeren Händen heimkehren. Drei Monate hindurch blieb ihr das Pflegegeld vorenthalten, aber vom Mai ab mußte es ihr wieder gezahlt werden. Frau L. hatte nämlich ihr Beschwerde-recht gebraucht, und es kam schließlich zu einer Entscheidung des von ihr angerufenen Bezirksausschusses. Der Armenverwaltung wurde die Pflicht auferlegt, das Pflegegeld zu zahlen, bis die in Aussicht genommene Unterbringung der Kinder in einem Waisenhaus erfolgt sei. Die Begründung lautete: „So lange die Kinder sich noch zu Hause bei der Mutter befinden, liegt die Notwendigkeit einer Unterbringung vor, da diese ausweislich der in den Unterstufungsakten der Armenverwaltung befindlichen Gutachten

der Pfleger eine sehr schwächliche und sehr oft durch Krankheit in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkte Person ist, so daß sie nicht in ausreichendem Maße für den Unterhalt ihrer Kinder zu sorgen imstande ist. Der nachgewiesene Wochenverdienst von 13 M., dem eine Mietausgabe von monatlich 17,50 M. gegenübersteht, kann als ausreichend zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts für die Familie nicht angesehen werden. Der angeführte einwandfreie sittliche Lebenswandel der Beschäftigten kann keinen Grund zur Entziehung des Pflegegeldes bieten, sobald, wie im vorliegenden Falle, die tatsächliche Hilfsbedürftigkeit feststeht.“ Dieser Beschluß wurde am 4. April gefaßt, und für Mai wurde dann wieder gezahlt, aber auf Frau L.'s Bitte, ihr nun das zu Unrecht entzogene Pflegegeld für 3 Monate nachzuzahlen, antwortete die Armenverwaltung ablehnend.

Inzwischen hatte Frau L. auch wegen der Beschuldigung unfruchtlichen Lebenswandels den Rechtsweg beschritten. Sie hatte die Armenpflegerin vor dem Schiedsmann geladen, der zufällig auch Vorsteher ihrer Armenkommission ist. Die Armenpflegerin blieb aus, Frau L. aber war entschlossen zu klagen. Sie zahlte die Gebühren, nahm das Sühnattest entgegen und beantragte nun die Gewährung eines Armutsattests. Von der Armenverwaltung wurde ihr das Sühnattest abgefordert, und man versprach ihr, es dem Armenratte beizufügen. Sie wartete auf Ueberlegung. Als sie schließlich mahnte, schickte man ihr am 11. Mai ein vom 10. Mai datiertes Armutsattest. Frau L. schrieb am 24. Mai, es fehle ihr noch das Sühnattest. Am 20. Juni kam eine vom 15. Juni datierte Antwort, die so lautete: „Das von Ihnen beantragte Sühnattest ist Ihnen ausweislich unserer Akten am 16. März d. J. zusammen mit dem Armutsattest überandt worden. Da das Armutsattest offenbar in Ihre Hände gelangt ist, müssen Sie auch das Sühnattest bekommen haben.“ Frau L. sagt uns, sie wisse nichts davon, daß schon im März ein Armutsattest in ihre Hände gelangt sei. Wir haben nicht die Absicht, den aussichtslosen Versuch einer Aufklärung dieser Angelegenheit zu unternehmen. Wir fragen auch nicht, woraus die Armenverwaltung schließt, daß schon im März ein Armutsattest „offenbar“ in die Hände der Frau L. gelangt sei. Auffallen wird manchem, daß die Armenverwaltung trotz dieser Ueberzeugung im Mai nochmals ein Armutsattest ausfertigte. Da es vom 10. Mai datiert ist, so hat sicherlich nochmals — aber hoffentlich nur durch Einseitigkeit in die Armenakten über die Bedürftigkeit der Frau L. — festgestellt werden müssen, daß die Voraussetzungen für das Armutsattest noch gegeben waren. Die Armenverwaltung würde — das nehmen wir ohne weiteres an — einem sich wundernden Frager die Antwort geben, sie sei gern bereit, ein Armutsattest zweimal oder auch drei- und viermal, wenn sein muß, auszufertigen. Von dem am 11. Mai überanderten Armutsattest hat allerdings Frau L., die noch mit der Armenverwaltung um das Sühnattest stritt, keinen Nutzen gehabt. Als sie am 30. Juni endgültig befehrt wurde, daß die Armenverwaltung kein Sühnattest mehr zurückzugeben habe, war die Frist zur Einreichung einer Klage längst verstrichen. Die Sache ist verjährt, und kein Gericht braucht sich mehr darüber den Kopf zu zerbrechen, ob Organe der Armenpflege das Recht haben, einer von ihnen unterstügten Frau unfruchtlichen Lebenswandel vorzuerwerfen.

Auch die Frage, ob die Armenverwaltung die Frau L. reichlicher unterstützen oder ihr die Kinder wegnehmen und in Waisenspflege geben soll, ist — unerwartet rasch — zur Hälfte bereits entschieden worden. Als wir Frau L. in ihrer Wohnung aufsuchten, um die uns zugegangenen Mitteilungen durch persönliche Rücksprache zu ergänzen, führte sie uns an die Leiche ihres jüngsten Kindes. Es war am Morgen gestorben; ein von der Säuglingsfürsorgestelle ausgefertigter Schein nannte als Krankheit „Allgemeine Schwäche und Bronchialkatarrh“, als letzten Anlaß zum Tod „Herzlähmung“. Dieses eine Kind bedarf nun keiner Hilfe mehr, weder einer Unterstützung mit Geld noch einer Ueberweisung in Waisenspflege.

Die außerordentliche Generalversammlung der Großen Berliner ist jetzt auf den 29. Juli, vormittags 11 Uhr, im Hotel Adlon (vorm. Reichshof) in der Wilhelmstraße 70 a festgesetzt worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beschlußfassung über die Genehmigung des mit der Stadtgemeinde Berlin abzuschließenden Vergleichs, durch den das Rechtsverhältnis der Gesellschaft zur Stadtgemeinde neu geregelt wird; Beschlußfassung über die Aufnahme einer Anleihe bis zur Höhe von 45 Millionen Mark; Beschlußfassung über die Aenderung der §§ 21, 30 und 33 des Gesellschaftsstatuts, die infolge des neuen Vertrages eine neue Fassung erhalten müssen. Schließlich soll eine Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern stattfinden. Nach dem Vergleich zwischen Stadt und Straßenbahn sollen sich Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft bemühen, daß zwei Mitglieder der Stadtverwaltung in den Aufsichtsrat gewählt werden.

Zwecks Gleichlegung der Ferien an den höheren und niederen Schulen hat der Geschäftsführende Ausschuss des Preussischen Lehrervereins eine Petition an den Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten gerichtet, in der er unter eingehender Darlegung aller in Betracht kommenden Gründe bittet, daß die Ferien für Volks- und höhere Schulen gleiche Dauer erhalten und in Orten mit verschiedenen Schulgattungen auch gleichgelegt werden. Als Gründe werden in der Petition angegeben, daß erstens die Kinder, die die Volksschule besuchen, dasselbe natürliche Bedürfnis nach Ferienholung haben wie die Kinder der höheren Schulen, daß es zweitens zu Unzutunlichkeiten innerhalb solcher Familien führen muß, in denen einige Kinder eine höhere Schule und die anderen eine Volksschule besuchen, und daß drittens die verschiedene Dauer der Ferien eine unnötige Differenzierung der Kinder herbeiführt. Das sind Gründe, die geeignet erscheinen müßten, für die Gleichlegung und gleiche Dauer der Ferien zu sprechen. Ob das aber der Fall sein wird, müssen wir nach den bisherigen Erfahrungen bezweifeln. Man wird wohl nicht selbigen, wenn man annimmt, daß die unterschiedliche Behandlung schon der Jugend auch in der Ferienfrage eine gewollte ist, sonst hätte sie sich nicht so hartnäckig erhalten, trotzdem schon so oft dagegen geeifert worden ist.

Verkehrsunfälle. Gestern vormittag erfolgte vor dem Hause Chausseestr. 89 ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 28 und einem mit Heu beladenen Fuhrwerk der Firma Gustav Eißel-Kremmen. Der Deuwagen wurde dabei umgeworfen und legte sich quer über die Gleise. Der 40 Jahre alte Kutsher Paul Runge stürzte auf das Pflaster und trug Quetschwunden am Kopfe davon. — Abends stieß in der Princesallee eine Straßendroschke mit einem Automobil der Brauerei Köpenhofer zusammen. Dabei wurde eine Dame, die in der Droschke saß, verletzt. Der Droschkenführer Franz Kuthning, der neben seiner dort holtenden Droschke stand, wurde umgerissen und unter das „Droschkenauto“ geschleudert. Passanten brachten den anscheinend schwerverletzten Mann nach dem Krankenhaus Moabit. — Als gestern nachmittag der 15 Jahre alte Dreherlehrling Erich Hufe aus Rigdorf auf seinem Zweirade die Kreuzung der Alexander- und Voltairerstraße passierte, wurde er von einem Furagenwagen umgerissen und überfahren. Er erlitt eine Quetschung der rechten Hüfte sowie einen Wadenbruch. — Der 18 Jahre alte Arbeiter Edmund Schwarzer wurde gestern nachmittag vor dem Hause Unionstr. 67 von einem unerkannt entkommenen Fuhrwerk überfahren und am rechten Bein verletzt.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittag 1/4 Uhr in der Löwenbrauerei, Abteilung III, Frankfurter Allee. Dort slog aus einem Faß, das zu stark unter Druck stand, der Boden aus, wodurch der in der Friedrichsfelder Straße wohnhafte Arbeiter Rudolf Dittmann getötet und der in der Kronprinzenstraße wohnhafte Arbeiter Jehrings schwer verletzt wurde. J. wurde zunächst nach der Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Vorstehende kurze Meldung wurde uns von einem Arbeiter des Betriebes gemacht. Eine Korrespondenz berichtet über den bedauerlichen Unfall das Folgende: In den Kellereien der Abteilung 3 der Löwenbrauerei waren am gestrigen Nachmittag die Arbeiter Jehrings und Dittmann damit beschäftigt, aus einem 1000 Liter enthaltenen sogenannten Zwischensaß Bier auf Flaschen zu füllen. Das Löwenbier war erst vor einigen Tagen aus der Hauptbrauerei in Hohen-Schönhausen nach der Filiale in der Frankfurter Allee 153 geschafft worden und dort aus einem großen, mehrere Tausend Liter enthaltenden Stüßsaß auf mehreren Zwischensaßern gefüllt worden. Das Abziehen des Bieres auf Flaschen geschieht in der Weise, daß in das Faß Kohlenäure geleitet wird, die in dem über dem Bier befindlichen Hohlraum des Gebindes einen Ueberdruck erzeugt und die Flüssigkeit in einen Apparat treibt, von dem aus eine Anzahl Flaschen zugleich gefüllt wird. Die Arbeit ist nicht ganz ungefährlich, da leicht, wie es in diesem Fall geschah, in dem Faß ein so großer Druck eintritt, daß die Wände des Faßes gesprengt werden. Deshalb sind die Fässer mit Ueberdruckventilen versehen, aus denen bei Entziehung von Ueberdruck die Gase entweichen können. Die Arbeiter hatten die Anweisung erhalten, das Abfließen der Flaschen nur in Gegenwart des Kellermeisters vorzunehmen und den Kohlenäureapparat nicht selbstständig einzuschalten. Die beiden Männer setzten jedoch den Füllapparat in Betrieb. Nachdem sie einige Minuten gearbeitet hatten, erfolgte plötzlich eine furchtbare Explosion, bei welcher der Boden des Faßes herabgedrückt wurde. Die starken Eichenbohlen trafen die Arbeitenden am Kopf, so daß sie leblos zu Boden sanken. Die im Keller befindlichen anderen Arbeiter eilten ihren Kameraden zu Hilfe und benachrichtigten die nächste Unfallstation in der Barckhäuser Straße, deren Arzt bei seiner Ankunft jedoch nur noch den Tod des D. feststellen konnte. Ein Brett hatte ihm die obere Schädelhälfte vollkommen zertrümmert und weggerissen. Jehrings, der einen doppelten Schädelbruch davongetragen hatte, gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich, so daß er schleunigst nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden mußte. Das Befinden des Unglücklichen verschlechterte sich jedoch dort im Laufe des Nachmittags derartig, daß keine Aussicht auf Rettung besteht. Die Leiche des Dittmann wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Donnerstag in der Reinickendorfer Straße. Dort wurde eine Frau Luise Kobbé, Lehrtr. 39 wohnhaft, beim Uebersteigen des Fahrdammes von dem Motorwagen 1128 der Linie 34 umgestoßen und erlitt einen Rippenbruch. Die Verletzte wurde nach Anlegung eines Rotverbandes in ihre Wohnung gebracht.

Die Internierung der Frau Apothekenbesitzer Verndt in einer Privatirrenanstalt, worüber wir in Nr. 146 auf Grund von Mitteilungen einer Gerichts-Korrespondenz berichteten, erhalten wir eine Zuschrift vom Rechtsanwalt Dr. Alsborg, der im Auftrage des Herrn Revidentalassessors a. D. Emil Verndt und des Herrn Sanitätsrats Dr. Kränkel einzelne Angaben als irrig bezeichnet. Zu der Zuschrift heißt es:

Frau Verndt leidet, wie auf Grund der Aussagen einwandfreier Personen sowie privat- und amtärztlicher Atteste feststeht, seit mindestens 12 Jahren an chronischem Alkoholismus. Sie ist fieserhalb, und zwar schon zu Lebzeiten ihres Mannes bereits sechsmal in Anstalten untergebracht worden. Im Jahre 1907 ist sie durch Beschluß des königlichen Amtsgerichts Berlin-Schöneberg wegen Geisteskrankheit entmündigt worden. Die Entmündigung ist allerdings im Jahre 1909 wieder aufgehoben worden. Der Ehemann hat sich, wie aus seinen hinterlassenen Briefen hervorgeht, infolge der Nüchternnisse, die ihm die Krankheit seiner Frau bereiteten, das Leben genommen. Es ist also durchaus unrichtig, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob erst nach dem Tode des Apothekenbesizers von seinen Verwandten eine Einmischung in ihre persönlichen Verhältnisse versucht worden sei. Die letzte Internierung ist zudem auf Betanlassung des behandelnden Arztes, der mit den Verwandten der Frau Verndt in gar keiner Verbindung stand, erfolgt. Die gesetzlich erforderliche Untersuchung durch den königlichen Kreisarzt ist innerhalb 24 Stunden nach der Aufnahme der Frau Verndt im Berolinum erfolgt. Das mir vorliegende Attest des königlichen Kreisarztes geht dahin, daß Frau Verndt zweifellos geisteskrank sei und sowohl zur weiteren Beobachtung wie auch zu ihrem eigenen Schutze der Aufnahme in eine geschlossene Anstalt bedürfe. Auf Grund dieses Attestes ist Frau Verndt in der Anstalt Berolinum gehalten worden. Auf Betanlassung des Vermögenspflegers der Frau Verndt ist am 20. Mai er. eine erneute Untersuchung seitens des königlichen Kreisarztes erfolgt. Bei dieser Untersuchung kam der königliche Kreisarzt, wie sein schriftliches Gutachten bezeugt, zu dem Ergebnis, daß durch chronischen Alkoholismus ein erheblicher geistiger Defekt bei Frau Verndt eingetreten sei, so daß ihre Entlassung aus der geschlossenen Anstalt in ihrem eigenen Interesse zurzeit unzulässig erschiene.

Nachdem sich in der Folgezeit der Zustand der Frau Verndt einigermaßen gebessert hatte, entließ die Anstalt Berolinum bereits am 16. Juni aus freien Stücken Frau Verndt. Die Entlassung der Frau Verndt ist also keineswegs, wie in der Ihnen gegebenen Darstellung behauptet ist, durch das Eingreifen einer Behörde erzwungen worden.

Einen traurigen Ausgang hat der Unfall genommen, der dem 4 Jahre alten Sohn Fritz des Arbeiters Raifschle aus der Steinmühler Straße 40 zustieß. Der Knabe, der an der Ecke der Steinmühler und Demminer Straße von einem Arbeitswagen überfahren wurde, ist im Lazarus-Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Feuer kam gestern kurz nach Mitternacht in der Tischlerei von Gahn auf dem Dose des Grundstücks Brunnentstraße 183 zum Ausbruch. Die Feuerwehre war mit zwei Rügen zur Stelle und ging mit mehreren Schlauchleitungen gegen das Feuer vor. Dadurch gelang es, den Brand auf die Tischlerei zu beschränken. Ein zweiter Tischlereibrand, der durch eine fehlerhafte Kesselanlage entstanden war, beschlagnahmte den 17. Zug in der Alten Jakobstraße 4. Hier waren Schalbeden in Brand geraten, die aufgerissen werden mußten.

Gestern früh um 5 Uhr kam in einer Wohnung in der Reinickendorfer Straße 111 Feuer aus, das so schnell um sich griff, daß die Bewohner eiligst flüchten mußten. Brandmeister Kamm ordnete sofort einen umfassenden Angriff an, wodurch der Brand lokalisiert wurde.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“, Gau IX (Provinz Brandenburg), hält am Sonntag, den 9. Juli, ein Gau-Fest im Stabellenschen „Raggeleschloche“ am Raggeles, gegenüber von Friedrichshagen, ab. Das Programm ist bereits im Inseratenteil des „Vorwärts“ veröffentlicht und enthält neben Kongert, Kunst- und Reigenfahrten, Belustigungen für jung und alt.

Das nächste Obdax der Stadt Berlin wurde während des Juni von 58 623 Männern und 458 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuches war der 23. Juni mit 1743 Personen, der des stärksten Besuches der 10. Juni mit 2207 Personen. Gebadet haben in den Bädern täglich durchschnittlich 587 Personen. Bannbäder wurden während des ganzen Monats an 820 Männer und 451 Frauen verabreicht. Am 1. Juli 1911 befanden sich im städtischen Familienobdach 93 Personen und zwar 16 Familien mit zusammen 37 Köpfen (darunter 21 Kinder und 5 Säuglinge) und 58 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. Juni 40 Personen mehr.

Auf der Treppow-Sternwarte findet am Sonntag, den 9. Juli, abends 7 Uhr, ein Vortrag von Herrn Dozent Jens Lügen über: „Voten aus den fernsten Himmelsräumen“ statt. Am Montag, abends 9 Uhr, lautet das Thema: „Eine Wanderung durch das Weltall“. Beide Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Venus und abends der Mond gezeigt. Kleinere Fernrohre stehen den Besuchern zur Beobachtung beliebiger Objekte kostenlos zur Verfügung.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 15,45 M. von den Kollegen der Firma Adam Schneider, 4,95 M. Krangübertrag von den Handwerkern, Holzern und Maschinisten der Schallheiß-Bräuererei St. IV. 10.— M. aus der Sechsklasse II Kreis Bezirk 106. 10,60 M. Krangübertrag von den Arbeitern der Firma Dewitt u. Herz. 13.— M. von Ungenannten. 13,40 M. Uebertrag vom Krangübertrag der Firma Hirschhorn. 10.— M. IV. Kreis Bez. 359. 17,40 M. Frauen der St. IV. Kreis. 10.— M. III. Kreis. 6,60 M. Geburtsfest bei Haus. 4,10 M. von den Handwerkslehren. 5.— M. VI. Kreis Bezirk 733a.

R. Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein vierfacher Zusammenstoß, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich am gestrigen Donnerstag gegen 1/2 Uhr nachmittags in der Berlinerstraße. Dort fuhr eine Automobilbroschüre, gegen die an der Hochschule haltende Kraftbroschüre Nr. 9024, die wiederum gegen den gerade vorbeifahrenden Straßenbahnwagen Nr. 200 der Linie N gedrückt wurde. Bei dem Zusammenstoß wurde gleichzeitig auch ein unmittelbar neben dem angefahrenen Auto haltender Handwagen umgeworfen und demoliert. Bei dem vierfachen Zusammenstoß wurde der Führer der Kraftbroschüre 9024, der Chauffeur Karl Meyer, Wartburgstr. 24 in Schöneberg wohnhaft, von seinem Sitz geschleudert und erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Auch der Führer des Handwagens, der 16jährige Arbeitsbursche Karl Kemper aus der Garde du Corpsstr. 5 wurde durch Glasplitter im Gesicht erheblich verwundet. Beide Verletzte erlitten auf der Unfallstation Rotterbände und wurden in das Krankenhaus Westend eingeliefert. Die Automobilbroschüre 9024 wurde am Vordergestell stark beschädigt.

Fettgasexplosion am Bahnhof Charlottenburg. Der Lokomotivführer Kämpel war gestern nacht mit der Reservemachdine, die auf dem Bahnhof Charlottenburg stets unter Dampf zur Anfahrhilfe bereitsteht, an die Eisenbahnstation der Station hergefahren, um den zur Beleuchtungseinrichtung gehörenden Wassertank aufzufüllen. Hierbei entstand plötzlich eine Explosion. Die hochauflodernden Flammen schienen die ganze Gasanstalt zu gefährden, so daß man die Schwäche der Charlottenburger Feuerwehr alarmierte. Der Löschzug brachte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da der Brand bei seinem Eintreffen schon von den Eisenbahnbeamten gelöscht war. Kämpel erlitt erhebliche Brandwunden und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Lichtenberg.

„Daß das Krankenhausprojekt nicht noch heute im Schoße der Kommission ruht, sondern seiner Verwirklichung entgegengeführt wird, das verdanken die Arbeiter Lichtenbergs lediglich der bürgerlichen Mehrheit unseres Stadtparlamentes.“ Also läßt sich Herr Koch in seinem Lichtenberger Blättchen vernehmen. Die sozialdemokratischen Vertreter sollen's also sein, die die immer brennender gewordene Krankenhausfrage verschleppt haben. Koch in der entscheidenden Sitzung am 27. April seien sie es gewesen, die die Bettenzahl von 225 auf 275 zu erhöhen beantragt hätten.

Man muß schon im Zweifel darüber sein, ob das Blatt aus Dummheit oder Dreißtigkeit eine solche Behauptung aufstellt. Denn daß es einen Arbeiter gibt, der in der beantragten Erhöhung der Bettenzahl eine Verschleppung des Krankenhauses erblickt, wird doch im Ernst niemand annehmen wollen.

Der Antrag unserer Genossen war lediglich entsprungen aus der sich immer fühlbarer machenden Krankenhausnot, für die die Grundstückspekulanten in der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung jahrelang kein Gefühl hatten.

Und wenn nicht der „Vorwärts“ im Verein mit unseren Genossen in der Stadtverordnetenversammlung und zuletzt gar die Behörde die Herren Vertreter der ersten und zweiten Wählerklasse auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht hätten, so wäre dieses Projekt noch heute über den Stand der Erwägungen nicht hinausgekommen. Aber die Herren mußten ja den Bau beschließen, wenn anders sie nicht von der Behörde hierzu gezwungen werden wollten. Wie man dann noch den traurigen Mut haben kann, sich als Wohltäter der Arbeiter aufzuspielen, ist geradezu unsagbar.

Rixdorf.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich vorgestern nachmittags in dem Hause Bergstraße 23. Dort war die dreijährige Tochter des Arbeiters Kemper für kurze Zeit allein in der elterlichen Wohnung geblieben, während die Mutter in demselben Hause Einkäufe machte. Die Kleine fand in der Küche eine Schachtel Streichhölzer und spielte damit. Dabei entzündeten sich die Hölzer, die Kleidung des Mädchens fing Feuer und im Nu glück das bedauernswerte Kind einer lebenden Flamme an. In diesem Augenblick lehrte die Mutter zurück, auf deren Hüften sie sich herbeiwälzte und durch Auswerfen von Federn das Feuer erlöschte. Die Kleine hatte aber bereits so erhebliche Brandwunden am ganzen Körper erlitten, daß sie im städtischen Krankenhaus, wohin sie auf Veranlassung des herbeigerufenen Arztes überführt wurde, hoffnungslos daniederliegt.

Die Ferienspiele des Jugendauschusses beginnen Montag, den 10. Juli.

Der Spielabend für die Helferinnen pünktlich um 7 1/2 Uhr. Spielplatz Rahlower Straße. Bei schlechtem Wetter in Doppelspielen.

Sankt-Witz.

Eine Protestversammlung gegen die Wahlrechtskommission im Landtag fand auch hier am Dienstagabend statt. Genosse Denker schloß in drastischer Weise die Rechtslosigkeit der Wahlen in Preußen und forderte die Genossen in warmen Worten zur kräftigen Weiterarbeit auf. Genosse Böhmert als Vorsitzender unterstützte das Referentens Ausführungen und schloß die von 250 Personen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf das allgemeine gleiche Wahlrecht, nachdem die Anwesenden durch Annahme der Resolution ihr Einverständnis mit der Forderung des Tages erklärt hatten.

Notwales.

Zu einer imposanten Trauerkundgebung, wie sie bisher in Notwales wohl noch nie gesehen wurde, gestaltete sich am Dienstag das Begräbnis des Genossen Karl Grudl. Weit über 2000 Genossen und Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften mögen es gewesen sein, die dem treuen Kämpfer für die Rechte des Volkes das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben. Aus der näheren und weiteren Umgebung waren Vertreter und Kranzdeputationen erschienen, um dem durch seine politische, gewerkschaftliche wie langjährige kommunale Tatkraft weit über die Grenzen des Ortes hinaus bekannt gewordenen Freunde und Berater die letzte Ehre zu erweisen. Auch der Zentralwahlverein sowie die „Brandenburger Zeitung“ hatten je einen Vertreter mit Kranz entsandt. Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Kubell hatte seinem toten Freunde gleichfalls einen prächtigen Kranz als letzten Gruß aus der Ferne geschickt. Die zahlreiche Beteiligung bürgerlicher Kreise legte Zeugnis ab von der Achtung und Verehrung, die sich der Verstorbene auch bei seinen politischen Gegnern zu erringen wußte. Unter den

weißbollen Klängen dreier Musikbalken setzte sich der schier unendliche Zug in Bewegung. Langsam ging es am Rathaus, der langjährigen Wirkungsstätte des Verstorbenen, vorüber durch die zu beiden Seiten von einer dichtgedrängten stehenden teilnahmsvollen Menschenmenge besetzten Straße dem Friedhof in der Goethestraße zu, wo zwei Gemeindebeamte mit dem Kranz der Gemeindevertreter warteten. An der Kapelle hatten die bürgerlichen Gemeindevertreter mit dem Bürgermeister Aufstellung genommen. An der Gruft entrollte, nachdem die letzten Töne des vom „Freien Männerchor“ vorgetragenen weißbollen Liedes verklungen waren, Reichstagsabgeordneter Genosse Böhmert in schlichten, klaren Jügen ein kurzes Lebens- und Charakterbild des feinen Entschlafenen, um am Schluß seiner Rede die Teilnehmer zur Fortsetzung des Freiheitskampfes, den der Entschlafene so früh abbrechen mußte, anzuregen. Sodann sang der Chor ein mit dem Abschiedslied: „Ein Sohn des Volkes wolle er sein und bleiben“.

Teltow.

In einer Kommunalwählerversammlung referierte Genosse Ritter unter lebhaftem Beifall der Anwesenden über die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen. — Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Vorkäufen in der letzten Stadtverordnetenversammlung, über die Genosse Frank berichtete. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß der sozialdemokratische Vertreter im Gemeinderat das volle Vertrauen seiner Wähler besitzt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 1. Juli im Lokal von Donow hier tagende Kommunalwählerversammlung weist die Entzifferung, die in dem vom städtischen Lehrerkollegium unterzeichneten Eingeladent in Nr. 72 der „Teltower Zeitung“ gegen den Stadtverordneten Röder und seine Wähler zum Ausdruck kommt, entschieden zurück. Von den anwesenden Wählern waren mehrere in der betreffenden Stadtverordnetenversammlung anwesend; sie haben in den Ausführungen des Stadtverordneten Röder absolut nichts Herabsetzendes gegen den auch von der Versammlung hochgeschätzten Lehrerkollegium gehört. Die Versammlung bedauert, daß die hiesige Lehrerschaft auf Grund einseitiger Informationen, die persönlichen und politischen Motiven entstammen, gänzlich unmotivierter Angriffe gegen den größten Teil der hiesigen Einwohnerschaft mit ihrer Unterstützung versehen hat. Die Versammlung wird die Wahl ihrer Vertreter nach eigenem Ermessen treffen, wissend, daß die hiesige Lehrerschaft unsere Vertreter stets bekämpft hat.“

Lichtenrade.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorsitzende Genosse Paul den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr und kam dabei auch auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die uns von einigen Behörden bei Abhaltung von Versammlungen in den Weg gelegt werden. Die Mitgliederzahl ist auf 88 gestiegen. Der neugewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Wöple erster und Herzog zweiter Vorsitzender, Müller erster und Bohne zweiter Kassierer, Gohmann erster und Vobach zweiter Schriftführer. Lokalkommission: Kowitz und Seidel. Referenten: Seidel, Detschlag, Vobach. Versitzer: Hhle und Genossin Her. Bibliothekar: Paul Jastera. Der Gemeindevorteiler Genosse Wöple gab noch bekannt, daß in der Gemeindevortreffung beschlossen wurde, die neuen Straßen nur noch mit Reihensteinen zu pflastern. Die Sitzungen der Gemeindevortreffung sollen in Zukunft erst um 6 Uhr (bisher um 8 Uhr) beginnen.

Spandau.

Eine Bärenjagd. Gestern nacht gab es in dem Raion der Plantage am Strefowplatz eine kleine Sensation. Die wenigen Nachtschwärmer der „alten Feite“ sahen, als sie jene Gegend passierten, plötzlich eine merkwürdige Erscheinung, die sich bei näherem Zusehen als — ein junger Bär entpuppte, der gemächlich bald auf allen Vieren, bald auf den Hinterbeinen dahertrotzte. Von der Bedeutung Spandaus sahen das braune „Angelam“ keinen Schimmer zu haben, denn es lief brummend und ohne Interesse für seine Umgebung seinen Weg. Desio größere Aufmerksamkeit wurde ihm von den Spandauern zuteil. Einem Wächter gelang es schließlich nach längerer Jagd, das Tier zu fassen; er brachte es auf die ... Polizeiwache, wo man aber mit dem Wildling nichts anzufangen wußte. Es blieb dem Wächter deshalb nichts anderes übrig, als seinen Schützling nach dem Depot seiner Gesellschaft zu bringen, von wo er später von seinem Eigentümer abgeholt wurde. Der Bär gehört einem Jirkusbesitzer, der zurzeit in Spandau Vorstellungen gibt und dem Poy junior nächstlicherteils ausgeholfen war.

Röntgenal bei Zepernitz.

Am Sonntag, den 9. Juli, feiert der Arbeiter-Gesangverein „Freiheit voran“ (Röntgenal) sein diesjähriges 3. Stiftungsfest. Da der Verein bei Arbeiterfestlichkeiten stets mitwirkt, bittet derselbe um gütigen Zuspruch. Eintritt 20 Pf.

Friedrichshagen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Liebesabend, Wilhelmstr. 74, Hof parterre. Gäste willkommen.

Potsdam.

Mit Salzsäure vergiftet hat sich gestern mittags in der Wohnung ihrer Eltern, die im Hause Junkerstr. 48 ein Viktualiengeschäft betreiben, das 20 Jahre alte Dienstmädchen Wodenberg. Die 20-jährige ägerte Salzsäure, wahrscheinlich Salzsäure, und wurde im Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist sehr ernst. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Grünau.

Am Sonntag, den 8. Juli, veranstaltet der hiesige Arbeiter-Gesangverein „Sangeslust“ (R. d. A. S. V.) ein Vergnügen bei Gehrhardt (Jägerhaus). Da der Verein uns bei allen Veranstaltungen durch gesungene Vorträge unterstützt, so ersucht der Vorstand des Wahlvereins die Genossen um rege Beteiligung.

Jugendveranstaltungen.

Vorhagen-Rummelsburg-Stralau. Heute Freitagabend: Dessenliche Versammlung im „Café Bellevue“, Hauptstr. 2. Herr Lamm spricht über: „Das Einlangen der Proletarierjugend durch die bürgerlichen Parteien“. Außerdem findet die Wahl des Jugendauschusses statt.

Hus aller Welt.

Religiöser Fanatismus.

In Lippspringe, einem unweit Wobeborn gelegenen Wadeort, ist die Bevölkerung durchweg katholisch; nur elf protestantische Familien leben dort. Letztere haben für ihre Kinder eine eigene Schule, sogar ihre Kirche und einen Seelenhüter. Die Fürsorge des Staates für das kirchliche Wohl ist gewiß liebevoll. Der protestantische Pfarrer ist vor einem Vierteljahr Vater geworden. Vor etwa zehn Tagen — so wird uns berichtet — wurde der kleine Erdenbürger zum erstenmal in den Pfarrgarten gefahren, wo das Kind einige Zeit ohne Aufsicht blieb. Eine Anzahl katholische Kinder im Alter von 10—13 Jahren schlichen sich an den Gartenzaun und bombardierten den harmlos schlummernden Säugling unter dem mühen Geheiß: „Dat evangelische Paltz (Kind) mutt steinigt war'n.“ Das Kind blieb glücklicherweise unverletzt.

So wird die „christliche Nächstenliebe“ in die Seelen der Jugend eingepflanzt, die sich durch solche Roheiten Luft macht.

Ein blutiges Ehedrama.

In Bredow, einem Vorort von Stettin, wurde Donnerstag vormittag eine Frau von ihrem eigenen Mann erstochen. Die Frau des Formers Neubauer lebt mit ihren Kindern von dem Ranne getrennt. Gestern früh erschien der Ehemann in der Wohnung seiner Frau, kurz darauf erlöste ein gellender Hilferuf, und der Mann flüchtete eilig auf die Straße. Herbeieilende Hausbewohner fanden Frau Neubauer tot in einer großen Wulstschale liegend. Ihr Mann hatte sie durch einen Stich in den Rücken getötet. Die Verfolgung des Mörders wurde sofort aufgenommen. Einen Schutzmänn, der ihn festnehmen wollte, verfehlte der Unhold zwei Messerstiche. Erst ein durch das Feld laufender Kanal machte der toten Verfolgung ein Ende. Der Mörder hatte sich ins Wasser gestürzt, wurde aber von einigen Männern herausgeholt und nach verzweifelter Gegenwehr auf die Polizeiwache gebracht.

Aus der New Yorker Gölle.

Die jüngste Hitzewelle, die jetzt über Amerika dahingießt, und deren letzte heiße Wogen noch immer über den Millionenstädten der Neuen Welt lagern, hat ihre Vorläufer seit Jahrzehnten überflügelt und einen neuen furchtbaren Rekord der Sommerhitz aufge stellt. Allein am vergangenen Sonntag sind nicht weniger als 61 Menschen der Hitze erlegen, und in den Krankenhäusern liegen Tausende und hoffen noch auf Genesung. In New York zählte man nicht weniger als 37 Grad Celsius, und diese plötzliche Hitze ist um so schwerer zu ertragen, als sie mit großer Feuchtigkeit Hand in Hand geht und so eine schwüle, dampfartige Atmosphäre geschaffen hat, die die Millionenstadt in eine einzige riesige Kaminlammer verwandelt. In wenigen Stunden hat diese Hitze den sonst durch nichts aufzuhaltenden Arbeitsdrang der Amerikaner gedrohen: als der Abend kam, schleppte sich Jung wie Alt nur noch matt durch Straßen und Zimmer. An Schlaf war überhaupt nicht mehr zu denken, Tausende zogen in der Nacht nach Coney Island, um hier am Strande zu liegen. In der Stadt sah man auf allen Balkons und Dächern hängematten und Kissen. Wohl kaum ein Mensch hat sich in dieser Nacht in seinem Zimmer ins Bett gewagt. Das ganze Geschäftleben stockt.

Die Hitzewelle fiel mit dem Ferienbeginn der Schulen zusammen, und sonst entwickelt sich gewöhnlich am ersten Ferientage ein neues Straßenbild: überall summlen sich dann die ferienfrohen Kinder. Diesmal sah man auch kein Kind auf den Straßen, die Eltern wagten ihre Kleinen nicht in die Glut hinaus zu lassen. In den kühleren Zimmern hat man Temperaturen von wenigstens 32 Grad Celsius; die Gemächer aber, die an der Sonnenseite liegen, steigen bis zu 40; man ist also rettungslos verurteilt, Stunden, Tage und Nächte lang buchstäblich wie in einem russischen Wabe zu sitzen. Am Montag morgen begann dann im Automobil die Flucht aufs Land; aber bald kehrten die Verzweifelteten matt wie die Fliegen zurück. Ueberall die gleiche schwüle, lähmende Hitze. Durch die Straßen rasselten immer wieder Krankenwagen und die Gefährte der Ambulanz. Der Gesundheitskommissar hat sich in einem langen Erlaß an das Publikum gewandt, er gibt der Bevölkerung Ratschläge, wie man die Hitze ertragen könne.

Die bisherige Zählung aller durch die furchtbare Hitze vorgekommenen Todesfälle ergibt nach vier Tagen 431; außerdem werden 80 Todesfälle durch Ertrinken gemeldet. Die Aufzeichnungen sind nicht vollständig, da nur größere Städte berücksichtigt sind. Die Erkrankungen gehen in die Tausende. Zahlreiche Selbstmorde infolge der Hitze sind zu verzeichnen. Die Pferde leiden furchtbar und stürzen allenthalben hin.

Nach dem neuesten Telegramm des Wetterbureaus ist die Hitzewelle im Abnehmen begriffen und wird die niedrigere Temperatur für Freitag in Aussicht gestellt. Aus Chicago wurden gestern 37, aus New York (Stadt) 36, aus Philadelphia 29, aus Boston 18, aus New England 57 Todesfälle an Hitzschlag gemeldet. Der Stand der Saaten wird durch die Hitze schwer geschädigt.

Kleine Notizen.

Frau und Tochter vergiftet. Wie ein Telegramm aus Kaiserslautern meldet, hat dort der 49jährige Fabrikant Hofmann seine 40jährige Ehefrau und 13jährige Tochter mit Gas vergiftet. Er unternahm dann selbst einen Vergiftungsversuch, konnte aber ins Leben zurückgerufen werden.

Großfeuer in einer Kolladenfabrik. Die Schließliche Kolladenfabrik in Mainz-Costell ist gestern morgen durch Hochfeuer vollständig vernichtet worden.

Brandstiftung bei Wiborg. Aus Petersburg meldet ein Telegramm:

Die Villa der Familie Ludwig Nobel bei Wiborg ist niederbrannt; dabei sind die zehnjährige Tochter und der siebenjährige Sohn in den Flammen umgekommen. Die Gouvernante wurde vor Schreck wahnsinnig. Das Unglück geschah gegen 11 Uhr abends. Sämtliche Familienmitglieder schliefen, als das Feuer ausbrach. Es wurde erst bemerkt, als die Villa lichterloh brannte. Die Flammen ergriffen zuerst das Schlafzimmer der beiden Kinder. Eine Rettung war unmöglich.

Rein Hagelschlag mehr. Der Eiffelturm dient seit einiger Zeit interessanten Versuchen. Es handelt sich darum, das Niedergehen von Hagel zu verhindern. Es wurden Versuche mittels Aufstellung eines elektrischen Nebels von 80 Meter Höhe vorgenommen, die zu dem Resultate führten, daß in einem Umkreise von 30 Kilometer Hagelschlag verhindert werden kann. Die Versuche werden in größtem Umfange fortgesetzt werden und sind von besonderer Wichtigkeit für die Weinbauern.

Ein 50 000 Mark Preis. Die vom böhmischen Automobilklub ernannte Sportkommission hat gestern dem Oberingenieur Holmuth Hirth für seinen Flug München—Rürnberg—Leipzig—Berlin den Kathreinpreis in Höhe von 50 000 Mark zuerkannt.

Eine Räuberbande nahm, einem Telegramm aus Tiflis zufolge, in einem Dorf des Gorbizirks sieben Gymnasialisten gefangen, die von einem Spaziergange zurückkehrten. Die Täter, die Lösegeld fordern, sind noch nicht ermittelt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 7.	am 6. 7.	Wasserstand	am 5. 7.	am 6. 7.
Remel, Mühl	80	0	Saale, Großh.	60	-8
Dregel, Jüterburg	-41	0	Saale, Spandau	55	-1
Beichel, Thun	42	+2	Rathenow	-2	-1
Oder, Rathor	137	-58	Spree, Spremberg	74	0
Krossen	72	+1	Deestow	82	-5
Frankfurt	81	-4	Wiser, Minden	-109	-3
Wartbe, Schinow	0	-2	Minden	-36	-4
Landsberg	-18	-2	Weser, Mühlentalsau	508	-4
Rega, Borsdamm	-23	-7	Raub	280	-5
Elbe, Zeitzmerg	-74	-4	Rhin	267	-3
Preßden	-189	-2	Wedar, Heilbronn	60	-5
Burg	37	-1	Rain, Weisheim	102	-3
Regensburg	54	-4	Roßel, Trier	23	0

) + bedeutet Hoch, — heißt — Unterpegel.

